

Raum im Wandel – Zwei starke Partner in der Region am Beispiel der Kreisfreiheit Hanau



PROJEKTSTADT

EINE MARKE DER UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE | WOHNSTADT

Auftraggeber
Magistrat
der Stadt Hanau



Auftragnehmer
ProjektStadt



einer Marke der Unternehmensgruppe
Nassauische Heimstätte/Wohnstadt
GmbH

vertreten durch
Oberbürgermeister Claus Kaminsky

Fachbereichsleiter Martin Bieberle
Fachbereich Personal,
Organisation & Kommunikation
Fachbereich Planen, Bauen & Umwelt

Marion Schmitz-Stadtfeld
Leiterin Integrierte Stadtentwicklung

Geschäftsführerin Erika Schulte
Hanau Wirtschaftsförderung GmbH

Schaumainkai 47
60596 Frankfurt am Main
Telefon: 069/6069-1142
Fax: 069/6069-51142
Mobil: 0178/6001142
Email: marion.schmitz-stadtfeld@naheimst.de

Projektleitung

Daniel Winter

Projektmitarbeiter

Vera Neisen
Philipp Kuhlenkötter

M.A. Stadtgeographie
Telefon: 069/6069-1457
Fax: 069/6069-51457
Mobil: 0175/251-5390
Email: daniel.winter@naheimst.de

Projektbearbeitung

Mario Gans
Saleh Ali
Jonas Wegner
Christian Gerndt

<https://www.nhps-stadtentwicklung.de/>

Frankfurt am Main, Juli 2019

Inhaltsverzeichnis

1.	Hintergrund	4
2.	Zehn Thesen.....	8
3.	Leistungsspektrum des modernen Raums.....	9
3.1	Gleichwertige Lebensverhältnisse	10
3.2	Interessenausgleich	13
3.3	Herausforderungen im ländlichen und urbanen Raum.....	17
3.4	Die Raumordnung in Hessen	28
4.	Der Main-Kinzig-Kreis 2020	35
4.1	Standortbeschreibung.....	35
4.2	Vollzogene Entwicklung seit der Jahrtausendwende	36
4.3	Räumliche Gliederung und Funktionen.....	43
4.4	Raumordnerische Entscheidungen des Kreises und deren Auswirkungen.....	44
4.5	Kernthemen und Herausforderungen.....	46
4.6	Stärken und Schwächen	49
5.	Die Stadt Hanau in 2020	50
5.1	Standortbeschreibung.....	50
5.2	Vollzogene Entwicklung seit der Jahrtausendwende	51
5.3	Räumliche Gliederung und Funktionen.....	56
5.4	Raumordnerische Entscheidungen der Stadt und deren Auswirkungen	60
5.5	Kernthemen und Herausforderungen.....	63
5.6	Stärken und Schwächen	66
6.	Szenarien für die Raumordnung des Main-Kinzig-Kreis	69
6.1	Szenario 1: Die Stadt Hanau verbleibt im Main-Kinzig-Kreis	70
6.2	Szenario 2: Die Stadt Hanau wird kreisfrei	72
6.3	Diskussion der Szenarien	80
7.	Handlungsempfehlung	86
8.	Eine neue Vision für den Raum	88
8.1	Chancen für Mittelzentren	88
8.2	Hanau als Großstadt im Rhein-Main-Gebiet.....	89
8.3	Zentrale Vision	90
8.4	Dekalog.....	91
	Quellenverzeichnis	93

1. Hintergrund

„Die raumstrukturelle Realität ist geprägt durch die unmittelbare Nachbarschaft von Zentralen Orten, die Überlagerung von Einzugsbereichen, Zentralen Orten ohne übergemeindliche Versorgungsfunktion sowie der besonderen Dominanz des Oberzentrums bzw. der Oberzentren.“

(Gutachterliche Stellungnahme für ein Konzept zu künftigen Festlegung zentraler Orte im Rhein-Main-Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der Mittelzentren 2019)

Am 20. August 2018 haben die Stadtverordneten der Stadt Hanau einstimmig beschlossen, zum 1. April 2021 kreisfrei werden zu wollen. In ihrem Beschluss wird das Land Hessen gebeten ein Gesetz zu verabschieden, das die Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis und damit die Kreisfreiheit der Stadt Hanau reguliert. Als Grundlage wurde auf Entscheidung des Magistrats hin bereits ein internes Konzept zur Kreisfreiheit verfasst, das die Motivation der Stadt sowie die Potentiale einer Auskreisung ausführlich darlegt. Dabei bezieht sich die Stadt in erster Linie auf Art. 28 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz (GG), welcher den Gemeinden das Recht gewährleistet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dem internen Konzept der Stadt Hanau ist ein verfassungsrechtliches Gutachten beigelegt, welches diesen Anspruch nach Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 137 HV bestätigt und somit die Kreisfreiheit Hanaus als geboten sieht.

Gestützt wird das historische Vorhaben kreisfrei zu werden seitens weiter Teile der Hanauer Bevölkerung. Hanau war in seiner Stadtgeschichte lange Zeit Kreisstadt oder kreisfrei. Seit der Gebietsreform 1974 ist die Stadt jedoch eine kreisangehörige Sonderstatusstadt. Die Stadt ist damit die größte von sieben Sonderstatusstädten in Hessen.

Position des Landes Hessen

Eine Auskreisung muss gemäß § 14 Abs. 1 der HKO durch Gründe des öffentlichen Wohls gerechtfertigt sein. Für die Auslegung des Begriffs ist die verfassungsrechtliche Selbstverwaltungsgarantie von großer Bedeutung. Abschließende Kriterien, nach denen eine Kreisfreiheit anerkannt werden kann, wie etwa eine Mindesteinwohnerzahl, enthält das hessische Landesrecht nicht. Jedoch sind 100.000 Einwohner in den meisten Bundesländern ein Richtwert. Zudem verweist Prof. Dr. jur. Georg Hermes in seinem Gutachten auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen, die in dem gesetzlichen Anspruch auf Kreisfreiheit der Stadt Hanau herangezogen werden müssen.

Eine Abwägung der Entscheidung erfolgt u.a. zusätzlich auch auf Grundlage der Leistungsfähigkeit des betroffenen Landkreises sowie dem Interesse des Landes an ausgewogenen Kommunalstrukturen. Zur erfolgreichen Umsetzung des Vorhabens kann eine bilaterale Verständigung zwischen Stadt und Landkreis über die Einzelheiten der Rechtsfolgen, des Aufgabenüberganges etc. wesentlich beitragen.

Das Land Hessen sieht die Überlegungen der Stadt Hanau hinsichtlich der angestrebten Kreisfreiheit als spezifisch gelagerten Einzelfall. Grundsätzlich sieht die Hessische Landesregierung weiterhin vor, verstärkte kommunale Zusammenarbeit bis hin zu freiwilligen Gemeindefusionen wesentlich stärker zu unterstützen (vgl. Kleine Anfrage Hessischer Landtag 2018, Aussagen Peter Beuth). Andererseits ist auch bei einer Kreisfreiheit Hanaus die Möglichkeit gegeben, weiterhin in vielen Bereichen mit benachbarten Kommunen zusammenzuarbeiten.

Motivation für die Kreisfreiheit

Aufgrund struktureller Gegebenheiten des Main-Kinzig-Kreises sind die Interessenlagen der Kommunen im Kreisgebiet sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite stehen die Interessen der Stadt Hanau, die mit ihrer derzeitigen Entwicklung der Einwohnerzahl bald auf großstädtisches Niveau heranwachsen wird, auf der anderen Seite die der eher ländlich geprägten Kommunen des Landkreises. Hanau würde als zukünftige Großstadt seine Potentiale und Interessen im großstädtischen Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main – auch im Sinne der Region und des öffentlichen Wohls – gerne stärker vertreten und nutzen. In der Kreisfreiheit sieht Hanau deshalb eine Möglichkeit, regionale Aufgaben gezielter wahrzunehmen und der Verantwortung als Oberzentrum für den Main-Kinzig-Kreis und die Metropolregion FrankfurtRheinMain besser nachzukommen.

Der Landkreis könnte sich durch die Kreisfreiheit der Stadt Hanau ebenso stärker als bisher auf seine eigenen Interessen stützen. Denn es ist davon auszugehen, dass das kontinuierliche Wachstum Hanaus tendenziell zu einer weiteren Zunahme der Interessenunterschiede zwischen Stadt und Land führen wird. Dies widerspräche dabei jedoch dem erklärten Interesse der Landesregierung an einer ausgewogenen Kommunalstruktur.

Bereits jetzt erfüllt die Stadt Hanau zahlreiche Aufgaben einer Kreisstadt. Diese beinhalten unter anderem die Schulträgerschaft, Jugendhilfe, Bauaufsichtsbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Ausländerbehörde, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft und eigene Verkehrsbetriebe. Angestrebt wird in dem Beschluss eine Aufgabenerweiterung, insbesondere in den Be-

reichen Sozialwesen, Abfallwirtschaft, Rettungswesen und Katastrophenschutz, Gesundheits- und Veterinärwesen, Immissionsschutz sowie der Unteren Wasserbehörde und erweiterte Kompetenz der Ordnungsbehörde. Unklarheiten hinsichtlich der Zuständigkeiten von Stadt- und Kreisverwaltung, wie sie vielfach in der Bürgerschaft wahrgenommen werden, können so minimiert werden.

Raumordnerische Folgen der Auskreisung

Eine Auskreisung bleibt nie ohne Folgen für die betreffende Stadt und die Umland-Kommunen bzw. ländlichen Kommunen. Hanau müsste und kann die für eine Auskreisung nötigen Verwaltungsstrukturen aufbauen - entweder durch eigenes Personal oder durch Übernahme des Personals des Main-Kinzig-Kreises. Da der Kreissitz des Main-Kinzig-Kreises bereits in Gelnhausen niedergelassen ist, müsste kein Umzug oder vollständiger Aufbau neuer Strukturen erfolgen. Nach einer Auskreisung Hanaus bliebe der Landkreis einer der größten Hessens. Die größte Stadt im Main-Kinzig-Kreis wäre dann die Stadt Maintal.

Kooperationen werden durch eine Auskreisung von Seiten der Stadt Hanau nicht ausgeschlossen – im Gegenteil. Geschichtlich und aufgrund der bestehenden Struktur sind der Main-Kinzig-Kreis und Hanau eng miteinander verbunden. Diese Verbundenheit könnte auch im Rahmen einer Kreisfreiheit weiterhin auf Augenhöhe genutzt und ausgebaut werden. Kooperationen könnten die logische Schlussfolgerung dessen sein und die Verbundenheit zudem manifestieren.

Beachtet werden soll bei alledem, dass eine Auskreisung der Stadt Hanau dem Staatsziel der „gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilräumen“ und dem Anspruch eines ausgewogenen Interessenausgleichs entsprechen muss.

Perspektive der Studie

Diese Studie stellt keine betriebs- oder volkswirtschaftliche Betrachtung eines Auskreisungsszenarios dar, noch betrachtet sie im Detail die Auswirkungen auf die jeweiligen Verwaltungsstrukturen im Fall einer Kreisfreiheit Hanaus. Vielmehr sieht sie den angestoßene Prozess und die vorhandene Diskussion zur Kreisfreiheit der Stadt Hanau als Teil der aktuellen raumordnerischen Debatte. Selbstverständlich müssen im Rahmen der Entscheidungsfindung kommunalwirtschaftliche Aspekte, Themen der Verwaltungsorganisation und politische Argumente erarbeitet und ausgetauscht werden. Jedoch ist der raumordnerische Blick für Fragen der raumstrukturellen Ordnung von enormer Bedeutung.

Aufgabe der Raumordnung ist es, Gebietseinheiten anhand raumordnerischer Instrumente planmäßig so zu ordnen, dass deren dauerhafte Nutzung und die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse gewährleistet sind. Da die Stadt- und Kommunalentwicklung stets dauerhaften Veränderungsprozessen unterlegen ist, müssen die Anforderungen zur Zielerreichung immer wieder neu abgestimmt, Konflikte ausgeglichen und langfristige Entwicklungsoptionen offen gehalten werden. Auf Bundesebene findet das Thema im Rahmen der Arbeit der jüngst ins Leben gerufenen Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eine herausragende Beachtung.

Die vorliegende Studie untersucht, ob eine Auskreisung Hanaus aus dem Main-Kinzig-Kreis einen Beitrag zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region liefern kann. Mit einem vor allem raumordnerischen Blick wird daher im Folgenden zuerst das Leistungsspektrum des modernen Raums erarbeitet. Dabei sollen die aktuellen Herausforderung, Leistungsansprüche und zur Verfügung stehenden Instrumente der Raumordnung identifiziert werden. Es folgt eine ausgewählte Standortbeschreibung des Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau, um einen Eindruck des Status Quo zu erhalten. Anschließend werden zwei Szenarien für die Zukunft des Main-Kinzig-Kreis gegenüberzustellen. Die Szenarien werden dabei den Verbleib Hanaus im Kreis und die Kreisfreiheit der Stadt abbilden. Dieser Diskussion folgt eine raumordnerische Handlungsempfehlung.

Als Fazit wird diese Studie eine „Neue Vision für den Raum“ vorstellen. Sie trägt den Ergebnissen der vorgenommenen Untersuchung Rechnung und fasst die Potentiale einer neuen Raumordnung zusammen. Die zehn Thesen zum Thema „Zukunft des Main-Kinzig-Kreises“ dienen dabei als Einstieg in die Diskussion und als Zusammenfassung der folgenden Argumentation.

2. Zehn Thesen

1. Mit der Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis ist langfristig (Horizont 2040) die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region möglich.
2. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau unterscheiden sich signifikant.
3. Je stärker sich die Anforderungen und Herausforderungen des Raumes zwischen den Gemeinden eines Landkreises unterscheiden, desto weiter sind auch die Gemeindeinteressen voneinander entfernt. Die Aushandlung von Schnittstellen und eine darauf aufbauende Entscheidungsfindung werden erschwert.
4. Durch die Auskreisung würde die Übereinstimmung von politischem und administrativem Verwaltungsbereich mit der raumstrukturellen Lebenswirklichkeit hergestellt. Damit würde eine fokussierte Problembearbeitung und Gestaltung der Zukunft unterstützt.
5. Solange die Stadt Hanau Teil des Main-Kinzig-Kreises ist, besitzt diese eine zu starke statusgefährdende Konkurrenz für die Mittelzentren im Kreis. Die Auskreisung der Stadt Hanau bietet den Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis die einmalige Chance, aktiv die grundlegenden Funktionen der Mittelzentren exemplarisch für das Land Hessen zu stärken und mitzugestalten.
6. Die aktuelle Struktur der Mittelzentren in Hessen und dem Main-Kinzig-Kreis entspricht nicht den angestrebten raumordnerischen Strukturen des Landes Hessen. Von einer langfristigen Anpassung der Förderlandschaft für Mittelzentren durch die Landesregierung ist auszugehen. Der Main-Kinzig-Kreis könnte sich als Pilot für die Umsetzung eines zentralörtlichen Kooperationsraumes profilieren.
7. Eine neue Entwicklungsachse Frankfurt-Fulda funktioniert ausschließlich mit starken Mittelzentren, die sich dem Regionalverband FrankfurtRheinMain durch eine Gebietserweiterung anschließen.
8. Die Verlegung des Kreissitzes nach Gelnhausen im Jahr 2005 zeigt eine weitsichtige thematische Schwerpunktverschiebung in den ländlichen Raum und nimmt die Auskreisung der Stadt Hanau strategisch vorweg. Gleichzeitig beweist die konsequente Ausrichtung der Stadt Hanau in den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main eine thematische Schwerpunktverschiebung in Richtung Großstadt in der Metropolregion.
9. Ein Verbleiben der Stadt Hanau im Main-Kinzig-Kreis würde zwingend eine intensive Neuausrichtung der Prioritätensetzungen des Kreises sowie der Kooperationsstrukturen zur Bewältigung der sich weiter auseinander entwickelnden Herausforderungen erfordern.
10. Der Kreisaustritt der Stadt Hanau als eine der Großstädte Hessens ist intrinsisch und raumordnerisch richtig. Aufgrund der Wachstumsprognosen anderer hessischer Sonderstatusstädte (Flächenverfügbarkeit) sind explizit bis 2050 keine weiteren Kreisaustritte zu erwarten.

3. Leistungsspektrum des modernen Raums

Der Wunsch der Stadt Hanau kreisfreie Stadt zu werden und die damit einhergehende Debatte verweisen auf die Relevanz räumlicher Strukturen hinsichtlich der Erfüllung verschiedener Anforderung an die Raumordnung. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt es zahlreiche Diskussionen über Zuschnitte von Landkreisen und Kommunen, was den stetigen Wandel der Anforderungen an den Raum und der damit verbundenen Raumordnung andeutet. Dabei stellt die Änderung und Anpassung von Ordnungseinheiten keinen Selbstzweck, sondern vielmehr eine Reaktion und ein Ergebnis angesichts neuer Anforderungen und Herausforderungen dar.

Als bekanntes Beispiel für einen solchen Prozess kann die Hessische Gebietsreform von 1969 bis 1979 genannt werden, im Zuge derer die Anzahl der Gemeinden und Landkreise drastisch reduziert wurde. Mit der Zusammenlegung und Neuordnung von Gemeinden und Landkreisen, der Eingliederung kreisfreier Städte in die umgebenden Landkreise, sowie deren Aufwertung zu Sonderstatusstädten verfolgte die Landesregierung das Ziel, größere und leistungsfähigere Verwaltungseinheiten zu schaffen und den wachsenden Abhängigkeiten und Verflechtungen zwischen Stadt und Umland Rechnung zu tragen.

In jüngster Zeit gibt es in der Bundesrepublik wiederum Bestrebungen verschiedener Kommunen, Raumzuschnitte und Gebietskörperschaften zeitgemäß anzupassen. So machte die Stadt Reutlingen mit ihrem Versuch ein eigenständiger Stadtkreis zu werden, auf sich aufmerksam. Der baden-württembergische Landtag lehnte dieses Vorhaben jedoch zunächst ab, da er hierbei keine wichtigen Gründe des öffentlichen Wohls sah. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Reutlingen erhob am 29.01.2019 eine Verfassungsklage gegen dieses Urteil, wodurch der rechtliche Anspruch über eine Kreisfreiheit der Stadt Reutlingen bisher noch nicht endgültig entschieden ist. Auch die Stadt Neu-Ulm verfolgte das Ziel, den gleichnamigen umgebenden Landkreis zu verlassen. Dieses Vorhaben wurde, da man keine Effizienzsteigerung bei der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben und demzufolge keinen Mehrwert für die Bürger des Kreises erkennen konnte, vom bayrischen Innenministerium abgelehnt.

Den aktuellen Diskussionen folgen auf sich stetig wandelnde Leistungsansprüche, welche sich u.a. durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse verändern. Insbesondere tiefgreifende Strukturwandel und starke Entwicklungstrends wie z.B. Industrialisierung, Tertiärisierung der Wirtschaft, demographischer Wandel oder die Digitalisierung bringen stetig räumliche Auswirkungen mit sich, so dass auch entsprechende kommunal-

und verwaltungstechnische Veränderungen mit betrachtet werden müssen. Auch in Hessen äußern sich diese Entwicklungen und finden Eingang in die Diskussion über eine zeitgemäße Anpassung der räumlichen Strukturen. Als Grundlage für diese Diskussion werden in der vorliegenden Studie deshalb die aktuellen Anforderungen an den Raum erläutert. Maßgeblich ist dabei das übergeordnete Raumordnungsziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, der Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen Raumstrukturen, die Darstellung aktueller Herausforderungen an den Raum sowie ein Überblick über die aktuelle Raumordnungspolitik des Landes.

3.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eines der zentralen Ziele der Raumordnung. Politisch herrscht weitestgehend Konsens darüber, dass gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben sind. Juristisch ist das Ziel auf mehreren Ebenen verankert – etwa im Grundgesetz Artikel 72 oder im Raumordnungsgesetz § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 Nr. 1 (Städtetag 2018, S. 22). In den Landesverfassungen von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Bremen ist es Staatsziel, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Neu aufgenommen in die Hessische Verfassung wurde nach dem erfolgreichen Verfassungsreferendum vom 28.10.2018 der Artikel 26d: „Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Errichtung und den Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur und von angemessenem Wohnraum. Der Staat wirkt auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land hin.“ Vor allem die Verfassungsänderung in Hessen und die Zusammenkunft der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ auf Bundesebene deuten auf eine Dringlichkeit und hohe Aktualität der Thematik hin.

Dennoch lässt sich die Forderung „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ nicht einfach definieren und unterliegt zudem immer den aktuellen Herausforderungen und Prioritäten des jeweiligen Jahrzehnts. So war etwa vor der Föderalismusreform im Jahre 1994 noch von einer Einheitlichkeit statt einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Rede (Deutschlandfunk Kultur 2018). War es lange Zeit tatsächlich noch Ziel, annähernd und absolut gleiche Lebensverhältnisse, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land zu schaffen, hat sich diese Sichtweise bis zum heutigen Tag u.a. auch aufgrund von starken und schnellen strukturellen Veränderungen geändert. Vielerorts ist es nicht (mehr) möglich, die Infrastruktur im ländlichen Raum mit der einer Stadt gleichzusetzen. Zum anderen gab es auch eine Abkehr von dieser Zielsetzung hin zu einer Herangehensweise, die auf die raumspezifischen Begebenheiten, Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken

abzielt. Dies betrifft ebenso Themen wie die Erreichbarkeit von Nahversorgungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sowie medizinischer Versorgung. Tendenziell geht es daher aus heutiger Sicht um die Sicherstellung individueller Chancengerechtigkeit unabhängig vom Wohnort, oder – wie es der Deutsche Städtetag prägnant formuliert: „Die Zukunftschancen eines Kindes dürfen nicht davon abhängen, in welcher Region es aufwächst“ (Städtetag 2017).

Derzeit reicht die Debatte über die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bis in die höchsten politischen Ebenen. Im September 2018 bildete sich die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, deren Vorsitz das Bundesinnenministerium und deren Co-Vorsitz das Bundesfamilienministerium sowie das Bundeslandwirtschaftsministerium innehaben. Ziel ist es, Vorschläge für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen zu erarbeiten. Im Juli 2019 will die Kommission dafür konkrete Ergebnisse vorlegen.

Auch im wissenschaftlichen Diskurs erfährt das Thema aktuell hohe Beachtung. Dr. Thomas Terfrüchte von der Fakultät für Raumplanung an der Universität Dortmund etwa geht davon aus, dass räumliche Disparitäten in der Bundesrepublik allgegenwärtig sind, allerdings nicht von vornherein als schlecht angesehen werden müssen. Weitergefasst, lässt sich eine Einteilung in „besser“ oder „schlechter“ in Bezug auf das Stadt-Land-Gefälle nicht in ein Verhältnis zueinander bringen. Diese klassische ordinale Einteilung von Teilräumen ist deshalb kontraproduktiv und sollte durch eine nominale ersetzt werden. Gleichwertige Lebensverhältnisse können demnach nur existieren, „wenn unterschiedliche Lebensverhältnisse den gleichen Wert haben können“ (Terfrüchte). Zudem „bedarf es einer grundsätzlichen Abkehr von der Input-Orientierung hin zu einer Outcome-Orientierung“ (Terfrüchte). Dies meint die Abkehr von der Vorhaltung von ressourcenintensiven Infrastrukturen hin zu bedarfsabdeckenden Angeboten. Input-Orientierung fördert lediglich bestimmte Infrastrukturen (Arztpraxen, Straßen, Schwimmbäder) und strebt nach der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung. Bei einer Outcome-Orientierung sollen dagegen bestimmte Mindeststandards erreicht und gehalten werden. Gewissermaßen ähneln diese Orientierungen den ökonomischen Grundsätzen des Maximalprinzip (Input-Orientierung) und des Minimalprinzip (Outcome-Orientierung). Am Beispiel eines Schwimmbades in einer Kommune wäre es gemäß Input-Orientierung das Ziel, in jeder Kommune ein Schwimmbad zu errichten und zu betreiben. Die Outcome-Orientierung setzt hingegen das Ziel, dass allen Kindern die Möglichkeit gegeben wird, schwimmen zu lernen, ohne dass jede Kommune ein eigenes Schwimmbad aufweist. Vielmehr müssen die vorhandenen Schwimmbäder in anderen Kommunen durch intelligente Vernetzung und

Mobilitätsangebote Kindern aus anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Zukünftig sollte der Fokus deshalb vermehrt auf interkommunalen Kooperationen liegen, um einen gewissen infrastrukturellen Standard einhalten zu können. Im Falle des Schwimmbades kann dies eine interkommunale Trägerschaft sein, die festlegt, wie Kinder die Möglichkeit bekommen das nächste Schwimmbad zu erreichen und die beteiligten Kommunen sich die Kosten für den Betrieb teilen. Einen wichtigen Beitrag bei der Aufgabenerfüllung können innovative Techniken leisten. Wesentlich für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sei zudem, dass Raumordnung und Regionalpolitik „nur gemeinsam durch die Verzahnung ordnungs- und entwicklungspolitischer Instrumente und Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag leisten“ (Terfrüchte).

Auch hinsichtlich der räumlichen Entwicklung des Main-Kinzig-Kreises mit all seinen Städten und Gemeinden hat das Raumordnungsziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse höchste Relevanz. Mit ihren unterschiedlichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen stehen die Städte und Gemeinden des Kreises vor teils stark unterschiedlichen Herausforderungen, denen möglichst individuell und spezifisch begegnet werden muss. Es ist davon auszugehen, dass sowohl die Stadt Hanau als Großstadt, als auch der verbleibende Main-Kinzig-Kreis, bei getrennter Problembearbeitung sich gezielter um ihre Aufgaben und spezifischen Probleme kümmern könnten.

Die jeweiligen Verwaltungseinheiten könnten individuell dafür Sorge tragen, dass das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auf die jeweiligen Problemlagen abgestimmt und lösungsorientiert erreicht wird. Auch die jeweiligen Interessen der Stadt und der umliegenden Kommunen spielen eine wesentliche Rolle bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Zu betonen ist hierbei, dass diese Herangehensweise dem allgemein anerkannten Handlungsansatz der interkommunalen Kooperationen und Zusammenarbeit nicht zuwiderläuft, sondern aufgrund der Profilierung der Verwaltungseinheiten vielmehr auch klarere Grundlagen für diese schaffen kann. Hinsichtlich eines notwendigen Interessenausgleichs kann dies ein lösungsorientiertes Vehikel darstellen.

3.2 Interessenausgleich

Der Landkreis als Interessensgemeinschaft

Die unterschiedlichen Anforderungen und Herausforderungen zwischen ländlichen und urbanen Regionen an den modernen Raum wirken sich auch auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der strategischen Steuerung eines Landkreises aus. Denn als Zusammenschluss verschiedener Gemeinden vereint der Landkreis unterschiedliche raumstrukturelle Bedarfssituationen, die sich aus den Anforderungen und Herausforderungen des Raums ergeben. Um den eigenen räumlichen Bedarfssituationen entgegenzukommen, formulieren sich deshalb notwendigerweise auch unterschiedliche Interessenspositionen zwischen unterschiedlichen Gemeinden.

Ein Landkreis, der rechtlich gesehen nicht nur Gebietskörperschaft sondern auch Gemeindeverband ist, ist daher auch immer eine Interessensgemeinschaft. Seine Aufgabe besteht darin, Schnittpunkte zwischen den sich intern unterscheidenden Interessenspositionen auszuhandeln, um die verschiedenen Handlungsinteressen in praktische Handlungsentscheidungen umzusetzen. Dieser Aushandlungsprozess steht im Zentrum einer jeden demokratischen Entscheidungsfindung.

Stabilisations- und Orientierungspunkte eines Landkreises und der intern variierenden Bedarfssituationen sind dabei die geteilten Ideen aller Gemeinden über die Zukunft des Kreises als Ganzes. Trotz divergierender Bedarfssituationen ist eine Übereinstimmung der geteilten Ideen notwendig, um einen gemeindeübergreifenden Konsens auf Kreisebene bilden zu können.

Die Interessenpositionen der einzelnen Gemeinden setzen sich, zum einen aus der praktischen Konkretisierung der verfügbaren Ideen über die Zukunft der Gemeinde selbst, ihrer Rolle als Teil des Landkreises und dem Landkreis als Ganzes, zum anderen aus der jeweiligen Bedarfssituation als Resultat der Herausforderung des Raumes zusammen.

Interessenausgleich innerhalb eines Landkreises

Der Landkreis als verwaltungstechnischer Akteur und politischer Entscheidungsträger bildet dabei den situativen Kontext, in dem der Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen Gemeinden mit unterschiedlichen Handlungsinteressen stattfindet.

Je stärker sich die Anforderungen und Herausforderungen des Raumes zwischen den Gemeinden eines Landkreises intern unterscheiden, desto

weiter sind auch die Gemeindeinteressen voneinander entfernt. Die Aushandlung von Schnittstellen und eine darauf aufbauende Entscheidungsfindung werden durch starke Differenzierung der Interessen erschwert.

Weichen die Ideen und Bedarfssituationen der Gemeinden so stark voneinander ab, dass keine Schnittpunkte zwischen den Gemeindeinteressen herausgestellt werden können, so verhindert die Unterschiedlichkeit der Gemeinden in den Herausforderungen und Anforderungen auch einen internen Interessensausgleich und letztendlich auch den kooperativen Ansatz. Die stark divergierenden Interessenspositionen versperren dadurch eine Entscheidungsfindung und die Möglichkeit einer Konkretisierung von praktischen Handlungsinteressen auf Kreisebene. Der demokratische Aushandlungsprozess des Landkreises neigt dadurch zur Stagnation oder ist von den Handelnden einzelner Kommunen abhängig.

Besteht ein Landkreis im Gegensatz dazu aus einem Zusammenschluss interessengleicher Positionen, entfällt der Aushandlungsprozess einer demokratischen Entscheidungsfindung zu Gunsten der Gleichheit an Interessen. Ein homogener Zusammenschluss von Interessenpositionen führt deshalb ebenso zur verwaltungstechnischen und politischen Stagnation des Landkreises, da der konstruktive Diskurs unterschiedlicher Positionen und Interessen ausbleibt.

Eine konstruktive Kreisentwicklung wird deshalb durch eine möglichst nahe Abbildung der Raumordnung in Bezug auf die raumstrukturelle Realität der Bevölkerung gefördert. Die Bedarfssituationen und Handlungsinteressen der Gemeinden dürfen dafür nicht zu weit oder zu nah voneinander positioniert sein, sodass sich ein Interessensausgleich herausstellen kann.

Erst durch die Übereinstimmung zwischen der raumstrukturellen Ordnung einer Region und deren politischem und verwaltungstechnischem Tätigkeitsbereich, spiegelt der Aushandlungsprozess und die Entscheidungsfindungen eines Landkreises das Verhältnis der Diversität an Interessenspositionen und die Lebenswirklichkeit der Bewohner in demokratischer und repräsentativer Form wider.

Interessensausgleich zwischen Landkreisen

Die Orientierung zur Rahmung des politischen Tätigkeitsbereichs eines Landkreises an der raumstrukturellen Ordnung und Lebenswirklichkeit der Bewohner ist dabei nicht gleichzusetzen mit einem regionalen Protektionismus. Denn damit sich ein Landkreis auch auf längere Sicht hin konstruktiv entwickeln kann, bedarf es Kooperationen über die Kreisgrenzen hinaus, um die eigenen raumstrukturellen Limitationen zu überwinden.

Dabei gilt, dass erst wenn die Grundversorgung der internen Herausforderungen und Anforderungen des Raumes beantwortet werden, Kooperationen auf Augenhöhe zwischen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gegründet werden können. Ein Interessensausgleich zwischen unterschiedlichen räumlichen Einheiten besteht daher im Ausgleich der räumlichen Möglichkeiten beider Kooperationspartner. Die räumliche Ergänzung durch den Kooperationspartner trägt dabei maßgeblich zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bspw. im ländlichen und urbanen Raum bei, ohne die ländlichen Regionen zu urbanisieren und die städtischen Räume zu „verländlichen“.

Unterschiede im intraregionalen Interesse zwischen bspw. den ländlichen und urbanen Räumen treffen sich dadurch auf Ebene der Kooperation über Kreisgrenzen hinweg. Ziel der Kreiskooperationen ist es, die besonderen Möglichkeiten der raumstrukturellen Alleinstellungsmerkmale für den Kooperationspartner niedrigschwellig zugänglich und attraktiv zu machen.

Diese Kooperationen sind dabei keine Angelegenheiten des Bundeslandes, die sich als Top-Down-Ansatz verordnen lassen, sondern sich bestenfalls zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten ansiedeln und vom Land begleitet werden. Es liegt daher in der Bereitschaft der Kreise selbst, Kooperationsmöglichkeiten wahrzunehmen und zu gestalten. Das Bundesland kann dabei nur die Rahmenbedingungen festlegen. Kooperationen in diversen Themengebieten lassen dabei vielfältige Ausgestaltungsmöglichkeiten zu. Dabei würden die Partner eigene kommunale Möglichkeiten erweitern und Besonderheiten des Partners hervorgehoben werden. Daran schließen sich u.a. Bereiche wie Bildung, Tourismus, technische und soziale Infrastruktur, Erreichbarkeit sowie Naherholung als konstruktive Möglichkeit zur Kooperation an.

Durch die Kooperationen profitiert dabei nicht nur eine Seite der Kooperationspartner durch den Zulauf der anderen Seite. In ihrer Folge wirken sich die Kooperationen auch positiv auf die interne Bedarfssituation aus. Über den eigenen kommunalen Rahmen hinweg können so Erfahrungen gesammelt werden, die als Ergänzungsansatz in die eigene strategische Steuerung des Landkreises einfließen können.

Zudem erlauben Kooperationen zwischen unterschiedlichen Gebietskörperschaften auch die Entwicklung eines Bewusstseins für übergeordnete Themen, wie beispielsweise soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Gesundheit oder die Bewältigung der digitalen Transformation, indem Grenzen überwunden werden.

Ein interkommunaler Interessensausgleich – im Sinne der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gebietskörperschaften - ließe sich daher erstens auf der Ebene innerhalb eines Landkreises und zweitens über Kreisgrenzen hinweg wiederfinden.

- 1) *Indem die Übereinstimmung zwischen dem politischen- und verwaltungstechnischen Tätigkeitsbereichen des Landkreises und der raumstrukturellen Lebenswirklichkeit der Bewohner eine bedarfsgegerechtere und repräsentativere Steuerung der Handlungsinteressen ermöglicht.*
- 2) *Indem Kooperationspartnerschaften einen niedrighschwelligen Zugang zu den raumstrukturellen Möglichkeiten und Besonderheiten anderer Landkreise ermöglichen und so zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen.*

Kooperation zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten stellt kein neues, aber nach wie vor ein nützliches Instrument zur nachhaltigen und bedarfsorientierten Raumentwicklung dar. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass der Ansatz im Main-Kinzig-Kreis entsprechend des dargelegten theoretischen Hintergrunds aktuell nicht seine volle Stärke entfaltet, sondern vielmehr einer Optimierung bedarf.

Eine wesentliche Ursache mag darin bestehen, dass die einzelnen Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Herausforderungen weit auseinander liegen. Unterschiede der Interessenspositionen von Hanau und den übrigen Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises ergeben sich vor allem aus den verschiedenen raumstrukturellen Anforderungen, beziehungsweise den Unterschieden der daraus abzuleitenden Entwicklungsziele. Während sich die Stadt Hanau und die umliegenden Gemeinden als Teile des Verdichtungsraumes Frankfurt-Rhein-Main mit den Anforderungen moderner Ballungsräume konfrontiert sehen, stehen zahlreiche Kommunen des Landkreises vor der Aufgabe, auf die aktuellen Probleme und Handlungsbedarfe, die sich für den ländlichen Raum ergeben, reagieren zu können.

3.3 Herausforderungen im ländlichen und urbanen Raum

Im Folgenden möchte die Studie die Herausforderung des ländlichen und urbanen Raums darstellen. Die Kategorien „ländlicher Raum“ und „urbaner Raum“ bilden das zentrale Gegensatzpaar der Raumordnung. Sie verdeutlichen exemplarisch, welche ungleichen Strukturen und Herausforderungen durch die strukturellen Gegebenheiten unterschiedlicher Räume entstehen, ohne diese zu bewerten.

Ländlicher Raum

Zwar gibt es keine allgemeingültige Definition für die Kategorie „ländlicher Raum“, jedoch werden gemeinhin Indikatoren wie die Bevölkerungsdichte, die Beschäftigungssituation, der Siedlungsflächenanteil und die Zentralität der Lage für eine Bewertung herangezogen. Gängige Charakteristika von ländlichen Räumen sind eine durch Land- und Forstwirtschaft geprägte Flächennutzung, ein von Dörfern, sowie kleinen und mittleren Städten bestimmtes Landschaftsbild und eine von kleinen und mittelständischen Unternehmen dominierte Wirtschaft.

Gemeinden im ländlichen Raum weisen jedoch ebenfalls eine starke Differenzierung auf. Besonders die überregionale Lage, also die Nähe und Erreichbarkeit von Verdichtungsräumen mit guten Versorgungs- und Bildungsangeboten stellt sich als strukturelles Unterscheidungsmerkmal heraus. Ländliche Gemeinden mit guter Anbindung an Ballungsräume verzeichnen tendenziell einen Bevölkerungszuwachs, während peripher gelegene Kommunen von einer Abwanderung in die Städte bedroht werden. Dies ist häufig auf ein mangelhaftes Angebot an Arbeitsplätzen, fehlende Bildungsmöglichkeiten und den unzureichenden Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zurückzuführen. Folgephänomene der negativen Bevölkerungsentwicklung sind das Absinken der Kaufkraft, eine Verminderung des Fachkräfteangebots und ein Rückgang der Steuereinnahmen. Den Gemeinden fehlt also in der Folge die finanzielle Ausstattung, um neue Entwicklungen anzustoßen und eine Negativspirale zu vermeiden. Dementsprechend gilt es als eine der wichtigsten raumordnerischen Aufgaben der Zukunft, den Auswirkungen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels auf die öffentliche Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen zu begegnen und eine ausreichende und ausgeglichene Versorgung sicherzustellen.

Herausforderungen des ländlichen Raums

Im Folgenden werden einige zentrale Themenfelder beschrieben, in denen zukünftig und bereits aktuell große Herausforderungen für den ländlichen Raum bestehen.

Wohnen

In ländlichen Regionen wird dem Wohnen aufgrund der Flächenverfügbarkeit mehr Raum gegeben. Gärten, Grundstücke, Häuser und Wohnungen sind großzügiger konzipiert als in urbanen Wohngebieten. In Regionen, die von einer negativen Bevölkerungsentwicklung betroffen sind, sinken dennoch die Grundstückspreise und es kommt vermehrt zu Leerständen. Durch die Ausweisung von Neubaugebieten versuchen betroffene Gemeinden daher Anreize für junge Familien zu schaffen. Dies hat neue Flächenversiegelungen zur Folge und führt vielerorts zu einer Abwertung der Ortskerne. Besonders schrumpfende Gemeinden mit einem hohen Anteil älterer Menschen müssen gewährleisten können, dass die Versorgungsfunktion der Ortszentren nicht verloren geht. Durch die Sanierung von Altbauten im Ortskern kann der optischen Verwahrlosung durch Leerstände entgegen gearbeitet werden, altersgerechte Wohnkonzepte und Mehrfunktionshäuser erweisen sich an dieser Stelle als sinnvolle Alternativstrategien.

Wirtschaft und Beschäftigung

Auch auf dem Land ist der Dienstleistungssektor mittlerweile der wichtigste Arbeitgeber. Im produzierenden Sektor, der vorwiegend mittelständisch geprägt ist, dominieren die Branchen Maschinenbau sowie Werkstoff- und Nahrungsmittelproduktion. Wissens- und forschungsintensive Berufe sind im ländlichen Raum selten zu finden. Um ein vielfältigeres Arbeitsangebot zu schaffen, müssen neue Geschäftsfelder erschlossen und neue Beschäftigungsformen genutzt werden. Die Digitalisierung bietet hier beispielsweise in Form von Homeoffice oder Co-Working großes Potential. In strukturschwachen Gegenden mit naturnaher Umgebung erweist sich beispielsweise die Förderung des Tourismus als zielführend. Zudem kann die steigende Nachfrage nach Biorohstoffen, erneuerbaren Energien und regionalen Produkten für neue Impulse und Innovationen der Wirtschaft im ländlichen Raum sorgen.

Flächennutzung

Der große Anteil an Freiflächen und Natur ist charakteristisch für den ländlichen Raum. Dieser schrumpft in Deutschland jedoch stetig zugunsten von Siedlungs- und Verkehrsflächen, aber auch Flächen zur Energiegewinnung

beanspruchen zunehmend Platz. Die Flächenumwidmung in wachsenden Regionen geht dabei hauptsächlich zulasten landwirtschaftlicher Nutzfläche, wobei auch häufig Wälder und Freiräume zerschnitten werden. Die naturbelassene Umgebung trägt erheblich zur Attraktivität von Gemeinden im ländlichen Raum bei. Die in Folge der fortschreitenden Flächenversiegelung oder Bodenspekulationen steigenden Agrarlandpreise stellen zudem vielerorts eine Belastung für die Geschäftsgrundlage landwirtschaftlicher Betriebe dar. Kommunen im ländlichen Raum sollten daher eine nachhaltigere Nutzung ihrer Gemeindeflächen anstreben. Dies kann durch Entsiegelungsmaßnahmen oder die Umnutzung bestehender Bau- oder Brachflächen sowie Nachverdichtungen erreicht werden und ist Neubauprojekten „auf der grünen Wiese“ vorzuziehen. Des Weiteren kann eine Aktivierung von Ortskernen zu einer Attraktivitätssteigerung und damit einem vitalen Dorfleben beitragen.

Mobilität

Auf dem Land werden rund zwei Drittel aller Wege mithilfe des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zurückgelegt. Öffentliche Verkehrsmittel genießen hier nur eine geringe Priorität. Dies ist vor allem für nicht mehr, oder nur bedingt fahrtüchtige Altersgruppen wie Schüler oder alten Menschen problematisch, die zur Erreichung von Bildungs- und Versorgungseinrichtungen zum Teil erhebliche Wegstrecken zurücklegen müssen. Mobilität ist im ländlichen Raum von besonderer Priorität, damit Versorgungs- und Konsumangebote flächendeckend für die Bevölkerung im ländlichen Raum verfügbar, beziehungsweise erreichbar bleiben. Um dies zu gewährleisten, lassen sich bedarfsorientierte Konzepte wie Rufbusse oder Sammeltaxis etablieren. Zusätzlich können Online-Lieferdienste und digitale Bildungs- Beschäftigungs- und Versorgungsangebote dazu beitragen real zurückgelegte Wegstrecken zu vermeiden.

Bildung und Soziales

Besonders in ländlichen Regionen gehen die Schülerzahlen zurück, was vielerorts zu Schulschließungen führt. Auch das Kita-Netz ist in ländlich geprägten Regionen oft lückenhaft. Da Bildungseinrichtungen in der Folge meistens an zentralen Orten gebündelt werden, verlängern sich die Schulwege und periphere Kommunen verlieren für junge Familien weiter an Attraktivität. Der flächendeckende Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten ist essentiell für junge Menschen im ländlichen Raum. Um den anhaltenden Überalterungstrend der Bevölkerung zu stoppen und Schulschließungen zu verhindern, bieten sich beispielsweise mediengestützte Kooperationen zwi-

schen verschiedenen Schulen an. Auch jahrgangsübergreifende Lerngruppen, zeitlich aufgeteilter Unterricht oder die Integration von Freizeit- und Kulturangeboten in Kita- und Schuleinrichtungen könnten helfen, Bildungsangebote langfristig aufrechtzuerhalten.

Gesundheit und Umweltverträglichkeit

Ärzteneiederlassungen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt. In Ballungszentren und wohlhabenden Regionen gibt es deutlich mehr Ärzte und Apotheken pro Einwohner, als im ländlichen Raum. Dies stellt sich insbesondere in Anbetracht des höheren Anteils älterer Menschen in ländlichen Regionen als strukturelles Problem dar. Die medizinische Versorgung ist auch in strukturschwachen Gegenden langfristig sicherzustellen. Dies kann durch Anreizsysteme geschehen, durch die der ländliche Raum für Mediziner attraktiver wird. Busse und Sammeltaxen bieten sich für entlegene Kommunen an, die in erheblicher Distanz zur nächstgelegenen medizinischen Einrichtung liegen. Kooperationen zwischen Ärzten oder die Gründung von Ärztehäusern können helfen, die medizinische Grundversorgung sicherzustellen. Eine weitere Möglichkeit bietet die Telemedizin, die die Begutachtung von Befunden, Röntgenbildern und Liveaufnahmen durch Fachärzte über das Internet – unabhängig von deren Standort – ermöglicht. Hierfür ist jedoch der Ausbau von Breitbandnetzen erforderlich.

Versorgung

Seit den 1960er Jahren gehen Versorgungsangebote in deutschen Dörfern zurück. Besonders bevölkerungsarme Kommunen sind betroffen, da die Versorgungsleistungen von einer schrumpfenden Anzahl an Abnehmern getragen werden muss. Die Daseinsvorsorge auf dem Land ist langfristig zu gewährleisten, um die Lebensgrundlage der ansässigen Bevölkerung zu sichern. Hierfür bietet es sich für betroffene Kommunen an, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern. So können beispielsweise Nachbarschaftsläden die Nahversorgungsfunktion übernehmen. Darüber hinaus können interkommunale Kooperationen und flexible überkommunale Angebotsplanungen helfen, eine flächendeckende Versorgung strukturschwacher Gebiete zu gewährleisten.

Freizeit/Tourismus/Kultur

Der ländliche Raum ist nach wie vor ein beliebtes Ziel für Touristen und Erholungssuchende. Trends wie die Rückbesinnung auf Regionalität, Authentizität, Nachhaltigkeit, Gesundheit oder Entschleunigung sind mit dem Image ländlicher Urlaubsregionen vereinbar. Der Auslandstourismus kon-

zentriert sich dagegen stark auf die Großstädte und generiert kaum Einnahmen auf dem Land. Kommunen im ländlichen Raum können ihre Attraktivität für Auslandstouristen durch zielgerichtete Marketingstrategien verbessern. Für den Ausbau touristischer Infrastrukturangebote und die Entwicklung und Herausarbeitung einer regionalen Identität ist das Engagement lokaler Akteure von Nöten. Darüber hinaus bietet es sich an, Vermarktungskonzepte und Maßnahmenplanungen interkommunal abzustimmen.

Klimaschutz

Besonders im Hinblick auf die Funktionen Erholung, Freizeit bzw. Tourismus, Frischluft- und Trinkwasserlieferant, sowie Landwirtschaft (Lebensmittelproduzent), wird dem sich ändernden Klima mit Sorge entgegengeblickt. Häufiger auftretende Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hagel oder längere Dürreperioden und Hitzewellen führen zu Überflutungen, Erdabtragungen, Austrocknungen und geringeren Ernteerträgen. Dem Klimaschutz in der Peripherie kommt daher ein großer Stellenwert zu Teil. Nachhaltige Landwirtschaft und Hochwasserschutz können die Auswirkungen zum Teil abmildern. Beachtenswert ist, dass der Ländliche Raum in den letzten Jahrzehnten eine Hauptrolle in der Energiewende eingenommen hat und als Energieproduzent dient. Zahlreiche Solarparks und Windenergieanlagen sind im gesamten Bundesgebiet entstanden. Der ländliche Raum dient zudem als Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, die in urbanen Gegenden nicht (mehr) vorkommen. Diese schützenswerte Flora und Fauna gilt es auch für die Zukunft zu erhalten.

Urbaner Raum

Im Gegensatz zum Ländlichen Raum sind für den urbanen Raum eine hohe Bevölkerungsdichte, ein hoher Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen und eine ausgeprägte Versorgungsinfrastruktur charakteristisch. Die Wirtschaft wird in der Regel vom Dienstleistungssektor dominiert. Je nach Umfang, Dichte, Vernetzung und funktionaler Spezialisierung ergeben sich unterschiedliche Anforderungen an die zukünftige Entwicklung von urbanen Räumen. So muss die Wirtschaft in der Zeit der Globalisierung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, ohne das Ziel einer nachhaltigen Lokalwirtschaft zu vernachlässigen. Gleichzeitig sind urbane Räume in der Regel von einem starken Bevölkerungswachstum betroffen. Dies führt zu einem wachsenden Wohnungsdruck, was langfristig Segregations- und Verdrängungsprozesse zur Folge haben kann. Darüber hinaus stellen gesamtgesellschaftlich relevante Themen wie der Klimawandel, weltweite Migrationsbewegungen und die fortschreitende Digitalisierung urbane Räume zukünftig vor neue Herausforderungen.

Herausforderungen des urbanen Raums

Im Folgenden werden einige zentrale Themenfelder beschrieben, in denen zukünftig und bereits aktuell große Herausforderungen für den urbanen Raum bestehen.

Wohnen

Aufgrund der anhaltenden Tendenz der Binnenzuwanderung aus dem ländlichen Raum in die Städte, Arbeitsmigration aus der Europäischen Union und wegen der Migration aus Kriegs- und Krisengebieten, die sich ebenfalls vorwiegend im urbanen Raum niederschlägt, mangelt es zahlreichen Städten an Wohnraum. Dies führt wiederum zu steigenden Mietpreisen, der Verdrängung einkommensschwächerer Schichten und einer sozialen Entmischung der Wohnquartiere. Die Segregation einkommensschwacher oder sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist wiederum Ursache für die Verschärfung sozialer Spannungen und Probleme. Um dem Wohnraum-mangel und den Folgeproblemen entgegenzuarbeiten, ist es also notwendig, ausreichend bezahlbaren Wohnraum in urbanen Gebieten zu schaffen und die soziale Durchmischung desselben zu erhalten, beziehungsweise zu fördern. Hinzu kommt das Bedürfnis nach neuen Wohnformen, wie etwa Mehrgenerationenwohnen, gemischten Wohngemeinschaften, Altersresidenzen usw. Auch der steigenden Anzahl an Single-Haushalten muss die Stadt gerecht werden.

Wirtschaft und Beschäftigung

Im Zuge der Globalisierung liefern sich Metropolen und Ballungsräume einen immer stärkeren Wettbewerb um die Funktionen der Produktion, Konsumption und Kontrolle. Dies führt zu einer wachsenden Relevanz von Maßnahmen, mit denen das Profil des Standorts definiert, geschärft und die Attraktivität desselben gestärkt werden soll. Die dafür gewählten Strategien umfassen die Entwicklung halbstaatlicher Steuerungstechniken, die Konzentration auf städtebauliche Leuchtturmprojekte und Großveranstaltungen, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen, sowie die Profilierung der Städte als Wohnstandorte und Erlebnisräume. Dabei ist zu beachten, dass solche Maßnahmen vorwiegend einkommensstarken Bevölkerungsgruppen und internationalen Unternehmen zugutekommen. Sozial benachteiligte und einkommensschwache Teile der Bevölkerung laufen – ebenso wie Kleinst- und Kleinunternehmen – Gefahr, durch diese Entwicklung abgehängt zu werden. Um neben der internationalen Profilierung nicht Gefahr zu laufen, die lokale Wirtschaft zu vernachlässigen,

sigen, müssen Ballungsgebiete und Metropolen in Zukunft neue Wege finden, diese bisher unvereinbar erscheinenden Interessen angemessen abzuwägen und auszugleichen.

Flächennutzung

In Folge der wachsenden Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen und der geringen Flächenverfügbarkeit im städtischen Raum kommt es vielerorts zu Flächenaneignungen im Außenbereich. Da durch die extensive Besiedelung und Versiegelung von Naturräumen und Agrarland zunehmend ökologische und klimatische Risiken zu befürchten sind, müssen Gemeinden und Städte mit einem hohen Bedarf an Wohn- und Gewerbeflächen zukünftig der Innenentwicklung Priorität einräumen. Hierbei stellen die Komplexität und die Dauer solcher Prozesse die Städte vor große Herausforderungen.

Die angestrebte Nachhaltigkeit in der Bodennutzung des städtischen Raumes kann unter anderem durch bauliche Verdichtungsmaßnahmen, die Konversion von Brachflächen und die Etablierung von Nutzungsmischungen realisiert werden, wobei Aktivierungshemmnisse hier massiv eine Nutzung verhindern. Weiterhin besteht die Gefahr, dass die Flächennutzungskonflikte zwischen Verkehrs- Gewerbe- und Wohnflächen sich weiter verstärken.

Mobilität

Der Straßenverkehr ist die Hauptquelle für Luftverschmutzung und Emissionen im städtischen Raum und damit für einen großen Teil der Treibhausgasemissionen von Städten verantwortlich. Dies erklärt sich zudem durch die Verteilung der gewählten Verkehrsmittel. So werden im städtischen Raum durchschnittlich über ein Drittel aller Wegestrecken mit dem PKW zurückgelegt. Da ein weiterer Anstieg der Verkehrslast im urbanen Raum abzusehen ist, stehen Städte und Ballungsräume vor der Herausforderung, die Verkehrsführung in Zukunft umweltfreundlicher zu gestalten. Dies umfasst die Förderung und bessere Vernetzung des schienengebundenen und motorisierten ÖPNV, ein Ausbau der Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Verkehrsmittel, die Implementierung von Auto- und Fahrradleiheangeboten, sowie die integrierte Planung der verschiedenen Mobilitätssysteme zur Förderung der Intermodalität. Ein weiteres Ziel ist die Verkürzung der alltäglichen Wegestrecken. Dies kann durch eine enge Mischung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Erholung erreicht werden und soll dazu führen, dass mehr Mobilitätsentscheidungen zugunsten nicht motorisierter Fortbewegungsarten getroffen werden.

Bildung und Soziales

In Städten und Ballungsgebieten treffen Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur, Religion, Bildungsstand und Einkommen aufeinander. Aufgrund ihrer breiten Spektren an Erwerbsmöglichkeiten und Bildungsangeboten sind urbane Zentren und industrielle Verdichtungsräume für verschiedene Bevölkerungsgruppen attraktiv. Gleichzeitig sind aber auch Armut und Arbeitslosigkeit Phänomene, die vor allem im urbanen Raum auftreten. Die Arbeitslosen- und Kaufkraftkennziffern der Städte unterscheiden sich von den Vergleichswerten ländlicher Regionen. Die Problematik verschärft sich durch die erhöhte Armutsmigration, die ebenfalls vorrangig den städtischen Raum zum Ziel hat. Die hohen Mietpreise in Ballungsräumen sorgen in der Folge dafür, dass sich gesellschaftlich unterprivilegierte Gruppen an Orten konzentrieren, die nur geringfügig mit Bildungsangeboten und sozialer Infrastruktur ausgestattet sind, wodurch sich die ungleichen Voraussetzungen der entsprechenden Gruppen verstetigen. Es ist daher im Interesse der Städte, die räumliche Konzentration von bildungsfernen und einkommensschwachen Milieus zu verhindern, ein umfassendes Angebot an Integrations- und Bildungsmöglichkeiten bereitzustellen und der sozialen Grundversicherung in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Gesundheit und Umweltverträglichkeit

Der Einfluss des Klimawandels ist in zahlreichen Städten bereits spürbar und wird sich in Zukunft weiter verstärken. Mikroklimatische Effekte führen im Zuge der allgemeinen Erwärmung zu lokalen Hitzeereignissen in urbanen Räumen, sogenannten Hitzeinseln, die gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung bereithalten. Als weitere Folge des Klimawandels werden Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Dürreperioden mit wachsender Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein. Die daraus resultierenden Gefahren sind vorbeugend bei der Planung und Entwicklung von Flächen im urbanen Raum zu berücksichtigen. Die Immissionswerte durch Feinstaub, verunreinigter Luft und Lärm sind in Städten bedingt durch die bauliche Dichte, Industrie und dem hohen Verkehrsaufkommen höher als in ländlichen Regionen und tragen zur gesundheitlichen Mehrbelastung der städtischen Bevölkerung bei.

Versorgung

Unter dem Einfluss der Digitalisierung hat sich die Struktur des Einzelhandels in deutschen Städten bereits erheblich verändert. Online-Händler nehmen einen immer größeren Marktanteil ein. Auch setzt sich der Trend der Filialisierung der Innenstädte fort. Gleichzeitig werden immer noch autokundenorientierte Einkaufsstandorte in den Außenbereichen erschlossen. Dies

bringt vor allem kleine und mittlere Einzelhändler in den Stadtteil- und Quartierszentren in Bedrängnis und gefährdet langfristig die Sicherstellung der Nahversorgung. Städte sind daher angehalten, Strukturen zu schaffen und Impulse zu setzen, um den stationären Einzelhandel in den Zentren zu stärken und zu fördern.

Freizeit/Tourismus/Kultur

Im internationalen Wettbewerb der Städte und Ballungsräume um Unternehmen und Fachkräfte gewinnen weiche Standortfaktoren wie die Wohn- und Lebensqualität einer Stadt immer mehr an Bedeutung. Entsprechend wächst auch die Nachfrage nach öffentlichen Naherholungsmöglichkeiten, Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten. Zudem werden öffentliche Räume und städtische Einrichtungen, in Folge der zunehmenden Diversifizierung von Lebensstilen in der Gesellschaft, mit einer Vielzahl konkurrierender Nutzungsansprüche konfrontiert. Die Bereitstellung und Gestaltung attraktiver, flexibel nutzbarer und bewegungsfreundlich konzipierter öffentlicher Räume stellt dementsprechend ein wichtiges Steuerungsinstrument der Stadtplanung dar, um die Wohn- und Lebensqualität im urbanen Raum zu erhalten und zu verbessern.

Klimaschutz

Der Klimawandel stellt aus verschiedenen Perspektiven eine Herausforderung für die Städte und Ballungsräume der Zukunft dar. Mehr als 70 % der weltweit vom Menschen produzierten Treibhausgase entstehen in urbanen Gebieten. In Deutschland ist der Straßenverkehr die Hauptquelle für die Luftbelastung durch Stickoxide, Ozon, Kohlenmonoxid, Feinstaub und Ruß. Neben dem Verkehr stellt auch die Bebauung eine schwerwiegende Ursache für die Entstehung von Treibhausgasen dar. Die für die Gebäude aufgewendete Energie macht etwa ein Fünftel der energiebezogenen Treibhausgasemission aus. Eine weitere Problematik ist der hohe Versiegelungsgrad, ein kleinerer Grünflächenanteil und die große Bebauungsdichte, die in Städten vorherrscht. Diese Faktoren befördern ein unfreundliches Stadtklima. Bei Entwicklungs-, Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im städtischen Raum wird daher in Zukunft darauf zu achten sein, möglichst energie- und ressourcenschonend vorzugehen und nachhaltige, umweltfreundliche Bebauungsformen zu wählen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der ländliche und der urbane Raum zwar grundsätzlich mit den gleichen Trends wie z.B. dem wirtschaftlichen Strukturwandel, der demographischen Entwicklung und den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen konfrontiert werden, jedoch dass sich die entsprechenden Herausforderungen in ländlichen Regionen und in Großstädten unterschiedlich darstellen. Die Tabelle auf der folgenden Seite gibt einen zusammenfassenden Überblick für die Kategorien ländlicher und urbaner Raum.

Für Mittelstädte lässt sich feststellen, dass die spezifischen Herausforderungen dabei weniger leicht zu kategorisieren sind. Vielmehr ergeben sich diese stets aus der konkreten raumstrukturellen Lage des jeweiligen Mittelzentrums. Während einige Mittelstädte viele Herausforderungen mit dem ländlichen Raum teilen, besitzen einige, gerade im Einzugsbereich von Großstädten und Metropolregionen, Herausforderungen aus dem urbanen Raum. Aus diesem Grund ist eine Kategorisierung in ähnlicher Weise nicht zielführend.

Zusammenfassung der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen

Ländlicher Raum	Urbaner Raum
Wohnen	
<ul style="list-style-type: none"> - Ortskerne aktivieren - Leerstandkonversion - altersgerechtes Wohnen 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung neuer Wohnungen - Verdrängung/Segregation - neue Wohnformen
Wirtschaft und Beschäftigung	
<ul style="list-style-type: none"> - Fachkräftebedarfe sichern - Digitalisierung für neue Beschäftigungsformen nutzen, Co-Working o.ä. 	<ul style="list-style-type: none"> - Positionierung und Profilierung auf dem globalem Markt - steigender Wettbewerb zwischen Städten - Anziehungskraft für Fachkräfte bestimmter Branchen
Flächennutzung	
<ul style="list-style-type: none"> - Baulücken schließen - Leerstände nutzen - Neuausweisungen reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> - geringe Flächenverfügbarkeit - Innenentwicklung: Nachverdichten, Brachflächenkonversion - Flächennutzungskonflikt (Verkehr, Gewerbe, Wohnen)
Mobilität	
<ul style="list-style-type: none"> - Alternative Mobilitätskonzepte - Elektromobilität 	<ul style="list-style-type: none"> - Stadt der kurzen Wege - Elektromobilität - Intermodalität im ÖPNV
Bildung und Soziales	
<ul style="list-style-type: none"> - Bildung (Erreichbarkeit) - Digitale Bildungsangebote 	<ul style="list-style-type: none"> - Verteilung und Gleichwertigkeit von Bildungsangeboten - Soziale Grundsicherung (Effizienz steigern) - Integrationsangebote schaffen
Gesundheit und Umweltverträglichkeit	
<ul style="list-style-type: none"> - Ärztemangel - Erreichbarkeit (Telemedizin) - Kooperationen/Ärztelhäuser 	<ul style="list-style-type: none"> - Hitzeereignisse - Starkregen/Überschwemmung - hohe Immission
Versorgung	
<ul style="list-style-type: none"> - Alternative Versorgungskonzepte - Nischenprodukte/Spezialisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Filialisierung der Innenstädte - sich änderndes Konsumverhalten und ändernde Vertriebskanäle
Freizeit/Tourismus/Kultur	
<ul style="list-style-type: none"> - Markenbildung/Image - Natur als Ressource 	<ul style="list-style-type: none"> - Freiraumentwicklung - Sport- und Kulturangebote
Klimaschutz	
<ul style="list-style-type: none"> - Energieproduzent (Solar/Windkraft) - Funktionen durch Klimawandel gefährdet 	<ul style="list-style-type: none"> - Klimaneutrale Stadt

3.4 Die Raumordnung in Hessen

Raumordnung als Instrument

Die Raumordnung hat die Aufgabe, die vielfältigen Nutzungsansprüche, die an Räume gestellt werden, zu koordinieren und Entscheidungen über deren Nutzung und weitere Entwicklungen zu treffen. Dabei muss zwischen den unterschiedlichen Interessen und Belangen vermittelt werden, um die verschiedenen Anforderungen an den Raum aufeinander abstimmen zu können. Zentrale Leitvorstellung in der Raumordnung ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilgebieten eines Planungsraums. Damit ist nicht die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse gemeint, sondern die Bestrebung, einen Rahmen zu schaffen, in dem die Bürger die Möglichkeit besitzen, ihr Leben unter Bedingungen zu gestalten, die sich zwar individuell unterscheiden, aber von annähernd gleichem Wert sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine ausgewogene räumliche Entwicklung zu fördern, die Daseinsvorsorge in Kooperation und Koordination öffentlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Angebote zu sichern, sowie Entwicklungspotentiale auszubauen.

Dies lässt sich auf soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Aspekte beziehen und umfasst Zielsetzungen wie die Sicherung einer nachhaltigen Daseinsvorsorge und vorhandener Entwicklungspotentiale, die Unterstützung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und innovativer Entwicklungen, sowie den nachhaltigen Schutz von Ressourcen. Diese Aufgaben sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen.

Das Zentrale-Orte-Konzept

Im Raumordnungsgesetz (ROG) wird diesem Anspruch in Form des Zentrale-Orte-Konzepts Rechnung (ZOK) getragen (§ 2 Abs. 2). Grundlegender Ansatz des ZOK ist dabei die Bündelung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen an zentralen Orten, die die Versorgung der Umgebung gewährleisten sollen. Die Größe des zugeordneten Versorgungsbereichs hängt von der Erreichbarkeit und Ausstattung des jeweiligen Zentrums ab. Die Konzeption des ZOK erfolgt auf Ebene der Regional- beziehungsweise der Landesplanung. Bundesweit werden dabei in Anlehnung an die Festlegungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) aus den Jahren 1968 und 1970 ähnliche Herangehensweisen verfolgt. In dieser wurde eine Einteilung zentraler Orte anhand der von ihnen erbrachten Versorgungsleistung in die drei Kategorien Ober-, Mittel-, und Grundzentren empfohlen. Darüber hinaus wurden drei Stufen von Versorgungsbereichen (Ober-, Mittel- und Nahbereiche) definiert.

Grundzentren

Grundzentren sind Standorte zur Bündelung von Einrichtungen der überörtlichen Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Hierzu zählen Bildungsgänge bis einschließlich der Mittelstufe, eine öffentliche Bibliothek, Bürgerhäuser oder vergleichbare Einrichtungen, eine hausärztliche Grund- und eine ambulante Pflegedienstversorgung, Sportangebote, Haltpunkte im ÖPNV, eine Gemeindeverwaltung und eine Polizeistation.

Die Festlegung von Grundzentren ist Aufgabe der Regionalplanung und erfolgt entsprechend regionaler Gegebenheiten, sowie allgemeiner Indikatoren. Ein Grundzentrum soll demnach etwa 3.000 Einwohner im städtischen Kern vorweisen können und die Grundversorgung von 10.000 (im ländlichen Raum) bis 15.000 (im Ordnungs- und Verdichtungsraum) Einwohnern im Versorgungsbereich gewährleisten. Dieser entspricht von seinem Umfang mindestens den Gemeindegrenzen, geht in der Regel aber darüber hinaus.

Mittelzentren

Mittelzentren sind Standorte für gehobene Einrichtungen im wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Bereich, sowie für private Dienstleistungen. Dementsprechend gehören Behörden der unteren Verwaltungsebene, Gerichte der unteren Instanz, Krankenhäuser der Zentral-, Regional- und Grundversorgung, eine umfassende Facharztversorgung, soziale Beratungsstellen, Frauenhäuser, regional bedeutsame Sportstätten, Haltpunkte im schienengebundenen Regionalverkehr mit Verknüpfung zum straßengebundenen ÖPNV, Stadtbussysteme, öffentliche Bibliotheken mit hauptberuflicher Leitung, regional bedeutsame Museen, berufs- oder studienqualifizierende Bildungsgänge, sowie sonderpädagogische Beratungs- und Förderzentren zur notwendigen Ausstattung mittelzentraler Orte.

Mittelzentrale Festlegungen erfolgen auf der Ebene der Landesplanung und werden mithilfe von Bevölkerungszahlen und Strukturdaten bestimmt. Eine Mindesteinwohnerzahl von 7.000 im zentralen Ortsteil wird empfohlen, während der Versorgungsbereich mindestens 20.000 (ländlicher Raum) bis 40.000 (Ordnungs- und Verdichtungsraum) Einwohner umfassen sollte. Die Ausdehnung der Versorgungsbereiche von Mittelzentren orientiert sich an der Erreichbarkeit über MIV und ÖPNV. Eine Stunde Fahrzeit wird dabei als Maximalwert betrachtet. Mittelzentren können auf Grund ihrer Größe, regionalen Bedeutung und Ausstattung mit oberzentralen Einrichtungen in Teilbereichen Versorgungsaufgaben für den Oberbereich erfüllen.

Oberzentren

Oberzentren sind Städte, die als Standorte hochwertiger spezialisierter Einrichtungen mit zum Teil landesweiter, nationaler oder internationaler Bedeutung genutzt werden. Sie bieten Agglomerationsvorteile für die gesamte Region und sind Verknüpfungspunkte großräumiger und regionaler Verkehrsnetze. Dementsprechend sind hier Hochschulen, Zentral- und Fachbibliotheken, überregional bedeutsame Museen, Kongresszentren oder vergleichbare Mehrzweckhallen, Krankenhäuser der Maximalversorgung, Frauenhäuser, überregional bedeutsame Sportstätten, ICE/IC-Haltepunkte, ein innerstädtisches öffentliches Verkehrsnetz, Behörden höherer, oder mittlerer Verwaltungsebene, sowie Gerichte höherer oder mittlerer Instanz vorzufinden.

Oberzentren sind Städte, die im Ansatz einen großstädtischen Charakter oder mindestens 100.000 Einwohnern im städtebaulich zusammenhängenden Bereich vorweisen. Der zugehörige Versorgungsbereich eines Oberzentrums sollte 250.000 (im ländlichen Raum) bis 500.000 (im Ordnungs- und Verdichtungsraum) Einwohner umfassen und innerhalb von einer Stunde mit dem Auto erreichbar sein.

Raumordnung in Hessen / ZOK in Hessen (LEP 2000)

In Hessen wurden für den Landesentwicklungsplan 2000 (inklusive der Veränderungsverfahren 2007, 2013 und 2018) zehn Oberzentren, 95 Mittelzentren und 318 Grundzentren festgelegt. Zwar wurde in diesem Rahmen auch eine Differenzierung nach den drei Raumkategorien Ländlicher Raum, Ordnungsraum und Verdichtungsraum vorgenommen, die Ausweisung von Zentralen Orten erfolgte aber nach einheitlichen Kriterien, ohne die Unterschiede in der Raum- und Siedlungsstruktur des Landes zu berücksichtigen.

So wird Südhessen mit dem Ballungsraum um Frankfurt am Main, Wiesbaden und Darmstadt durch einen großflächigen Verdichtungsraum geprägt, der neben fünf Oberzentren mehr als 30 Mittelzentren umfasst, während in Mittel- und Nordhessen größtenteils ländliche Strukturen vorherrschen und Ober- sowie Mittelzentren auf eine viel größere Fläche verteilt sind. Durch die hohe Konzentration an Mittelzentren im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sind diese vor allem auf die Versorgung der eigenen Gemeinde ausgerichtet, während die Mittelzentren im Ländlichen Raum Mittel- und Nordhessens die Versorgung der umliegenden Gemeinden gewährleisten müssen.

Metropolregiongesetz

Ziel des Metropolregiongesetzes ist es, durch neue regionale Kooperationsformen die kommunalen Kräfte zu vereinigen und zu fördern. Um die Entwicklungsziele im Ballungsraum zu erreichen wurde ein Regionalverband gegründet, welcher für die Steuerung und Koordinierung gemeinschaftliche Aufgabenwahrnehmung zuständig ist.

Das Metropolgesetz zur Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist für 75 Kommunen mit rund 2,3 Millionen Einwohnern gültig. Es ist am 08. März 2011 in Kraft getreten und ist, wie die meisten hessischen Rechtsvorschriften, ein befristetes Gesetz. Der Grund einer solchen Befristung ist, dass die Hessische Landesregierung immer darum bemüht ist, Gesetze zu optimieren, damit sie die Herausforderungen der Zeit bewältigen können. Gesetze, die nicht mehr zeitgemäß sind, können so abgeschafft werden. Die letzte Reformierung des Metropolgesetzes wurde am 24. August 2018 (GVBl. S. 387) vorgenommen und die Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2029 verlängert.

Das Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main bietet eine gesetzliche Grundlage der Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Den gesetzlichen Aufgaben nach ist der Regionalverband dazu verpflichtet, das Wohlergehen und die Verbundenheit der Metropolregion im Einklang mit den Interessen seiner Mitgliedskommunen zu fördern. Das Prinzip der freiwilligen Zusammenarbeit in bedeutsamen regionalen Aufgabenfeldern ist im Grundsatz fest verankert.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt ist die gebietliche Abgrenzung des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main, welche beibehalten wird. Für Kommunen und Gemeinden aus dem dicht angrenzenden Umland besteht die Möglichkeit, dem Ballungsraum beizutreten, sofern der Wunsch und das Interesse eines Beitritts bestehen. Die Einzugsgebiete können bei der Weiterentwicklung der Metropolregion mitwirken und Aufgaben in den Bereichen Verkehrsnetze, Datennetze, Wirtschaftsförderung sowie Kulturförderung wahrnehmen. Zudem ist seit dem 01. April 2011 aus dem ehemaligen Planungsverband Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main der Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main geworden.

Der Regionalverband ist für die Flächennutzungs- und die Landschaftsplanung sowie für die strategische Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die Entwicklung der Region zuständig. Der Rat der Region wurde aufgelöst und durch einen erweiterten Regionalvorstand ersetzt. Ihm gehören bis zu zwei hauptamtliche Vorstandsmitglieder und bis zu acht ehrenamtliche Bei-

geordnete, die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Frankfurt und Offenbach sowie die Landräte der Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Wetterau, Main-Kinzig, Offenbach und Groß-Gerau an.

Im Rahmen der dritten Änderung des LEP Hessen 2000 stand für die einberufene Kommission vor allem eine Überprüfung der mittelzentralen Ebene im Zentrale-Orte-Konzept des Landes Hessen im Fokus. Hier wurde im Vorhinein der größte Handlungsbedarf wahrgenommen. Des Weiteren wurden Empfehlungen für eine Neuabgrenzung der hessischen Raumstrukturen formuliert, in denen der hohen Bedeutung des ländlichen Raumes für die Landespolitik Rechnung getragen werden soll. Letztendlich setzte sich die Kommission auch mit dem Kommunalen Finanzausgleich auseinander, der in Anbetracht der empfohlenen Neuordnung im mittelzentralen Bereich einer Anpassung bedarf.

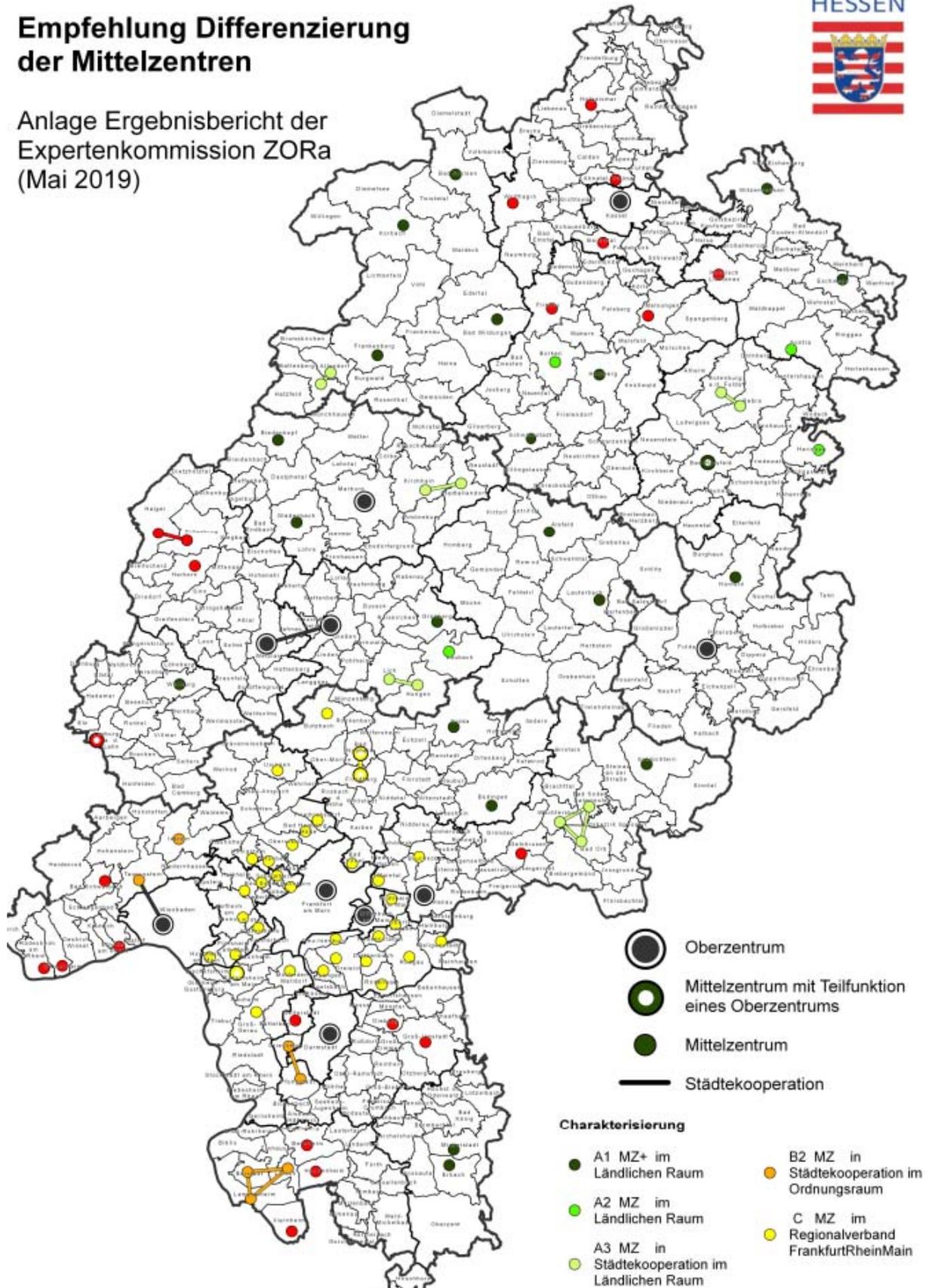
Aktuelle Debatte zur Raumordnungspolitik

Seit der letzten Festlegung der zentralen Orte 1990 ist die Entwicklung in den Landesteilen Hessens demographisch und wirtschaftlich (Verkehrsangebote, Mobilitätsmuster, räumliche Verflechtungen, Digitalisierung) unterschiedlich verlaufen. Davon ausgehend hat eine Expertenkommission des Landes Hessen im Mai 2018 im Rahmen eines Berichts den Anspruch formuliert, das System der zentralen Orte zu überprüfen und sachgerecht weiterzuentwickeln. Eine Weiterentwicklung sollte das Auf- und Abstufen von zentralen Orten ermöglichen und etwaige Auswirkungen auf den ländlichen Raum bzw. das hoch verdichtete Rhein-Main-Gebiet berücksichtigen.

Die Kommission empfiehlt u.a. den raumordnerischen Stellenwert von Mittelzentren hinsichtlich Ausstattungsqualität, Mitversorgungsgrad und Lage im Raum neu zu definieren. Im ländlichen Raum sollten etwa mittelzentrale Verbundlösungen gestärkt und eingefordert werden, während im hoch verdichteten Rhein-Main-Gebiet eine weitere Binnendifferenzierung der Mittelzentren sinnvoll erscheint – mit der Empfehlung, kooperative Zentrenverbände für Teilräume des gesamten Verdichtungsraums anzustreben. Die Entwicklungsachse Frankfurt-Fulda, auf der in den kommenden Jahren weitreichende Entwicklungsimpulse gesetzt werden, sollte zukünftig dem Verdichtungsraum Frankfurt Rhein-Main zugeordnet werden und somit diesen mit dem Oberzentrum Fulda verbinden. Eine Übersichtskarte des Vorschlags zeigt folgende Karte.

Empfehlung Differenzierung der Mittelzentren

Anlage Ergebnisbericht der Expertenkommission ZORa (Mai 2019)



Im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bedeutet dies vor allem eine Stärkung der Region durch funktionale und räumliche Spezialisierung. Zwar fokussiert sich die Expertenkommission auf die Rolle der Mittelzentren, jedoch wird die stärkere Spezialisierung auch auf die Oberzentren Einfluss nehmen. Hanau als Oberzentrum kann mit seiner besonderen Wirtschaftsstruktur (z.B. Materialtechnik) eine herausragende Rolle im Ballungsraum einnehmen. Eine stärkere Übernahme spezieller räumlicher Funktionen und damit auch eine stärkere Ausrichtung als Großstadt innerhalb der Metropolregion gehen damit einher.

Hanau liegt darüber hinaus auf der Entwicklungsachse Frankfurt-Fulda, die zukünftig dem Verdichtungsraum Frankfurt Rhein-Main zugeordnet werden soll. Hanau wird damit zu einem zentralen Baustein der Entwicklungsachse und rückt geographisch noch deutlicher ins Zentrum des Ballungsraums. Die Rolle der Stadt innerhalb der Region wird auch hierdurch im Sinne des neuen Zentrale Orte Konzeptes gestärkt.

Für den Main-Kinzig-Kreis sieht der Expertenbericht eine strukturräumliche Verschiebung. Anstatt wie bisher als „ländlicher Raum“ raumordnerisch kategorisiert zu werden, würden zukünftig weite Teile des Kreises nun als „verdichteter Raum“ gelten. Dies soll nach Meinung der Expertenkommission zu einer anderen Verteilung der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleichs führen. Die empfohlene stärkere Differenzierung der Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis soll dabei helfen, die geforderte Entwicklungsachse Frankfurt-Rhein-Main-Fulda zu bilden.

Auch wenn die Vorschläge der Expertenkommission bisher noch kontrovers diskutiert werden und eine konkrete Ausgestaltung oder Umsetzung noch nicht absehbar ist, zeigt sich, dass die Raumordnung im Wandel begriffen ist. Um den beschriebenen Herausforderungen des modernen Raums zu begegnen, werden raumordnerische Veränderungen notwendig sein. Die mögliche Auskreisierung der Stadt Hanau zeigt sich ebenfalls als Ausdruck der notwendigen Anpassungen der Raumordnung.

Die folgenden Kapitel werden mit einer Standortbeschreibung des Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau den Status Quo dokumentieren und aufzeigen, welche ausgewählten raumordnerischen Entwicklungen und Themensetzungen bisher stattgefunden haben.

4. Der Main-Kinzig-Kreis 2020

4.1 Standortbeschreibung

Mit rund 417.000 Einwohnern ist der Main-Kinzig-Kreis der bevölkerungsreichste Landkreis in ganz Hessen. Entstanden ist der Kreis 1974 im Zuge der 1969/1970 begonnenen hessischen Gebiets- und Verwaltungsreform. Zuvor war das Gebiet in die drei, 1821 in der kurhessischen Verwaltungsreform gegründeten Altkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern sowie in die kreisfreie Stadt Hanau gegliedert.

In seiner heutigen Form umfasst der Main-Kinzig-Kreis 29 Kommunen, darunter 12 Städte und 17 Gemeinden. Mit rund 98.000 Einwohnern im Jahr 2018 ist das am südwestlichen Rand des Kreises gelegene Hanau die mit deutlichem Abstand größte Kommune. Das benachbarte Maintal folgt mit einer Bevölkerungszahl von 39.193 auf dem zweiten Platz. Gelnhausen belegt mit 23.011 Einwohnern den dritten Rang. Obwohl nicht die größte Stadt, wurde Gelnhausen als Sitz der Kreisverwaltung politisch beschlossen. Die Kreissitzverlegung wurde 2005 abgeschlossen. Im Verwaltungsgebäude sind zudem auch das Main-Kinzig-Forum, das Bürgerportal des Kreises zu finden, sowie ein zugehöriges Café und der MKK-Laden.

Die beiden Flüsse Main und Kinzig geben dem Kreis nicht nur seinen Namen, sondern prägen auch sein Erscheinungsbild und weite Teile seiner Landschaft. Der Main fließt im Südwesten durch das Kreisgebiet und bildet dabei in Abschnitten die Grenze zur benachbarten Stadt sowie zum Landkreis Offenbach. Neben dem Main ist die Wetterau prägend für das Landschaftsbild im westlichen Main-Kinzig-Kreis. Die Kinzig, ein fast 100 Kilometer langer Nebenfluss des Mains, durchquert den Kreis von Nordosten nach Südwesten, bis sie schließlich in Hanau in den Main mündet. Im östlichen Teil des Main-Kinzig-Kreises erstrecken sich zu beiden Seiten der Kinzig die Hügel des Vogelsbergs und des Spessarts, ganz im Osten Ausläufer der Rhön. Der Main-Kinzig-Kreis ist reich an Waldgebieten und besonderen Lebensräumen, wie den Auenlandschaften des Kinzigtals. Gleichzeitig liegt er angrenzend zu einer urban geprägten und wirtschaftlich starken Region.

Der Main-Kinzig-Kreis gehört zum Regierungsbezirk Darmstadt. Außerdem ist er mit der Region Hanau Teil des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main. Die gesamte Metropolregion Frankfurt/Rhein/Main hatte 2018 ca. 5,7 Millionen Einwohnern und erstreckt sich über drei Bundesländer. Ein Bruttoinlandsprodukt von rund 250 Milliarden Euro macht sie zu einer der bedeutendsten Metropolregionen Deutschlands. Vor allem Frankfurt am Main als Zentrum und der Frankfurter Flughafen tragen zu der besonderen Stellung als internationale Verkehrsdrehscheibe, Messe- und Finanzplatz sowie als

Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort bei. Der Main-Kinzig-Kreis grenzt direkt an das Frankfurter Stadtgebiet. Der westliche Teil des Kreises, unter anderem die Kommunen Maintal und Hanau, gehört daher auch dem Regionalverband FrankfurtRheinMain an. Im Süden und Südosten grenzt der Main-Kinzig-Kreis unmittelbar an das Bundesland Bayern, unter anderem an die Regionen Aschaffenburg und Bad Brückenau. Im Nordosten angrenzend liegt die hessische Region Fulda.

4.2 Vollzogene Entwicklung seit der Jahrtausendwende

Bevölkerungsentwicklung

Die günstige Lage im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, die die direkte Nachbarschaft zum Wirtschafts- und Finanzzentrum Frankfurt am Main mit Naturnähe verbindet, macht den Main-Kinzig-Kreis zu einem attraktiven Wohnstandort. Seit Beginn der 1990er Jahre verzeichnet der Kreis daher eine stetig wachsende Einwohnerzahl und spiegelt damit die allgemeine Entwicklung in Hessen wider. Zwischen 2011 und 2016 nahm die Bevölkerung im Landkreis insgesamt um 3,7 % zu. Dieser Wert sagt jedoch nichts über die Verteilung der Einwohner innerhalb des Kreises aus. Zwar zeigt sich in der größten Stadt des Kreises Hanau ein starker Anstieg, jedoch weisen die Stadt Erlensee und die Gemeinde Hammersbach relativ ein stärkeres Bevölkerungswachstum auf. Diese weitgehend positive Bevölkerungsentwicklung ist ebenfalls in den anderen größeren Kommunen wie der Kreisstadt Gelnhausen (23.011 Einwohner 2018) zu beobachten. Kleinere Gemeinden wie Birstein (6.224 Einwohner 2018) und Flörsbachtal (2.315 Einwohner) haben in den vergangenen Jahren jedoch an Einwohnern verloren. Es lässt sich somit ein klares Ost-West-Gefälle im Landkreis ausmachen. Im Zeitraum 2006 bis 2016 wiesen die Gemeinden im Westen ein relativ starkes Wachstum von 5 bis 10 % (Hanau, Langenselbold, Ronneburg) oder gar über 10 % (Erlensee, Niederdorfelden) auf, währenddessen sank die Einwohnerzahl in den östlich gelegenen Kommunen um bis zu 10 %. Besonders stark bemerkbar ist dieser Rückgang in den Kommunen Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Jossgrund und Flörsbachtal.

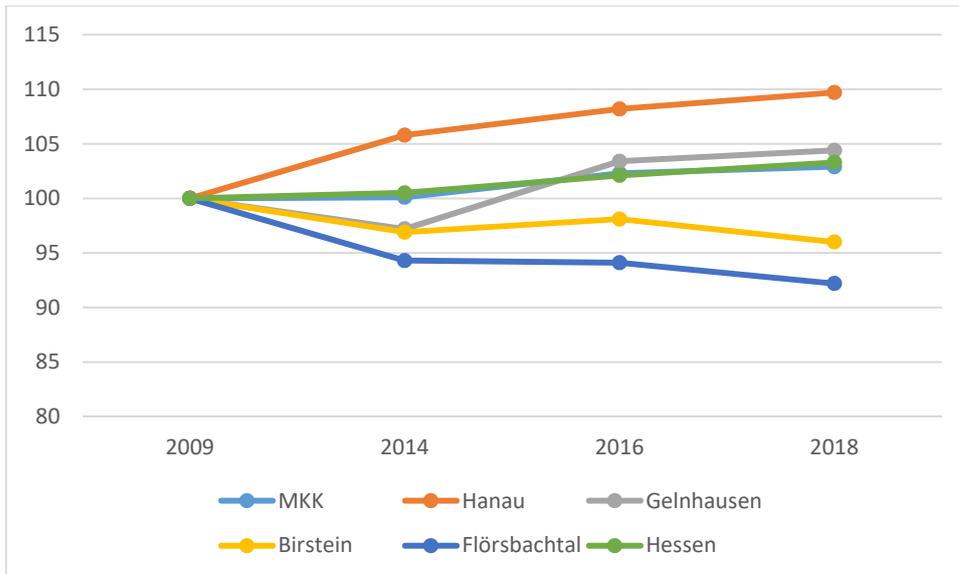


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung im Main-Kinzig-Keis und Hessen zwischen 2009 und 2018 (2009=100); Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen des MKK -Leitstelle für ältere Bürger, 2009; Hessischen Statistischen Landesamt, 2016; Hessischen Statistischen Landesamt, 2017 & Hessischen Statistischen Landesamt, 2018.

Die allgemeine Zunahme an Einwohnern geht vornehmlich auf Zuzüge von außen zurück. Der Wanderungssaldo lag 2016 bei 9,9 je 1.000 Einwohnern. Im gleichen Jahr betrug die natürliche Bevölkerungsentwicklung hingegen - 1,8 je 1.000 Einwohnern. Sie war auch in den letzten Jahren immer negativ.

Das hängt auch mit der Altersstruktur der Bevölkerung zusammen. Diese hat sich in den letzten Jahren nur marginal verändert. 2014 lag das Durchschnittsalter auf Kreisebene bei 44,3 Jahren, 2017 bei 44,4. Bei der Zusammensetzung der Altersgruppen zeigen sich innerhalb des Kreises jedoch auch deutliche Unterschiede zwischen den größeren Kommunen und den ländlichen Gemeinden. So war 2016 der Anteil der unter 18-Jährigen an der Hanauer Bevölkerung um 2,3 % größer als in Birstein. Dort lag wiederum der Anteil der über 80-Jährigen um 2 Prozentpunkte höher.

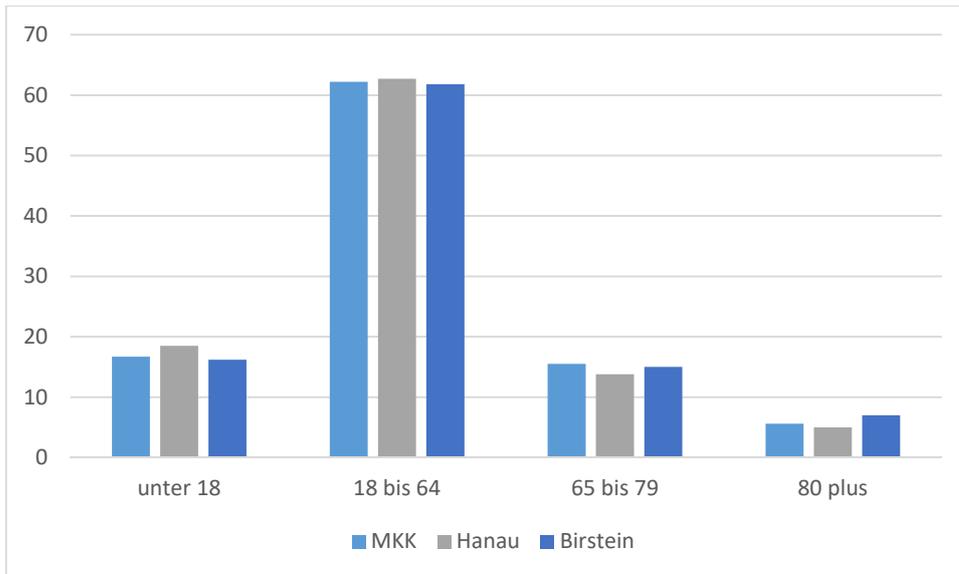


Abbildung 2: Verteilung der Altersgruppen im Main-Kinzig-Kreis, Hanau und Birstein 2016 in %; Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der Bertelsmann Stiftung, 2019.

Mit der Anzahl der Einwohner ist entsprechend auch die Bevölkerungsdichte gestiegen. 2018 lag sie im Main-Kinzig-Kreis bei 299 Menschen pro Quadratkilometer und damit höher als der Bundesdurchschnitt von 231 Menschen pro km².

Der Ausländeranteil lag 2018 bei 14,8 %. Ein Anstieg um 2,8 % im Vergleich zu 2014. Es zeigen sich jedoch auch hier wieder deutliche Unterschiede innerhalb des Kreises. So lag der Ausländeranteil in Hanau 2016 bei 24,9 %, in Birstein lediglich bei 5,9 %.

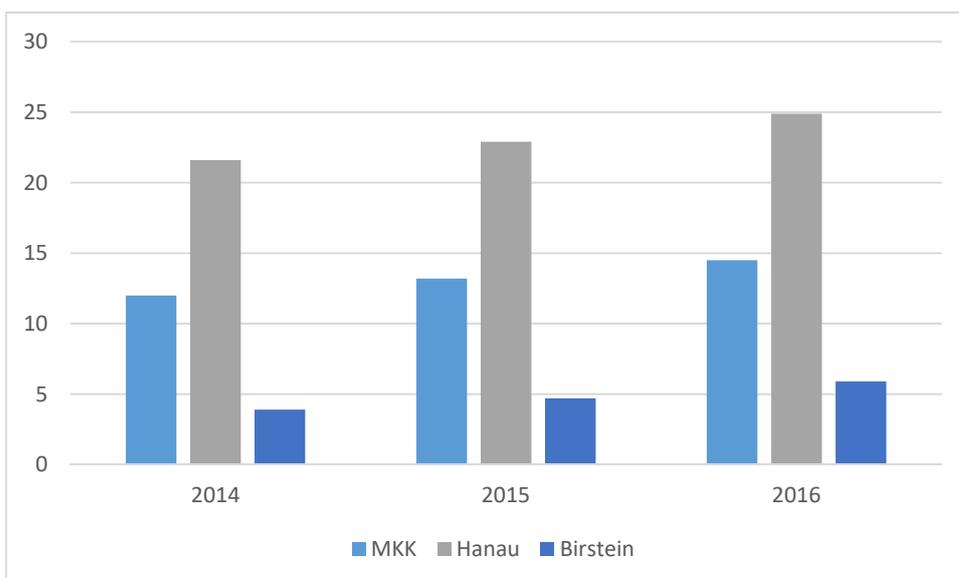


Abbildung 3: Ausländeranteil in % zwischen 2014 und 2016 im Main-Kinzig-Kreis, Hanau und Birstein; Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der Bertelsmann Stiftung, 2019.

Prognosen des IWU gehen im Zeitraum von 2015 bis 2030 von einem weiteren Bevölkerungswachstum im Main-Kinzig-Kreis aus. 17.400 (4,2 %) mehr Menschen

Wirtschaftliche Entwicklung

Als Teil des Rhein-Main-Gebietes gehört der Main-Kinzig-Kreis zu einer wirtschaftlich starken Region. In der gesamten Metropolregion FrankfurtRheinMain wurde 2015 ein Bruttoinlandsprodukt von rund 257 Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Main-Kinzig-Kreis trug mit rund 12,8 Milliarden Euro dazu bei. Mit diesem BIP von umgerechnet 31.433 Euro je Einwohner lag der Kreis unter dem gesamthessischen BIP von 42.732 Euro pro Kopf. Bei einer genaueren Betrachtung erwirtschaftete die Stadt Hanau allerdings ein überdurchschnittliches BIP in Höhe von 51.393 Euro. Es zeigt sich eine deutliche räumliche Differenzierung der Wirtschaftsleistung, trotz der Kreiszugehörigkeit der Stadt Hanau. Der Abbau dieser räumlichen Disparität kann durch die bestehenden Kreisstruktur nicht abgebaut werden, da eine wirtschaftliche Profilierung des restlichen Kreises zu Lasten der Stadt Hanau durch bspw. Beschlüsse des Kreistages nicht zu erwarten sind.

In den vergangenen 20 Jahren hat die Wirtschaftsleistung auf allen Ebenen deutlich zugenommen. So hat sich etwa das BIP des Main-Kinzig-Kreises allein zwischen 2008 und 2015 um 16,1 % gesteigert. Große Teile des Landkreises gehören dennoch weiterhin zu den Gebieten im Regionalverband FrankfurtRheinMain mit Steuereinnahmen von unter 1.000 Euro pro Kopf (Stand 2015). Die größeren Kommunen wie Hanau und Maintal erreichen hingegen Einnahmen zwischen 1.000 und 2.000 Euro. Im Vergleich dazu kommen Frankfurt am Main und Schwalbach auf deutlich über 3.000 Euro. Spitzenreiter im Regionalverband mit Steuereinnahmen von 6.423 Euro je Einwohner ist Eschborn.

Der Main-Kinzig-Kreis hatte von Beginn seines Bestehens an mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. 1976 betrug das Haushaltsdefizit bereits rund 60 Millionen DM. In den folgenden 40 Jahren ist es dem Main-Kinzig-Kreis nicht gelungen die Schuldenlast dauerhaft zu verringern. Viel mehr hat sich der Schuldenstand bis auf ein Maximum von 650 Millionen Euro erhöht. Mit der Auflage des Rettungsschirms für Kommunen in Hessen 2010 und weiteren Finanzierungshilfen (Entschuldung Hessenkasse, Kommunalinvestitionsprogramm und „KIP macht Schule“) konnte der Kreis seine Verschuldung bis heute auf rund 220 Millionen Euro senken. Der Main-Kinzig-Kreis gehört dabei mit dem 8. Platz zu den Top-10 Profiteuren der Unterstützung durch die Landesregierung mit einer Gesamtsumme an Förderungen (siehe Tabelle). Wie bereits erwähnt, hätte eine stärkere Profilierung des Main-

Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau das Potential die wirtschaftliche und haushälterische Situation zu verbessern. In der bestehenden Kreisstruktur ist eine Profilierung zu Lasten des Anderen nicht zu erwarten.

Main-Kinzig-Kreis	Betrag
Entschuldung Kommunaler Schutzschirm	144 Mio. Euro
Max. Entschuldung HESSENKASSE	149,3 Mio. Euro
Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)	10,5 Mio. Euro
KIP macht Schule!	31,9 Mio. Euro
Summe	335,7 Mio. Euro

Abbildung 4: Quelle: <https://finanzen.hessen.de>, 2019.

Die Kaufkraft im Main-Kinzig-Kreis lag 2018 bei 24.220 Euro pro Einwohner. Damit liegt der Kreis zwar unter dem hessischen Durchschnitt von 24.502 Euro je Einwohner, aber über dem gesamtdeutschen Schnitt von 23.322 Euro je Einwohner. Die Gemeinde Biebergemünd ist mit einer Kaufkraft von 30.537 Euro pro Kopf Spitzenreiter im Landkreis.

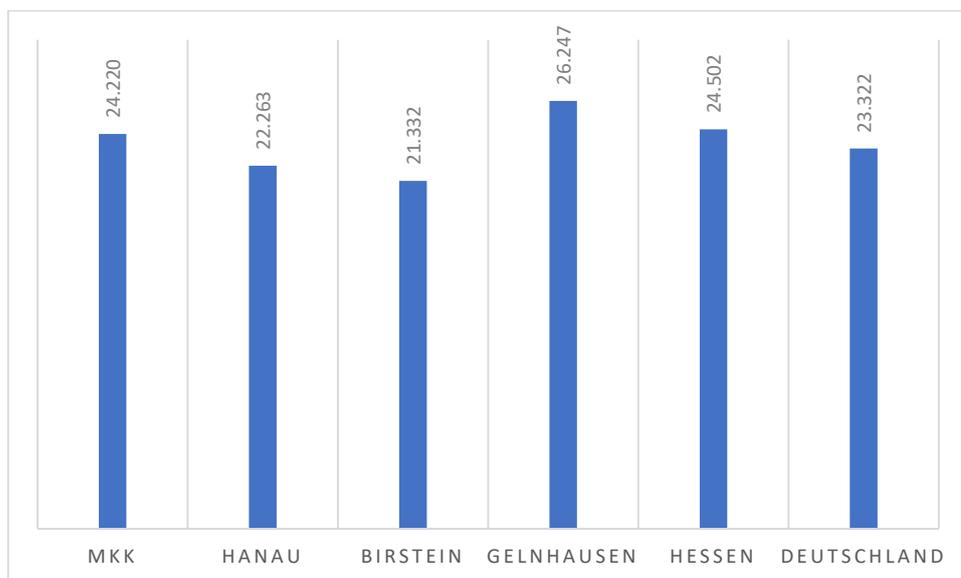


Abbildung 5: Kaufkraft pro Kopf in Euro 2018 Main-Kinzig-Kreis im regionalen und überregionalen Vergleich; Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern, 2018.

Die Bruttowertschöpfung im Main-Kinzig-Kreis hat zwischen 2000 und 2016 um 37 % zugenommen. Der Großteil findet dabei weiterhin im Bereich der Dienstleistungen statt, der unter anderem Branchen wie den Handel, Gastgewerbe, Verkehr, öffentliche Dienstleistungen sowie Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen miteinschließt. 2016 lag ihr Anteil bei 67,1 %, 2000 waren es 58,6 %. Die Anteile des produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung sind im gleichen Zeitraum zurückgegangen, von 40,9 % auf 32,6 % bzw. von 0,6 % auf 0,4 %.

Neben dem Dienstleistungssektor liegen die Wirtschaftsschwerpunkte im Main-Kinzig-Kreis vor allem auf der chemischen Industrie, Automation und Materialtechnik sowie auf der Logistikbranche. Der Branchenmix trägt zu der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bei. Ein entscheidender Standortfaktor ist zudem die gute Verkehrsanbindung. Der Main-Kinzig-Kreis hat einen direkten Anschluss an die Autobahnen A66, A3, A7 und A45. Es stehen zentrale Bahnverbindungen zur Verfügung, beispielweise auch ein direkter Anschluss an ICE-Verbindungen in Städte wie Hamburg, Berlin, München, Wien und Basel. Einen weiteren Zugang zu internationalen Märkten bietet der nahegelegene Frankfurter Flughafen. Hanau verfügt zudem über einen Binnenhafen am Main. Diese infrastrukturellen Vorteile haben entscheidend zu einer stark wachsenden Exportfähigkeit der lokalen Unternehmen in den letzten Jahren beigetragen. Insgesamt sind über 25.000 Unternehmen und Gewerbetreibende im Main-Kinzig-Kreis angesiedelt, darunter auch namhafte internationale Firmen wie Heraeus, Evonik, Umicore, Goodyear-Dunlop, Engelbert Strauss und Veritas.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in der Zahl der Beschäftigten wider. So gab es im Main-Kinzig-Kreis 2017 mit insgesamt 162.153 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort und 133.194 Beschäftigten am Arbeitsort einen Anstieg von 14,9 % (Beschäftigte am Wohnort) beziehungsweise 20,7 % (Beschäftigte am Arbeitsort), gegenüber den Zahlen aus dem Jahr 2010. Bei Betrachtung der Entwicklung zwischen 2011 und 2016 auf Kommunalebene lässt sich feststellen, dass in allen Kommunen – mit Ausnahme Großkrotzenburgs – eine positive Entwicklung der Anzahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten vorherrschte. Die größten Zuwächse mit 20 bis 50 % gab es während dieser Periode in den Kommunen Erlensee, Freigericht, Ronneburg, Hammersbach, Biebergemünd und Flörsbachtal, mit über 50 % Zuwachs sticht Linsengericht heraus.

Wie in der Einwohnerentwicklung ist auch hier ein leichtes Ost-West-Gefälle auszumachen. Den höchsten Wert im gesamten Main-Kinzig-Kreis konnte im Jahre 2016 die Stadt Gelnhausen mit 500 bis 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort je 1.000 Einwohner vorweisen. Der Pendlersaldo von -29.014 ist nach wie vor negativ. So stehen 44.998 Einpendler 74.012 Auspendlern gegenüber (Stau- und Pendlerstudie 2018). Dabei zeigt sich die übergeordnete Bedeutung der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main für die Beschäftigungssituation im Landkreis, da Sie das Ziel von über 87 % aller Auspendler aus dem Main-Kinzig-Kreis darstellt.

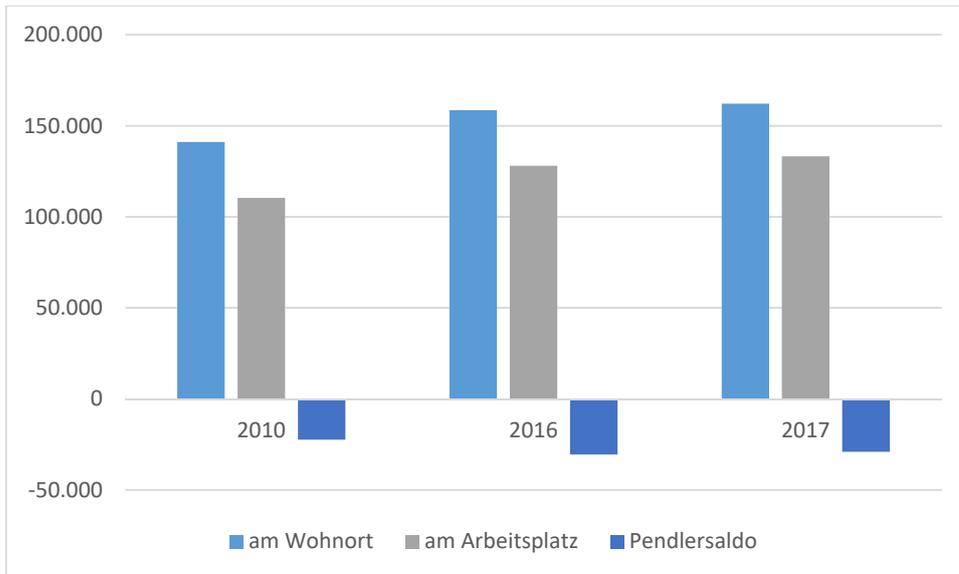


Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Main-Kinzig-Kreis zwischen 2010 und 2017, Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern, 2018.

Entgegengesetzt zu der Entwicklung der Beschäftigten ist die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren zurückgegangen. Im April 2016 gab es im Main-Kinzig-Kreis insgesamt 10.567 Arbeitslose, im April 2019 waren es noch 9.353. Von diesen 9.353 bezogen 6.298 Menschen SGB II. Die Arbeitslosenquote ist damit von 4,8 % auf 4,1 % zurückgegangen und liegt leicht unter der hessischen Quote von 4,4 %.

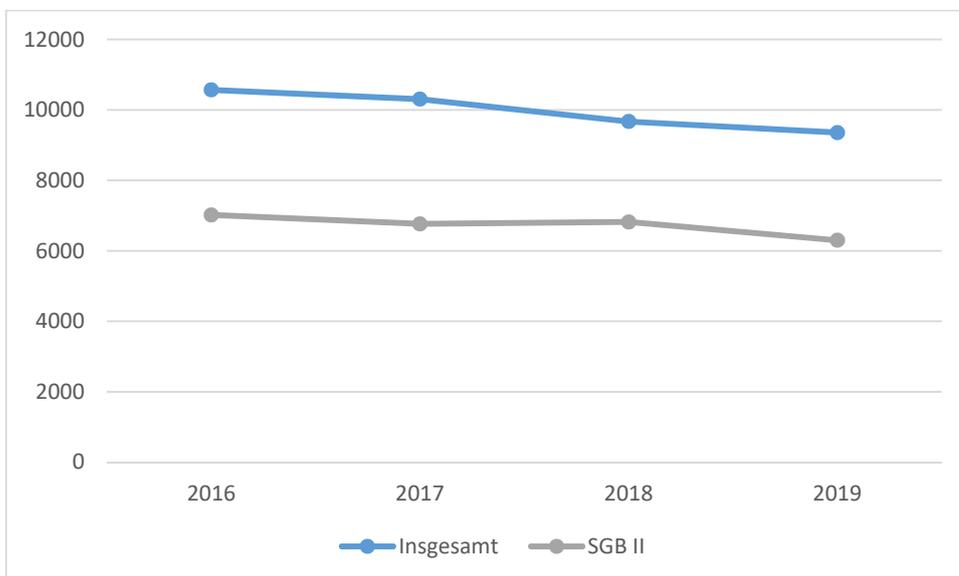


Abbildung 7: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Main-Kinzig-Kreis zwischen 2016 und 2019; Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, 2019.

4.3 Räumliche Gliederung und Funktionen

Das insgesamt 1.397,5 km² große Kreisgebiet besteht zu 43 % aus Waldflächen, während 39 % landwirtschaftlich genutzt werden. 16,1 % der Gesamtfläche wird von Siedlungen und Verkehrsanlagen eingenommen und 1,3 % von Gewässern. Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen finden sich vor allem im westlichen Teil des Main-Kinzig-Kreises, in dem unter anderem die beiden größten Städte Hanau und Maintal liegen. Im östlichen Main-Kinzig-Kreis konzentriert sich ein Großteil der Kommunen, darunter Wächtersbach, Bad Soden-Salmünster, Steinau an der Straße und Schlüchtern, entlang der Kinzig bzw. der A66. Insgesamt ist dieser Teil des Kreises wenig verstädtert und wird von größeren Waldgebieten durchzogen.

Der Main-Kinzig-Kreis entstand am 01. Juli 1974 durch die Fusion der Kreise Gelnhausen, Schlüchtern, dem Landkreis Hanau und der kreisfreien Stadt Hanau. Aufgrund der Größe des neu geformten Landkreises wurde zu Beginn keine Zusammenführung und Zentralisierung der Verwaltung an einem Standort beschlossen. Zudem wurde damit auch auf vorhanden Identifizierung der Menschen mit den Altkreisen Rücksicht genommen. Die Idee einer funktionalen Gliederung und Zentralisierung wurde erst im Laufe Zeit wieder aufgegriffen. Der politische Beschluss Gelnhausen zur Kreisstadt und zentralem Sitz der Verwaltung zu machen wurde vorab und wird bis heute politisch kontrovers diskutiert. Trotz der Widerstände und Diskussionen wurde Gelnhausen 2005 Kreisstadt mit Sitz des direkt gewählten Kreistages und des Kreisausschusses, des obersten Verwaltungsorgans, das die laufenden Geschäfte führt.

Mit Hanau befindet sich jedoch auch eine von sieben hessischen Sonderstatusstädten im Main-Kinzig-Kreis. Dieser Status räumt der Stadt bereits jetzt mehr Rechte ein und sorgt dafür, dass sie auch Aufgaben des Kreises übernimmt. So ist Hanau unter anderem Schulträger und Träger der Jugendhilfe. Darüber hinaus verfügt die Stadt über ein Krankenhaus der Maximalversorgung, eine Ausländerbehörde, einen Verkehrsbetrieb, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft und eine eigene Wirtschaftsförderung.

Verkehr und Mobilität

Die guten Verkehrsanbindungen sind ein entscheidender Standortvorteil für den Main-Kinzig-Kreis und essenziell für seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Autobahn A66 sowie die A3, A7 und die A45 sorgen für eine schnelle Anbindung an ganz Deutschland. Der nahe Flughafen Frankfurt und der Hanauer Hafen sind einzigartige infrastrukturelle Voraussetzungen. Die Bahntrasse von Maintal, über den Raum Gelnhausen bis in

den Osten des Kreises ist zudem eine zentrale Verbindung zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und den östlichen Bundesländern.

Bildung

Der Main-Kinzig-Kreis ist mit einem gut ausgebauten und differenzierten Netz von Schulen für alle Altersstufen ausgestattet. Neben den allgemeinbildenden Schulen, die sich aus 62 Grundschulen und knapp 33 weiterführenden Schulen zusammensetzen, gibt es 4 Berufsschulen, sowie das Medienzentrum in Gelnhausen. Dies ist eine zentrale Einrichtung der Medienbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit und bietet Arbeitnehmern, die im pädagogischen Bereich tätig sind, multimediale Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Kopernikusschule in Freigericht ist dabei mit 2.500 Schülern die größte kooperative Gesamtschule in ganz Hessen.

Derzeit wird im Main-Kinzig-Kreis ein Schulentwicklungsplan verfolgt, der der wachsenden Zahl an Schülern Rechnung tragen und sicherstellen soll, dass alle Schüler eine gute Schule in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort vorfinden.

4.4 Raumordnerische Entscheidungen des Kreises und deren Auswirkungen

Der Main-Kinzig-Kreis ist der sowohl bevölkerungsreichste als auch flächenmäßig größte Landkreis des Landes Hessen. Die Region verfügt über einen großen ländlichen Raum, der zukünftig zur Entlastung der Ballungszentren und für die Entstehung neuer Beschäftigungsstellen genutzt werden kann.

Umstrukturierung des Main-Kinzig-Kreis

Aufgrund der zentralen Lage Gelnhausens beschloss der Main-Kinzig-Kreis im Juli 2005 den Sitz seiner Kreisverwaltung von Hanau nach Gelnhausen zu verlegen. Seitdem ist Hanau eine kreisangehörige Stadt mit Sonderstatus und erstmals in der Geschichte weder Kreisstadt, noch kreisfreie Stadt. Bundesweit gibt es nur ein weiteres Beispiel einer solchen Konstellation. Mit der Verlegung musste sich der gesamte Landkreis umstrukturieren. Bis auf die Zulassungs- und Führerscheinstelle, sowie das Kommunale Center für Arbeit (KCA), wurden alle Verwaltungsämter nach Gelnhausen verlegt. Im Zuge der Verlegung des Kreissitzes von Hanau nach Gelnhausen 2005 wollte der Kreis das Autokennzeichen MKK für den Main-Kinzig-Kreis einführen. Das bisher geltende Kennzeichen HU für Hanau sollte durch MKK ersetzt werden. Die Stadt Hanau wollte das Kennzeichen HU jedoch beibehalten. Dies setzte voraus, dass die Stadt Hanau Zulassungsstelle wird. Auf

Antrag der Stadt hat die hessische Landesregierung die Zuständigkeitsverordnung dahingehend angepasst, dass die Stadt Hanau eine eigene Zulassungsbehörde wird. Aufgrund der Kooperation als gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk hat der Main-Kinzig-Kreis die Aufgaben der Zulassungsbehörde Hanau für Hanau wahrgenommen. Die Zulassungsbehörde im Main-Kinzig-Kreis besteht seitdem aus den Zulassungsstellen Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern.

Flächenentwicklung und Konversionsflächen

Seit Jahren ist der Main-Kinzig-Kreis eine aufstrebende Region, welche sich fortlaufend wandelt und sich mit einer seit Jahren wachsenden Wirtschaft in einer hervorragenden Lage befindet. Dies birgt viele neue Chancen für den Landkreis. Viele Unternehmen, darunter mittelständische und moderne Großindustrien, haben inzwischen die Region und ihre Vorteile als Wirtschaftsstandort für sich entdeckt. Der Landkreis profitiert besonders von seiner geographischen Lage und seinen effektiven, infrastrukturellen Möglichkeiten. Das Kreisgebiet erstreckt sich über eine Fläche von rund 140.000 ha. Der Regionale Flächennutzungsplan und Regionalplan weisen eine Fläche von 495 ha als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe im Kreisgebiet aus. Hiervon beziehen sich ca. 126 ha auf das Hanauer Stadtgebiet, die restliche Fläche auf die anderen Kommunen. Ca. 205 ha (41 %) dieser Flächen waren im Jahr 2017 nicht erschlossen und unbebaut. Die restlichen 290 ha waren bebaut bzw. teilweise bebaut, zumindest aber erschlossen. Weiterhin sind insgesamt 732 ha als Vorranggebiet Siedlung ausgewiesen, wovon ca. 72 % unbebaut waren. Die weitere Flächennutzungsverteilung der Region stellt sich wie folgt dar: Die Landwirtschaft beansprucht 43 % der Fläche, die Waldfläche nimmt 38 % des Gebietes ein, Verkehrs- und Siedlungsfläche benötigt rund 15 % der Gesamtfläche.

Mit dem schrittweisen Abzug der US Armee und der Bundeswehr seit den 1990er Jahre wurde ehemals militärisch genutzte Fläche für die zivile Nutzung freigegeben. Erfolgreich umgewidmet wurde bereits die Coleman-Kaserne in Gelnhausen, auf deren Gelände Gewerbe angesiedelt wurde und zahlreiche Behörden eingezogen sind. Eine weitere umgenutzte Konversionsfläche befindet sich in Schöneck, dort entstand in der ehemaligen Nidder-Kaserne das Gewerbegebiet Kilianstädten. Der gesamte Abzug der US-amerikanischen Präsenz aus dem Main-Kinzig-Kreis im Jahre 2008 führte schließlich zur letzten Konversionswelle. Derzeit befindet sich der ehemalige Fliegerhorst Erlensee-Langendiebach mit einer Fläche von 240 ha in der Umnutzung. Es entsteht ein Gewerbegebiet, weite Teile werden zudem renaturiert. Mit dem Abzug der US Armee aus dem Hanauer Stadtgebiet

wurde hier eine ca. 340 ha große Nutzfläche frei. Knapp die Hälfte dieser Fläche wird mittlerweile bereits zivil genutzt. Die restlichen Gebiete wurden für Wohnraum, Gewerbe, Schulen und eine Kita planerisch erfasst oder befinden sich in der Entwicklung. Aktuell sind zudem noch große Gewerbeflächen in Maintal, Langenselbold, Nidderau, Schöneck, Erlensee und Gelnhausen in der Umsetzung.

4.5 Kernthemen und Herausforderungen

Ländlicher Raum

Sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die wirtschaftliche Entwicklung sind für den gesamten Main-Kinzig-Kreis genommen seit Jahren positiv. Es zeigen sich jedoch gleichzeitig große regionale Unterschiede innerhalb des Kreises. Das Bevölkerungs- und wirtschaftliche Wachstum beziehen sich häufig in erster Linie auf die Städte und größeren Kommunen, die sich mit Hanau und Maintal vor allem im Westen des Kreises und im Kinzigtal konzentrieren. Kleinere Kommunen wie z.B. Birstein oder Flörsbachtal weisen hingegen eher rückläufige Einwohnerzahlen und eine ältere Bevölkerung auf. Ihre Wirtschaftskraft ist geringer, es mangelt an Arbeitsplätzen, es ist viel Leerstand vorhanden und die Grundversorgung ist zunehmend schwächer gewährleistet. Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse innerhalb des Landkreises auszubauen und zu sichern, haben Politik und Verwaltung des Kreises daher das Förderprogramm „Ländlicher Raum“ entworfen. Kleinere Gemeinden, Orts- und Stadtteile sollen als Wohn- und Wirtschaftsstandorte gestärkt werden. Gefördert werden sowohl Projekte von Kommunen als auch von Privatpersonen.

Klima und Hochwasserschutz

Der Klimawandel ist eines der zentralen und aktuellen Themen in der gesellschaftlichen und politischen Debatte. Das gilt auch für den Main-Kinzig-Kreis, der schon heute zu den wärmsten Gegenden Hessens gehört, da die durchschnittlichen Temperaturen in den Flussniederungen von Main und Rhein generell am höchsten sind. Er gehört auch zu jenen Regionen in Hessen, in denen sich die Jahresmitteltemperatur im Zeitraum von 1981 bis 2010 im Vergleich zu 1951 bis 1980 bereits am stärksten verändert hat. Um 0,75 bis 1,1 °C ist die Temperatur im Vergleich dieser beiden Zeiträume gestiegen. Mit fortschreitendem Klimawandel ist neben weiter steigenden Temperaturen auch mit Extremwetterereignissen und Hitzewellen wie dem Hitzesommer 2018 zu rechnen. Die steigenden Temperaturen können sich negativ auf die Gesundheit der Menschen, auf die Umwelt und die Wirtschaft (etwa durch zu niedrige Pegelstände der Flüsse) auswirken.

Ein für den Main-Kinzig-Kreis besonders relevantes Thema ist das steigende Risiko von Hochwasser und Überschwemmungen. Durch den Klimawandel verschieben sich die Niederschläge zunehmend vom Sommer in den Winter. Es ist also mit einer Zunahme der Winterhochwasser zu rechnen. Starke lokale Niederschläge können aber auch im Sommer für Überschwemmungen sorgen. Durch seine Lage an zwei großen Flüssen ist der Main-Kinzig-Kreis für Hochwasserlagen besonders gefährdet. Neben dem Main und der Kinzig gibt es zudem zahlreiche Zuflüsse und Bäche aus der Wetterau, dem Vogelsberg, dem Spessart und der Vorrhön. Daher bestehen Planungen des Landkreises, weitere Rückhaltebecken anzulegen. In Ahl gibt es bereits den Kinzig-Stausee, der unter anderem dem Hochwasserschutz dient. Um die Genehmigung weiterer Rückhaltebecken ist jedoch in den vergangenen Jahren Streit entbrannt. In Bad Soden befürchtete das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie beispielsweise eine hohe Rutschgefahr für Berg- und Talhänge

SuedLink

Mit „SuedLink“ ist eine Gleichstromtrasse geplant, die Strom aus Windkraft vom Norden Deutschlands in den Süden und Strom aus Sonnenergie vom Süden in den Norden transportieren soll. Zunächst hatten die Netzbetreiber TenneT und TransnetBW eine Freileitung vorgesehen. Dagegen hatte sich der Main-Kinzig-Kreis jedoch als Mitglied des „Hamelner Bündnisses“ zur Wehr gesetzt. Nun ist eine unterirdische Trasse auf der östlichen Route durch Thüringen vorgesehen. Allerdings ist auch immer noch eine Alternativroute möglich, die durch Sinntal im Osten des Main-Kinzig-Kreises verlaufen würde. Der Landkreis sammelt daher Einwände aus der Bevölkerung, um eine fachliche Stellungnahme zu Raumwiderständen zu erstellen.

Fluglärm

Die Nähe zum internationalen Frankfurter Flughafen ist ein wichtiger Standortvorteil für die wirtschaftliche Entwicklung des Main-Kinzig-Kreises. Er ist ein zentraler Umschlagspunkt für den Tourismus und die Wirtschaft und sorgt, direkt und indirekt, für viele Arbeitsplätze in der Region. Gleichzeitig bedingt die Nähe zum Flughafen aber auch eine hohe Lärmbelastung. Ein Ausbau des Flughafens führt zu einer Steigerung dieser Belastung. Der Kreis setzt sich daher zusammen mit der Stadt Hanau und der Stadt Maintal in der Fluglärmkommission für die Bürgerinteressen, für eine Reduzierung des Lärms und eine höhere Lebensqualität ein.

Schienennetz

Das öffentliche Schienennetz ist im Main-Kinzig-Kreis allgemein gut ausgebaut, jedoch nicht in allen Teilen mit der Bevölkerung mitgewachsen. Der Landkreis fordert daher den Bau der Nordmainischen S-Bahn, den Ausbau und Neubau des gesamten Streckenabschnitts zwischen Hanau und Würzburg bzw. Fulda, sowie die Elektrifizierung der Niddatalbahn zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Besonders der Ausbau bzw. Neubau der Bahntrasse von Hanau nach Fulda birgt großes Potential aber auch mögliche Konflikte. Die Überlegungen für einen solchen Ausbau gehen bis in die 90er Jahre zurück, wobei das Projekt aufgrund anderer Dringlichkeiten nach einer Machbarkeitsstudie in den Jahren 2002 und 2003 nicht weiter verfolgt wurde. Erst 2013 hat die Bahn wieder Planungen aufgenommen, durch schärfere natur- und umweltrechtlicher Rahmenbedingungen mussten die alten Planungen jedoch verworfen werden. Ziel dieser Maßnahme, die Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans ist es, die stark befahrene Strecke zu entlasten und die Fahrtzeiten zu verkürzen. Auch die Etablierung der neuen Entwicklungsachse Frankfurt-Rhein-Main-Fulda misst dem Projekt besonderes Gewicht zu. Die Trassenführung im ersten Teilabschnitt von Hanau nach Gelnhausen soll dem bereits bestehenden Verlauf folgen, da somit das Kinzigtal nicht neu zerschnitten wird und die Strecke ohnehin bereits teilweise dreigleisig verläuft. Zwischen Gelnhausen und Fulda werden insgesamt sieben Varianten geprüft. Variante IV (über Gelnhausen, Bad Soden-Salmünster, Schlüchtern) wird dabei als die Lösung mit dem niedrigsten Einfluss auf Mensch und Umwelt erachtet und auch wirtschaftlichste und verkehrstechnisch beste angesehen. Diese Vorzugsvariante wird nun in das Raumordnungsverfahren eingebracht.

Biodiversität

Das Projekt „Main-Kinzig blüht“ ist 2015 unter Federführung der unteren Naturschutzbehörde und des Landschaftspflegeverbandes entstanden. Es soll die Biodiversität vor allem in besiedelten Bereichen erhöhen. Dafür wird das Projekt für die Jahre 2018/ 2019 vom Land Hessen gefördert.

4.6 Stärken und Schwächen



5. Die Stadt Hanau in 2020

5.1 Standortbeschreibung

Mit rund 98.000 Einwohnern ist Hanau die sechstgrößte Stadt Hessens und die größte Stadt des Main-Kinzig-Kreises. Aufgrund ihrer Größe ist die Stadt eine von sieben Sonderstatusstädten in Hessen und verfügt dadurch über mehr Rechte als andere Gemeinden, während sie zugleich Aufgaben des Kreises in einem größeren Umfang wahrnimmt.

Die Stadt Hanau ist darüber hinaus auch Teil des Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, in dessen Osten sie liegt. Der Main fließt nicht nur durch Hanau, es befindet sich dort auch sein zweitgrößter Binnenhafen. Ebenso liegt die Stadt an der Einmündung des kleineren Flusses Kinzig in den Main. Dabei verbinden Main und Kinzig die Stadt Hanau mit den anderen Städten und Gemeinden der Region. Während sich in Richtung Schlüchtern das Kinzigtal öffnet, liegen in Richtung des Mains die Städte Mülheim am Main und Hainburg. Westlich davon befinden sich Offenbach und Frankfurt am Main. Südöstlich grenzen Seligenstadt und Aschaffenburg, sowie einige kleinere Gemeinden an den Main. Durch ihre geographische Lage, kann die Stadt Hanau daher als ein Bindeglied zwischen den ländlicheren Regionen Ost Hessens und der Metropolregion Frankfurt am Main gelten.

Obwohl Hanau Teil einer stark verstädterten Region ist, zeichnet sich die Stadt ebenso durch eine naturnahe Lage aus. So verbindet der sogenannte Grüne Ring Hanaus in einem Umkreis von sechzig Kilometern, 13 Naturschutzgebiete miteinander. Im Stadtgebiet allein sind neun Naturschutzgebiete und zehn Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Hanau betitelt sich daher selbst auch als „Stadt im Grünen“.

Der offizielle Beiname Hanaus lautet jedoch „Brüder-Grimm-Stadt“. Ende des

18. Jahrhunderts wurden sowohl Jacob und Wilhelm Grimm als auch Ludwig Emil Grimm in Hanau geboren. Noch heute beziehen sich viele der kulturellen und touristischen Angebote der Stadt auf sie. So finden in Hanau beispielsweise die Brüder Grimm Festspiele mit jährlich rund 80.000 Besuchern statt und auf dem Marktplatz bildet das Nationaldenkmal zu ihren Ehren den Startpunkt der Deutschen Märchenstraße, die von Hanau bis nach Bremen führt.

Charakteristisch für Hanau ist außerdem seine Internationalität und kulturelle Diversität, die die Stadtgeschichte und -entwicklung geprägt haben. Dazu gehören beispielsweise die Ansiedlung calvinistischer Glaubensflüchtlinge im 16. Jahrhundert und die Entwicklung zu einem der größten

US-amerikanischen Militärstützpunkte in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch das Anwerben von Gastarbeitern aus Südeuropa und der Türkei für den Industriestandort Hanau hat dazu beigetragen, dass heutzutage Menschen aus rund 130 Nationen in der Stadt leben. Aktuell kommen vor allem auch Geflüchtete aus Ländern wie Syrien und Afghanistan hinzu.

5.2 Vollzogene Entwicklung seit der Jahrtausendwende

Bevölkerungsentwicklung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Hanau zu einem der größten Stützpunkte der US-Armee in Europa. In den 1970er und 80er Jahren lebten rund 30.000 Soldaten in Hanau. Hinzu kamen ihre Familien und zivile Angestellte. In den 1990er Jahren wurde ihre Zahl kontinuierlich reduziert. 2008 folgte der komplette Abzug der US-Streitkräfte aus der Stadt. Hanau verlor somit mehr als ein Drittel (39 %) seiner Bevölkerung.

Ungeachtet dieses Verlustes ist die Hanauer Bevölkerung in den letzten Jahren stetig gewachsen. Wie in Abbildung 7 zu sehen, kann Hanau zwischen 2011 und 2016 ein Bevölkerungswachstum von 9 % vorweisen. Seit 2012 hat die Stadt über 90.000 Einwohner und nähert sich inzwischen immer mehr der 100.000-Einwohner-Marke und somit dem Status einer Großstadt an. Fast 64 % des Bevölkerungswachstums im Main-Kinzig-Kreis seit 2011 fanden dabei in Hanau statt. Bei ca. 23 % an der Gesamtbevölkerung des Landkreises zeigt sich die überproportionale Bedeutung der absoluten Bevölkerungsentwicklung in Hanau. Die Stadt wächst somit in Größenordnungen wie andere kreisfreie Großstädte in Hessen und in der Bundesrepublik Deutschland.

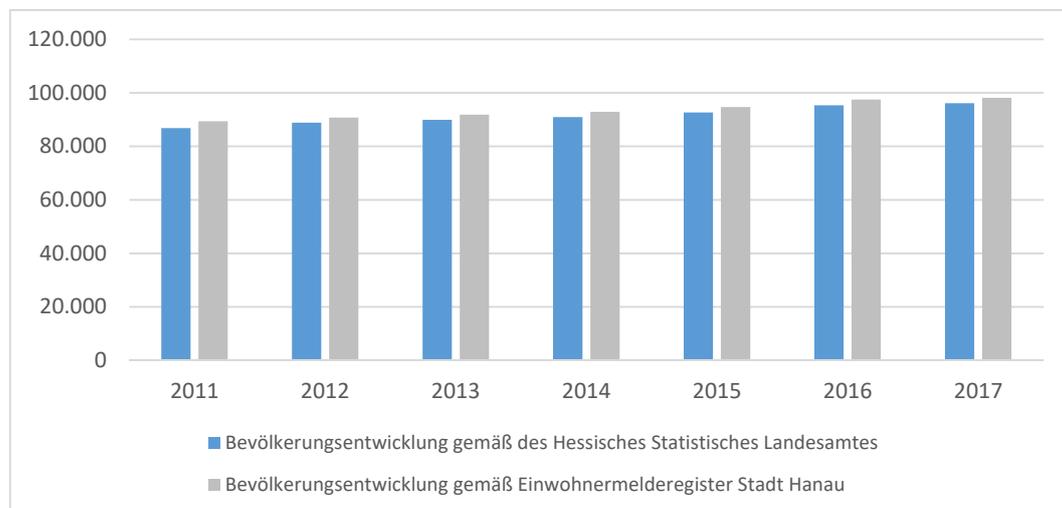


Abbildung 8: Hanauer Bevölkerungsentwicklung zwischen 2011 und 2017; Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen gem. des Hessisches Statistisches Landesamtes und gem. Einwohnermelderegister Stadt Hanau, 2018

Der Anstieg der Einwohnerzahlen lässt sich dabei nur zu einem geringen Anteil auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückführen. Bestimmender Faktor der Gesamtentwicklung ist die Außenwanderung. So wuchs die Stadtbevölkerung zwischen 2011 und 2017 um durchschnittlich 1.320 Menschen pro Jahr durch Zuwanderung. Ungefähr die Hälfte der Bewohner (49 %) in den Konversionsgebieten hat ihren Wohnsitz von außerhalb nach Hanau verlegt.

Der Großteil der Zugezogenen stammt dabei aus den zum Mittelbereich Hanau gehörenden Gemeinden. Knapp 14 % davon leben mittlerweile in den Konversionsgebieten. Viele der Neubewohner kommen aus Bruchköbel, Maintal sowie Frankfurt am Main und Offenbach und aus Gemeinden in den benachbarten Landkreisen Offenbach, Aschaffenburg und dem Wetteraukreis. Weitere 10 % der in den Konversionsgebieten wohnenden Personen kamen aus anderen Gebieten innerhalb Hessens oder des Bundesgebietes. Etwa 5 % kamen aus dem Ausland. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Zuwandererzahlen im Jahr 2016 bei einem positiven Wanderungssaldo von 2.555 Personen.

Bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung schwanken die Zahlen stärker. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 1.054 Hanauer Bewohner geboren. Mit 1.024 Sterbefällen von Hanauer Bewohnern steht für das Jahr am Ende ein Positiv-Saldo von 30 Personen. 2014 wurden mit einem Negativ-Saldo von 54 noch deutlich weniger Kinder geboren als Einwohner verstarben. Im gesamten Zeitraum von 2005 bis 2014 gab es nur ein einziges Jahr mit einem positiven Saldo.

Im Vergleich zum Main-Kinzig-Kreis und kleineren Kommunen wie Birstein hat Hanau eine jüngere Bevölkerung. 2017 bildeten die 25 bis 64-Jährigen mit 55 % die größte Altersgruppe. 26,1 % waren unter 24 und 18,9 % über 65. Das Durchschnittsalter lag bei 41,8 %. Zu einer Senkung des Altersdurchschnitts tragen auch die Geflüchteten bei, die die Stadt seit 2015 in größerer Zahl erreichen. Im November 2018 lebten 1.349 Geflüchtete in Hanau, die meisten davon in der städtischen Gemeinschaftsunterkunft „Sportsfield Housing“.

Heute leben in Hanau Menschen aus rund 130 Nationen. Im Jahr 2018 lag der Ausländeranteil bei etwa 25 %. Dieser Ausländeranteil verteilt sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Stadtteile Hanaus. Der Stadtteil Südost weist den größten Ausländeranteil auf, gefolgt von der Hanauer Innenstadt und dem Stadtteil Lamboy. Die wenigsten Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft leben in den Stadtteilen Mittelbuchen und Klein-

Auheim. Auch unter den Menschen mit Migrationshintergrund hat der Stadtteil Südost den größten Anteil, gefolgt von Lamboy, der Hanauer Innenstadt und dem Stadtteil Großauheim.

Nach den Deutschen stellen die Türken (erste oder zweite Staatsangehörigkeit) mit 7.666 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2013 nach wie vor die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe in Hanau (Stadt Hanau, 2014). Darauf folgen italienische Staatsangehörige mit 1.967 Einwohnerinnen und Einwohnern und Polen mit einer Einwohnerzahl von 1.065. Die hohe Anzahl an türkischen und italienischen Einwohnerinnen und Einwohnern ist bedingt durch Hanaus Geschichte als Industriestandort und der damit verbundenen Anwerbung von „Gastarbeitern“ in der Nachkriegs- und Wirtschaftswunderzeit.

Wirtschaftliche Entwicklung

Hanau ist als Teil der Metropolregion Rhein-Main in einem starken Wirtschaftstraum in der Mitte Europas verortet. Im Osten des Rhein-Main-Gebietes gelegen, profitiert die Stadt von der Nähe zum Messe- und Finanzplatz Frankfurt und zum Frankfurter Flughafen (Hanau Wirtschaftsbericht Juni 2018). Außerdem befindet sich in Hanau der zweitgrößte Mainhafen. Durch Hafen und Flughafen sowie die gute Einbettung ins Autobahn- und Schienennetz hat die Stadt eine sehr gute Verkehrsanbindung, von der die Wirtschaft profitiert.

Aktuell nimmt die Stadt Hanau im regionalen Kontext vor allem als Standort global führender Materialtechnik-Unternehmen eine wichtige Rolle im Netzwerk Produktion der Region ein. Materialtechnik ist eine Querschnittstechnologie, in der Ingenieurwissenschaften wie Maschinenbau, Energie-, Automobil- oder Medizintechnik mit Naturwissenschaften wie Chemie, Physik oder Thermodynamik zusammenfließen. Aufgrund des wachsenden Innovationsdrucks und des Fachkräftemangels in dieser Branche streben viele der in Hanau ansässigen Unternehmen Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen an. Der Verein Materials Valley e.V. unterstützt diese Bestrebungen über eine Informationsplattform mit Vortragsveranstaltungen, Seminaren und Workshops. Hierbei wird das Ziel verfolgt, ein langfristig angelegtes Forschungsverbundnetz zwischen Forschungsinstituten und Unternehmen, sowie zwischen Unternehmen verschiedener Branchen in der Region aufzubauen. Die 2012 angesiedelte Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS unterstützt die Unternehmen mit der Erforschung und Entwicklung neuer Recyclingtechnologien sowie von Substituten für knappe Roh- und Wertstoffe.

Daneben ist der Dienstleistungssektor, insbesondere die Bereiche Handel, Logistik, IT, Gastgewerbe sowie die produktionsnahen Branchen in der Brüder-Grimm-Stadt stark ausgeprägt. In der jüngeren Vergangenheit profitierte vor allem der Einzelhandel von Hanau städtebaulicher Entwicklung und den durchgeführten Maßnahmen. So stieg der Gesamtumsatz der Einzelhandelsbetriebe in Hanau von 645 Millionen im Jahr 2013 auf 711,2 Millionen im Jahr 2016 (Quelle: hanau-baut-um.de)

Von 47.396 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren im Jahr 2017 (Stichtag: 30.06.) 38 % im produzierenden Gewerbe tätig, die restlichen Stellen sind dem Dienstleistungssektor zuzuordnen. Die Gesamtzahl sozialversicherungspflichtiger Stellen ist in Hanau seit dem 30.06.2006 um zirka 5.500 gestiegen. Allein zwischen den Jahren 2013 und 2017 konnte ein Zuwachs von 6,5 % (knapp 3.000 Stellen) verzeichnet werden (Quelle: Kennzahlen Stadt Hanau). Damit einhergehend stieg auch die Zahl der Einpendler von 29.703 im Jahre 2010, auf 33.845 im Jahre 2017. Dennoch verringerte sich das Pendlersaldo in diesem Zeitraum von 12.598 auf 11.791, da von 2010 bis 2017 fast 5.000 Auspendler hinzukamen. Hanaus Arbeitsmarktzentralität, die sich aus dem prozentualen Verhältnis zwischen Ein- und Auspendlern ergibt, lag 2017 bei 153 %. Damit hebt sich die Brüder-Grimm-Stadt deutlich von den Zentralitätswerten des Main-Kinzig-Kreises (60,8%), oder der benachbarten Stadt Offenbach (89,8 %) ab.

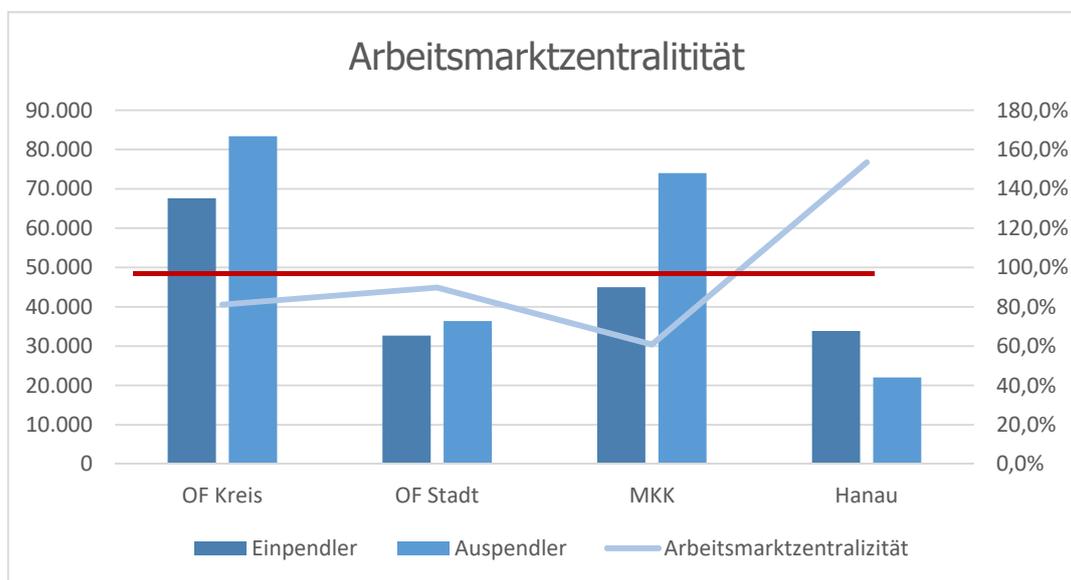


Abbildung 9: Arbeitsmarktzentralität 2017 für Main-Kinzig-Kreis, Hanau, OF Kreis und OF Stadt; Quelle: Stau- und Pendlerstudie PERFORM/IHK 2018, eigene Darstellung

Die Beschäftigtenquote ist in den letzten Jahren in Hanau leicht gestiegen. 2012 lag sie bei 52,3 %, 2014 bei 53,9 % (Bertelsmann Stiftung, 2015). Gesucht werden dabei vor allem Fachkräfte (Gewerbemonitor, 2014).

Neben dem Zuwachs an Beschäftigten am Wohnort ist für die wachsende Beschäftigtenquote Hanau auch der rückläufige Anteil arbeitslos gemeldeter Personen verantwortlich. Zwischen 2010 und 2017 verringerte sich deren Anzahl in Hanau um 1.300 Personen. Mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % liegt die Brüder-Grimm-Stadt jedoch immer noch über den Vergleichswerten des Main-Kinzig-Kreises oder des Landes Hessen (je 4,7 %). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenstatistiken des Main-Kinzig-Kreis stark durch Hanau beeinflusst werden. So leben in Hanau rund 39 % aller Arbeitslosen im Main-Kinzig-Kreis und ca. 41 % aller Langzeitarbeitslosen.

Gleichzeitig ist Hanau aber auch ein wirtschaftliches Zentrum innerhalb des Main-Kinzig-Kreis. Das Bruttoinlandsprodukt der Stadt wächst seit Jahren kontinuierlich an und liegt derzeit mit 51.393 Euro pro Einwohner deutlich über dem hessischen und dem bundesweiten (39.578 Euro) Durchschnitt. Die Kaufkraft in Hanau liegt mit 22.263 Euro pro Kopf jedoch etwas niedriger als im kreisweiten Durchschnitt von 24.220 Euro je Einwohner. Es befinden sich knapp 36 % aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze des Kreises in Hanau und die Stadt sorgt für 26 % aller Steuereinnahmen.

5.3 Räumliche Gliederung und Funktionen

Hanau liegt am südwestlichen Rand des Main-Kinzig-Kreises. Die Gemarkungsfläche der Gemeinde von insgesamt 76,4 km², wird zu 29,4 % baulich genutzt, beziehungsweise ist für bauliche Nutzungen vorgesehen. 35,1 % der Fläche sind ausgewiesene Grünflächen und ökologisch bedeutsame Flächennutzungen. Die restlichen Flächenanteile entfallen auf den Main, die Kinzig, und den Korridor des Regionalparks. Der Main quert das Stadtgebiet von Süden nach Westen. Südlich des Flusses liegen nur die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim. Westlich der Hanauer Innenstadt fließt die Kinzig in den Main. Die Einwohner Hanaus verteilen sich insgesamt auf zehn Stadtteile. Der größte Stadtteil ist mit rund 13.051 Einwohnern Großauheim, gefolgt von Steinheim mit 12.744 dort lebenden Menschen (Stadt Hanau, 2017). Die Hanauer Innenstadt hat ebenfalls mehr als 12.000 Einwohner. Die Stadtteile Lamboy, Kesselstadt und Nordwest kommen jeweils auf mehr als 11.000 Einwohner. Mittelgroße Stadtteile sind Südost (10.170) und Klein-Auheim (8.000). Mittelbuchen ist mit 3.962 Einwohnern der kleinste Stadtteil Hanaus. Alle Stadtteile haben im Vergleich zu 2015 einen Anstieg der Einwohnerzahlen zu verzeichnen. 2015 war Wolfgang (als Teil von Großauheim) mit rund 2.344 Einwohnerinnen und Einwohnern noch der kleinste Stadtteil. Er hat jedoch durch die Entwicklung der Konversionsflächen (Old Argonner / Lehrhöfer Heide) und „Sportsfield Housing“, wo die Mehrzahl der Geflüchteten in Hanau untergebracht ist, stark an Einwohnern dazugewonnen.

Mit dem Hauptbahnhof, dem Mainhafen und zahlreichen internationalen Technologieunternehmen umfasst der Stadtteil Südost am nördlichen Mainufer den wirtschaftlichen Motor Hanaus. Daneben kann die Innenstadt, die großflächig gemischt genutzte Bebauung vorweist und zahlreiche Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen, sowie attraktive Einkaufsmöglichkeiten beherbergt als Versorgungszentrum ausgemacht werden. Die nordwestlich gelegenen Stadtteile Lamboy, Nordwest und Kesselstadt liegen durch die Kinzig, sowie einen umgebenden Grünzug vom Stadtkern separiert. Während Nordwest und Kesselstadt fast ausschließlich durch Wohnbebauung geprägt werden, sind in Lamboy neben den Wohnbauflächen ein Fachmarktzentrum und zahlreiche Gewerbebetriebe angesiedelt. Der Stadtteil Großauheim/Wolfgang im Osten Hanaus bietet aufgrund seiner guten Anbindung an A66 und A45, dem Status als anerkannter Standort für High-Tech-Unternehmen und seinen zahlreichen Konversionsflächen auf ehemaligen Liegenschaften der US-Armee großes Entwicklungspotential.

Innerhalb der Stadtgrenzen befinden sich neun Naturschutzgebiete, zehn Landschaftsschutzgebiete und fünf FFH-Gebiete. Im Norden, Nordosten und Westen Hanau schließen sich unmittelbar Waldflächen an. Als Naherholungsgebiet „Grüner Ring“ sind in einem Umkreis von 60 km um die Stadt dreizehn Naturschutzgebiete miteinander verbunden. In Hanau liegen Stadt und Natur somit nah beieinander.

Sonderstatusstadt

Hanau ist eine Sonderstatusstadt. Den hessenspezifischen Begriff einer „Sonderstatusstadt“ räumt die Hessische Gemeindeordnung kreisangehörigen Städten ein, die aufgrund ihrer Größe Aufgaben wahrnehmen, die üblicherweise vom Landkreis erfüllt werden. Zum Beispiel die eigenständige Wahrnehmung von Jugendhilfe, Bauaufsicht, Sozialamt oder Naturschutz. Neben Hanau haben diesen Status noch Gießen, Marburg, Rüsselsheim, Fulda, Bad Homburg und Wetzlar. Den Titel und die Aufgaben einer „Sonderstatusstadt“ haben Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern im Zuge der Gebietsreform 1974 erhalten. Damit wurde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass verschiedene bisher kreisfreie Städte (wie zum Beispiel Hanau, Fulda oder Marburg) den größten Teil ihrer bisher erfüllten Aufgaben auch weiterhin im Sinne der Problemnähe und einer bürgernahen Verwaltung weiter wahrnehmen können. Alle Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern sind in Hessen generell kreisfrei (Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Offenbach, Darmstadt).

Der Begriff „Sonderstatusstadt“ ist eine hessische Besonderheit. Allerdings gibt es in anderen Bundesländern ähnliche kommunale Rechtsstellungen, die zum Beispiel mit Titeln wie „Große Kreisstadt“ (z.B. Bayern), „Große kreisangehörige Stadt“ (z.B. Nordrhein-Westfalen, Brandenburg) oder „Große selbstständige Stadt“ (Niedersachsen) definiert werden.

Als Ausgleich für die von den Sonderstatusstädten eigenständig übernommenen Aufgaben wurde diesen Städten eine Reduzierung der Kreisumlage zugestanden. Dies hat in den Folgejahren (zum Beispiel Anfang der 1990er Jahre) immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Kreisen und dem Land, als dem für den Finanzausgleich zuständigen verantwortlichen Gesetzgeber, geführt. Ursache der Debatten waren die Veränderungen der Aufgabenstellungen, beziehungsweise eine unklare Abgrenzung der jeweiligen Aufgaben.

Auch über den „Sonderstatus“ von Hanau hat es immer wieder Diskussionen gegeben, zum Beispiel bei den Debatten, die Stadt raumordnerisch als „Oberzentrum“ einzustufen (was im November 2000 erfolgt ist). In diesem

Zusammenhang wurde auch vom Main-Kinzig-Kreis gefordert, den Sonderstatus für Hanau aufzulösen und die Stadt in die Kreisfreiheit zu entlassen („Die Kreisfreiheit biete Hanau mehr Handlungsfreiheit und Gestaltungsspielraum... Es gehöre zum Selbstverständnis eines Oberzentrums das dieses kreisfrei ist“ so Landrat Karl Eyerkaufner in einer Pressekonferenz laut Hanauer Anzeiger vom 5.10.2000). Als Oberzentrum verfügt die Stadt über Einrichtungen zur Deckung des spezialisierten höheren Bedarfs und über eine gewisse Infrastruktur. Unter anderem gibt es ein Krankenhaus der Maximalversorgung, einen ICE-Haltepunkt und ein innerstädtisches ÖPNV-Netz.

Verkehr und Mobilität

Aufgrund seiner Lage war Hanau bereits in der früheren Vergangenheit ein wichtiger Knotenpunkt zwischen der Mainregion und dem Kinzigtal. Diese Rolle verkörpert die sogenannte Brüder-Grimm-Stadt noch heute. So ist die Stadt mit dem Autobahn- und Schienennetz sowie der Binnenschifffahrt über drei Transport- und Verkehrswege erschlossen. Darüber hinaus befindet sich Hanau im Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens, der als globaler Knotenpunkt sowohl für den Personen- als auch den Güterverkehr gilt.

Über die Autobahnen A3, A45 und A66, sowie das gut ausgebaute und leistungsfähige regionale Straßennetz ist die Stadt nicht nur im Rhein-Main-Gebiet, sondern auch darüber hinaus sehr gut vernetzt. Zusätzlich können regionale und überregionale Ziele über das Schienennetz erreicht werden. So halten beispielsweise zwei ICE-Linien am Hanauer Hauptbahnhof, die unter anderem Berlin und München, bzw. die Schweiz und Österreich zum Ziel haben. Mit dem trimodalen Mainhafen Hanau ist die Stadt zudem an die Binnentransportroute zwischen Rhein und Donau angeschlossen, welche über den Main und den Rhein-Main-Donau-Kanal verbunden ist und eine europaweite Gütertransportachse vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee ergibt.

Als Oberzentrum hat die Hanauer Innenstadt naturgemäß ein hohes Verkehrsaufkommen. Die historische Entwicklung der Stadt und die Eingemeindung umliegender Stadtteile mit eigenen, unabhängigen Straßennetzen haben jedoch zu einer polyzentrischen Struktur geführt. Die Straßennetze der Stadtteile sind daher durch Hauptsammelstraßen, die sich auf dem Innenstadtring treffen, mit dem Stadtzentrum verbunden. Auf die wachsenden Anforderungen des motorisierten Individualverkehrs hat sich Hanau durch eine Neuordnung der städtischen Verkehrsführung sowie dem Bau von 16 Parkhäusern und Parkflächen im Stadtzentrum eingestellt. Zudem erfolgte im

Zuge des Stadtumbauprozesses eine Neuordnung und Optimierung der städtischen Verkehrsführung.

Der innerstädtische Individualverkehr wird durch einen gut ausgebauten ÖPNV entlastet, der neben dem Schienennetz mit acht innerstädtischen Bahnstationen, aus einem Liniennetz mit 12 Stadt- und 19 Regionalbuslinien besteht. Das Busliniennetz ist sternförmig angelegt und auf die zentralen Haltestellen Marktplatz und Freiheitsplatz ausgerichtet. Zukünftig sollen durch den Bau der Nordmainischen S-Bahn die Streckenkapazität auf der Schiene erhöht und dadurch Maintal und Hanau besser an die Metropole Frankfurt angebunden werden. Hierbei soll die S-Bahn auf zwei eigenen Gleisen im 15-Minuten-Takt zu Hauptverkehrszeiten verkehren, aktiver und passiver Lärmschutz eingesetzt und die Bahnhaltepunkte barrierefrei werden. Derzeit befindet sich das Projekt, welches im Rahmen des Schienenausbauplans „Frankfurt Rhein-Main Plus“ im Bundesverkehrswegeplan festgelegt ist, im Planfeststellungsverfahren. Mit einem Beginn der Arbeiten ist nicht vor 2021 zu rechnen.

Aufgrund der geringen Flächenausdehnung Hanaus und der flachen Topographie im Stadtgebiet bietet sich zudem das Fahrrad als Verkehrsmittel für innerstädtische Wege an.

Bildung

Mit 54 Kitas und 27 Schulen sind in Hanau alle Schulformen vertreten. 14 der Schulen sind öffentliche Grundschulen (Stadt Hanau-Faltblatt: Wissen & Bildung, 2019). Darüber hinaus gibt es zwei öffentliche Haupt- und Realschulen, zwei Gymnasien und zwei Gesamtschulen. Dass sie zu mehr als 50 % von auswärtigen Schülerinnen und Schülern besucht werden weist auf die exponierte Stellung der Brüder-Grimm-Stadt als Bildungsstandort in der Region hin. Ein hervorzuhebendes Merkmal ist zudem das breitgefächerte Ausbildungsangebot. So sind in Hanau fünf berufsbildende Schulen, unter anderem die Staatliche Zeichenakademie Hanau, ansässig. Zudem bietet die Brüder Grimm Berufsakademie Hanau ein ausgeprägtes Studienangebot für Kreativwirtschaft und Industrie. Die dualen Studiengänge für Innovations- und Designmanagement sowie Produktgestaltung ermöglichen dabei neben der beruflichen auch eine akademische Qualifikation.

5.4 Raumordnerische Entscheidungen der Stadt und deren Auswirkungen

Die Stadt Hanau hat in den letzten 20 Jahren eine positiv zu bewertende Entwicklung genommen. Die wachsenden Einwohner- und Beschäftigtenzahlen, sowie das steigende Bruttoinlandsprodukt sind dabei nicht zuletzt auf die zahlreichen raumordnenden Maßnahmen zurückzuführen, die von Politik und Verwaltung beschlossen und durchgeführt wurden.

Innenstadtumbau

Ein wesentlicher Faktor für Hanaus positive Entwicklung war die Neugestaltung der Innenstadt, die in den letzten Jahren stattfand und 2008 mit einem „Wettbewerblichen Dialog“ begonnen wurde. Auf diesem Wege konnte ein Investor gefunden werden, der die vielfältigen Ziele und Projekte zusammen mit der Stadt realisieren wollte. Die erste Maßnahme wurde bereits 2011 umgesetzt. In fußläufiger Entfernung zur Innenstadt eröffnete ein neues Multiplexkino.

Prägend für die Struktur der Hanauer Innenstadt sind die großen Plätze. Daher war auch deren Umgestaltung wesentlicher Bestandteil des Innenstadumbaus. 2013 wurde die Tiefgarage unter dem Marktplatz saniert. Der Marktplatz war durch den Wochenmarkt und Veranstaltungen bereits ein Anziehungspunkt in der Innenstadt. Mit dem Stadumbau wollte man eine weitere Belebung in den Abendstunden erreichen. Dafür wurde neuer Raum für gastronomische Angebote, u.a. ein Restaurant mit lokalem Konzept und ein Café neu geschaffen. Für den Altstädter Markt, an dem sich das Goldschmiedehaus befindet, galt das Ziel, die Aufenthalts- und Verweilqualitäten zu stärken und neue Gastronomieflächen zu schaffen. Rund um den Platz an der niederländisch-wallonischen Kirche wurde Nachkriegsbauten abgerissen und neue Wohnhäuser gebaut, sowie die Parksituation neu geregelt. Allgemein wurde die Aufenthaltsqualität im Straßenraum verbessert.

Freiheitsplatz/Forum Hanau

Der Schwerpunkt des Innenstadumbaus lag auf dem Freiheitsplatz. Hier wurde zum einen der zentrale Busbahnhof neugestaltet. Zum anderen entstand das Forum Hanau, das 2015 eröffnet wurde. Das Einkaufszentrum bietet auf 22.250 m² Raum für mehr als 90 Geschäfte und rund 600 neue Arbeitsplätze. Mit 20.000 (Werktage) bis 30.000 (Samstage) Besuchern täglich zieht es nicht nur Kunden aus Hanau selbst an, sondern ist auch für Menschen aus dem Umland und überregional attraktiv. Dem Forum Hanau schließt sich das Kulturforum an. An diesem zentralen Ort in der Hanauer

Innenstadt bietet es viel Raum für Kunst und Kultur. Unter anderem sind die Stadtbibliothek und das Stadtarchiv hier untergebracht.

Flächenentwicklung und Konversionsflächen

Durch den schrittweisen Rückzug der US-Armee aus seinen Stützpunkten im Hanauer Gemeindegebiet begann in den 1990er Jahren auf den verlassenen Kasernengelände ein Konversionsprozess, bei dem ein Schulzentrum, das Technische Rathaus, weitere Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen, sowie Gewerbe- und Wohnflächen entstanden.

Im Jahre 2008 begann eine zweite Phase der Konversion, als die US-Streitkräfte auch ihre übrigen Liegenschaften an die Kommune abtraten und sich vollständig aus Hanau zurückzogen. Die insgesamt zwölf ehemaligen Militärliegenschaften kommen auf eine Gesamtfläche von rund 340 ha (Stadt Hanau, 2017). Sieben Kasernen und Areale wurden bereits erfolgreich einer neuen Nutzung zugeführt. Dabei wurden 1250 neue Wohneinheiten und rund 1300 Arbeitsplätze geschaffen. Auch ein Naturreservat mit Przewalski Urpferden ist entstanden.

Derzeit in der Planung und in Teilen bereits realisiert ist die Konversion von sieben weiteren Arealen. Die 39,8 ha große „Wolfgang Kaserne“ wurde durch die Ansiedlung der Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS in das Industrie- und Gewerbegebiet „Fraunhofer Science Park“ entwickelt (Stadt Hanau, 2019), in dem sich in Erweiterung des benachbarten Industrieparks Wolfgang forschende und entwickelnde Unternehmen der Materialtechnik ansiedeln können. Gelungen ist neben der Verortung des zukünftigen Fraunhofer Institutes IWKS, das bis Ende 2019 seinen Neubau fertigstellt, die Ansiedlung der ALD Vacuum Technologies sowie der Informationstechnologie der Evonik. Bis Ende 2019 soll die Anlage um Büroflächen und ein Technikum erweitert werden.

Weitere Grundstücke stehen nach wie vor für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe zur Verfügung. Eine Gewerbeansiedlung favorisiert die Stadt Hanau auch für die 6,1 ha große „Underwood Kaserne“ in Großauheim. Ebenfalls in diesem Stadtteil liegt die „Großauheim Kaserne“. Auf dem 38,5 ha umfassenden Gelände werden ein Rechenzentrum und Photovoltaik Großflächen angelegt. Letztere sollen 2020 in Betrieb genommen werden. Im Norden der Stadt befindet sich die „Hutier Kaserne“, die an die Kasernen „Hessen-Homburg“, „Francois“ und „Yorkhof“ angrenzt. Ein Großteil der 27,7 ha konnte bereits einer neuen Nutzung zugeführt werden. So ist sind

das neue Gefahrenabwehrzentrum der Stadt sowie das Büro- und Dienstleistungszentrum „Lamboy-Höfe“ und das Gewerbegebiet „Am Lamboywald“ auf dem Gelände angesiedelt. Im Stadtteil Lamboy befindet sich auch die „Cardwell Area“, für deren 1,78 ha der Bau von hundert Wohneinheiten in Form von Reihenhäusern, Doppelhaushälften und Mehrfamilienhäusern geplant ist. Acht bestehende Mehrfamilienhäuser wurden als „Cardwell Wohnanlage“ bereits 2010 saniert und bieten 69 Wohneinheiten. Die „Old Argonner Kaserne“ im Stadtteil Großauheim/Wolfgang wird ebenfalls in ein neues Wohngebiet umgewandelt. Unter dem Namen „Lehrhöfer Park“ sollen bis zu 500 hochwertige Wohneinheiten entstehen. 200 von ihnen waren Anfang 2019 bereits realisiert. Zusätzlich wird ein 1 ha großes Gewerbegebiet auf dem Gelände angelegt. Nahezu vollständig zu einem Wohngebiet entwickelt wurde die gegenüberliegende „New Argonner Kaserne“. Bei der geplanten Konversion der Pioneer-Kaserne soll bis 2023 ein neuer Stadtteil mit mehr als 1.700 Wohneinheiten entstehen. Insgesamt sind gemäß Regionalplan Südhessen und RegFNP ca. 126 ha als Vorranggebiet für Industrie- und Gewerbe und etwa 155 ha als Vorranggebiet Siedlung ausgewiesen.

Gemeinschaftsunterkunft „Sportsfield Housing“

Im Jahr 2015 musste die Stadt Hanau eine große Zahl an Geflüchteten unterbringen. Bereits 2014 hatte sich für die Stadt aufgrund von steigender Flüchtlingszahlen und den erschöpften Kapazitäten der dezentralen Unterbringung die Frage gestellt, wie sie ihren Unterbringungsverpflichtungen nach dem Landesaufnahmegesetz weiter nachkommen sollte. Aus dieser Fragestellung ergab sich die Prüfung von Möglichkeiten zur Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft als „Erstaufnahmestelle“, die in ihrer Aufnahmekapazität deutlich größer als die bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte sein sollte

Letztendlich entschied sich die Stadt für das Gelände der ehemaligen „Sportsfield Housing“ gegenüber der Pioneer-Kaserne im Stadtteil Großauheim/Wolfgang. Ursprünglich als Wohnanlage für Familien von US-Soldaten gebaut, konnten die Gebäude mit einem vergleichsweise geringen Aufwand für die Unterbringung der Geflüchteten nutzbar gemacht werden. Die Hälfte der Anlage wurde von der Gemeinschaftsunterkunft abgetrennt und vom Land Hessen als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt. Im Juni 2018 wurde sie jedoch passivgestellt.

5.5 Kernthemen und Herausforderungen

Stadtentwicklungs- und Bürgerbeteiligungsprozess „Zukunft Hanau“

Vor dem Hintergrund des nahen Großstadtstatus hat die Stadt Hanau im März 2019 den Stadtentwicklungs- und Bürgerbeteiligungsprozess „Zukunft Hanau“ angestoßen. Im Rahmen des Stadtumbaus hat man mit einem solch breiten Beteiligungsprozess bereits gute Erfahrungen gemacht. Nun soll auf diese Weise eine bewusste Auseinandersetzung mit den Chancen und Herausforderungen der künftigen Entwicklung der Stadt erfolgen. Im Rahmen von „Zukunft Hanau“ haben sich insgesamt ca. 4.500 Menschen beteiligt und zu den Trends Demographischer Wandel, Digitalisierung, Gesundheit, Globalisierung/Urbanisierung, Individualisierung diskutiert und ihre Meinungen und Vorschläge eingebracht.

Regionales Entwicklungskonzept

Die Stadt Hanau ist Teil des Regionalen Entwicklungskonzeptes für den Regierungsbezirk Darmstadt. Dieses Konzept dient als Masterplan und Entscheidungsgrundlage für die Flächenausweisung im Regionalplan Südhessen/Regionaler Flächennutzungsplan. Das Thema Wohnraum ist für die Stadt Hanau von zentraler Bedeutung. Durch die wachsende Bevölkerung und steigende Attraktivität stieg die Nachfrage nach Wohnraum stetig. Der Wohnungsmarkt, insbesondere für geförderten und günstigen Wohnraum, ist zunehmend angespannt. Das Regionale Entwicklungskonzept setzt als Zielvorgabe eine Dichte von mindestens 60 Wohnungen/ ha. Die internen Berechnungen der Stadt Hanau gehen davon aus, dass in den kommenden 20 Jahren rund 7.000 neue Wohnungen gebaut werden können. In dieser Rechnung sind die rund 5.000 Wohnungen, die sich bereits in einer konkreten Planung befinden, ausgenommen.

Unterbringung Geflüchtete und Weiterentwicklung als Ankunftsstadt

Der Wohnungsmarkt spielt auch in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt eine entscheidende Rolle. Ein Großteil der seit 2015 in Hanau angekommenen Geflüchteten lebt noch immer in der kommunalen Gemeinschaftsunterkunft „Sportsfield Housing“, obwohl viele von ihnen rechtlich gesehen bereits in eigene Wohnungen ziehen dürften. Die geringen Fluktuationsraten des günstigen Mietpreissegments aufgrund steigender Mieten erschwert jedoch einen Umzug. In der Anfangszeit des Ankommens bietet die zentrale Unterbringung „Sportsfield Housing“ einige Vorteile, beispielsweise ein bestehendes Netzwerk und eine Bündelung und gute Erreichbarkeit von Angeboten. Allerdings ist die Selbstständigkeit der Geflüchteten eingeschränkt und es besteht die Gefahr einer langfristigen

Segregation und Isolation. Auch ist die Nutzung von „Sportsfield Housing“ nur für einen Zeitraum von zehn Jahren ausgelegt. Es müssen daher andere Lösungen gefunden werden. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die Stadt Hanau mit dem Projekt „Ankunftsstadt Hanau. Ankommen in der Metropolregion gestalten.“ an dem Programm „Stadtentwicklung und Migration“ der nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Entwicklung von Pioneer

Auf dem Gelände der ehemaligen Pioneer-Kaserne und Triangle Housing entsteht ein neuer Stadtteil. Die städtische Gesellschaft BAUprojekt Hanau GmbH hat das Areal im August 2016 von der BImA erworben und ist damit das erste Mal bei der Konversion einer ehemaligen Militärliegenschaft als Käufer der Gesamtfläche aufgetreten. Für die Vermarktung des Geländes wurde die „LEG Hanau“ ins Leben gerufen, von der 90 % in Händen der DSK BIG Gruppe sind. Auch wenn der Hanau GmbH nur noch 10 % gehören hat sie ein gleichberechtigtes Stimmverhältnis und kann auf diese Weise Einfluss auf die Entwicklung des neuen Stadtteils nehmen. Insgesamt sind auf dem Gelände der Pioneer und Triangle Housing rund 1.600 Wohneinheiten für bis zu 5.000 Bewohnerinnen und Bewohner geplant (LEG Hessen Hanau, 2017).

Wie im Fall der Triangle Housing soll teilweise der vorhandene Bestand („Zehn Brüder“) genutzt, andere Teile aber zurückgebaut werden. Auf diese Weise sollen Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau und generationsübergreifende Wohnprojekte entstehen. Als oberstes Ziel wird dabei beschrieben, mit Miet- und Kaufangeboten eine möglichst breite Bewohnerschaft anzusprechen und damit unter dem Namen „Pioneer Park Hanau“ ein Quartier mit einer vielfältigen sozialen Mischung entstehen zu lassen. Der Stadtteil soll zudem Vorreiter im Bereich Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung werden.

Klimaschutz

Auch für die Stadt Hanau haben der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf den städtischen Raum und das städtische Leben, eine besondere Bedeutung. Durch ihre Lage in den Flussniederungen des Oberrheingraben von Main und Rhein befindet sich die Stadt in einem der wärmsten Gebieten Hessens und gehört damit zu jenen Regionen, in denen sich die Jahresmitteltemperatur im Zeitraum 1981 bis 2010 mit 0,75 bis 1,1 °C Temperatursteigerung, im Vergleich zu 1951 bis 1980, bereits am stärksten verändert hat. Solche klimatischen Entwicklungen lassen mit einem verstärk-

ten Eintreten von Extremwetterereignissen und Hitzewellen, wie dem Hitzesommer 2018, rechnen. Ebenso wirken sich die steigenden Temperaturen negativ auf die Gesundheit der Menschen, die Umwelt und die Wirtschaft (etwa durch zu niedrige Pegelstände der Flüsse) aus. Mit der direkten Lage an Main und Kinzig ist das zunehmende Risiko von Hochwassern und Überschwemmungen deshalb auch ein relevantes Thema für die Stadt Hanau. Erste aktive Maßnahmen wurden daher bereits für den am Main gelegenen Stadtteil Großauheim im Rahmen des Projekts zur Klimaanpassung des Stadtteilentwicklungsprozesses initiiert.

5.6 Stärken und Schwächen



Zusammenfassung

Der Status Quo des Main-Kinzig-Kreis (inkl. Hanau) und der Stadt Hanau werden in der folgenden Tabelle zusammenfassend gegenübergestellt.

	Main-Kinzig-Kreis (inkl. Hanau)	Hanau
Fläche	1.397 km ²	76,4 km ²
Administrative Gliederung	29 Kommunen (12 Städte, 17 Gemeinden)	10 Stadtteile
Bevölkerung	417.000	98.000
Bevölkerungsentwicklung (2011-2017)	+3,7 %	+9 %
Natürliche Bevölkerungsentwicklung (Durchschnitt pro 1000 Einwohner)	-1,8 %	+0,3 %
Wanderungssaldo (Durchschnitt pro 1000 Einwohner)	+9,9 %	+ 16,8 %
Durchschnittsalter	44,4	42,1
Ausländeranteil	14,8 %	24,9 %
BIP (in Milliarden €)	12,8	4,7
BIP-Entwicklung (2008-2015)	+16,8 %	+9,8 %
BIP pro Einwohner	31.433 €	51.393 €
Beschäftigte (am Arbeitsort)	133.194	47.396
Beschäftigtenentwicklung (2013-2017)	+12 %	+6,5 %
Pendlersaldo	-29.014	11.791
Arbeitslosenquote	4,1 %	7,0 %
Raumordnerische Entscheidungen	<ul style="list-style-type: none"> - Kreissitzverlegung nach Gelnhausen - unterschiedliche Zuständigkeitspriorisierungen zwischen Hanau und MKK 	<ul style="list-style-type: none"> - Innenstadtumbau - Höhere Attraktivität als Einzelhandelsstandort - Flächenkonversion - weiterer Bevölkerungszuwachs durch neuen Wohnraum
Aktuelle Kernthemen und Herausforderungen	<ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramm „Ländlicher Raum“ - Förderung von Projekten und Initiativen zur Entwicklung ländlich geprägter Gemeinden - Hochwasserschutzmaßnahmen - Rückhaltebecken für Main und Kinzig - SuedLink 	<ul style="list-style-type: none"> - Zukunft Hanau - Berücksichtigung von Bürgerinteressen in Stadtentwicklungsprozessen - Regionales Entwicklungsprojekt - Vorgegebene Einwohnerdichte von 60 Wohneinheiten pro Hektar - Ankunftsstadt Hanau - Unterbringung und Integration von Geflüchteten - Pioneer-Areal

	<ul style="list-style-type: none"> - Gleichstromtrasse durch den MKK - Fluglärmproblematik - Bürgerinteressen berücksichtigen - Nordmainische S-Bahn - Elektrifizierung Niddatalbahn - Ausbau und Verbesserung des schienengebundenen ÖPNV - „Main Kinzig blüht“ - Förderung der Biodiversität in Besiedlungsgebieten 	<ul style="list-style-type: none"> - neuer Stadtteil mit bis zu 5.000 Einwohnern - Klimafolgeanpassung - Förderung von kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekten
Stärken	<ul style="list-style-type: none"> - Räumliche Lage - Naturräumliche Ausstattung - Verkehrsinfrastruktur - Naherholungsgebiet und Tourismusziel - Bildungsangebote - Wirtschaftswachstum - Bevölkerungsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> - Räumliche Lage - Wirtschaftliche Ausrichtung - Administrative Einbindung - Bevölkerungsentwicklung - Beteiligungskultur - Verkehrsinfrastruktur - Wirtschaftswachstum - Versorgungs- u. Bildungsangebot
Schwächen	<ul style="list-style-type: none"> - Haushaltsdefizite der Gemeinden - Disparitäten zwischen städtisch und ländlich geprägten Gemeinden - Zuständigkeitskonflikte 	<ul style="list-style-type: none"> - Schutzschirmkommune - Angespannter Wohnungsmarkt - Mangelnde Sichtbarkeit
Chancen	<ul style="list-style-type: none"> - Bündelung der Verwaltungsaufgaben - Finanzielle Entlastung bei Auskreisung Hanaus - Ausbau des Schienennetz - Entwicklung des Kreises entsprechend der Anforderungen an den ländlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsstandort innovativ entwickeln - Kreisfreiheit - Regionale Synergieeffekte - Höhere Sichtbarkeit - Soziale Infrastruktur effizient entwickeln - Wohnraumentwicklung
Risiken	<ul style="list-style-type: none"> - Einflussfaktor Fluglärm - Folgen des Klimawandels - Kreisangehörigkeit Hanaus als Entwicklungshemmnis 	<ul style="list-style-type: none"> - Kreisangehörigkeit als Entwicklungshemmnis - Folgen des Klimawandels - Finanzieller Aufwendung durch Auskreisung - Verwaltungsengpässe - Einflussfaktor Fluglärm

6. Szenarien für die Raumordnung des Main-Kinzig-Kreis

Wie in den vorherigen Kapiteln erläutert, stellen sich die aktuelle Situation und die zukünftigen Herausforderungen für den Main-Kinzig-Kreis als vielfältig dar. Nach den in Kapitel zwei erläuterten Ansprüchen an eine moderne Raumordnung wird deutlich, dass hierbei der Ausgleich von verschiedenen Interessen zwischen verschiedenen Strukturräumen ein zentraler Aspekt bei der Bearbeitung der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen sein muss. Aus diesem Grund möchte diese Studie anhand von zwei verschiedenen Szenarien und einer anschließenden Diskussion darstellen, welchen Einfluss eine potentielle Veränderung der Raumordnung auf den Interessensausgleich im Main-Kinzig-Kreis besitzt. Folgende Szenarien wird diese Studie diskutieren:

Szenario 1: Die Stadt Hanau verbleibt im Main-Kinzig-Kreis

Szenario 2: Die Stadt Hanau wird kreisfreie Stadt

Im Verlauf wird zuerst das Szenario „Die Stadt Hanau verbleibt im Main-Kinzig-Kreis“ vorgestellt. Danach wird das Szenario „Die Stadt Hanau wird kreisfrei“ erläutert. Als Abschluss wird eine Diskussion der Szenarien dienen, in denen die wesentlichen Unterschiede für die Bearbeitung der bestehenden und zukünftigen Szenarien herausgearbeitet werden.

Auch wenn noch einige weitere potentielle Szenarien für eine Veränderung der Raumordnung des Main-Kinzig-Kreises denkbar wären, wird sich diese Studie auf die zwei genannten Szenarien beschränken.

6.1 Szenario 1: Die Stadt Hanau verbleibt im Main-Kinzig-Kreis

Dieses Szenario behandelt den Fall, dass Hanau als Sonderstatusstadt innerhalb des Main-Kinzig-Kreises verbleibt. Insofern gibt es keine formalen oder verwaltungstechnischen Veränderungen, die vorab erläutert werden müssen. Die Organisation und Verteilung der Verwaltung innerhalb des Kreises wird ebenfalls unverändert so bestehen bleiben. Somit lässt sich die Vorstellung dieses Szenarios hierbei mit dem Verweis auf den Status Quo, beschrieben in den Kapiteln 4 und 5, verkürzen.

Festzuhalten ist, dass sich die bisher beschriebenen Unterschiede in den Herausforderungen und Lösungsansätzen weiter verschärfen werden, da die raumstrukturellen Unterschiede ohne eine gezielte Fokussierung nicht bearbeitet werden können. Die genannten zukünftigen Themenfelder und strukturellen Veränderungen durch z.B. die Digitalisierung, den demographischen Wandel oder des Klimawandels müssen jedoch angenommen und gestaltet werden. Die Dringlichkeit der raumordnerischen Reaktion auf diese Entwicklungen sollten an dieser Stelle deshalb betont werden.

Aus der Beschreibung des Status Quo und der zukünftigen Themenfelder kann zudem abgeleitet werden, dass ein Szenario „Erhalt des Status Quo“ nicht zu erreichen ist. Diese Studie geht davon aus, dass mit den zukünftigen Herausforderungen für den Main-Kinzig-Kreis auch Veränderungen der Verwaltungsstrukturen einhergehen müssen und werden. Die bisherige Entwicklung des Main-Kinzig-Kreis zeigt, dass solche Veränderungen, wie z.B. die Verlegung des Kreissitzes, auch stets stattgefunden haben.

Es wird in dem Szenario „Die Stadt Hanau verbleibt im Main-Kinzig-Kreis“ unabdingbar sein, zukünftige Handlungsfelder zu identifizieren und zwei Kategorien zu bilden. Zum einen müssen Themen erkannt werden, die verstärkt durch Schnittstellen und Kooperationen zwischen der Kreisverwaltung und der Stadt Hanau bearbeitet werden müssen. Zum anderen sind Herausforderungen zu bewältigen, bei denen eine Fokussierung der Großstadt Hanau, der Mittelzentren und des ländlichen Raums notwendig werden. Dafür müssen gezielte Strukturen in den Verwaltungen aufgebaut werden. Diese müssen dabei im Hinblick auf die anzuwendenden Strategien und Instrumente zielgerichtet für die jeweiligen raumstrukturellen Herausforderungen abgestimmt werden.

Der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau müssen sich in diesem Szenario ihrer spezifischen Anforderungen und der Notwendigkeit spezifischer Lösungen bewusst werden. Themen wie z.B. die Sozialpolitik, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Versorgung oder Wohnraum müssen unterschiedlich gestalten werden. Nur durch eine Profilierung und Fokussierung können diese Themen in Zukunft für Hanau und den Kreis erfolgreich bearbeitet werden.

Die bisherige divergierende Entwicklung der Großstadt Hanau, der Mittelzentren im Kreis und des ländlichen Raums konnte durch den Landkreis in seinen aktuellen und vergangenen Strukturen nicht gemindert werden. Die Zentralisierungstendenzen durch die Stadt Hanau sind selbst durch die Verlagerung des Kreissitzes nach Gelnhausen nicht abgeschwächt worden. Es wird dadurch deutlich, welche Dynamik die raumordnerische Entwicklung besitzt. Nur durch Konzentration des Verwaltungshandelns auf gestaltbare Rahmenbedingen und Prozesse kann diese Entwicklung nach den gewünschten Zielen gestaltet werden.

Die bisherige Raumordnungspolitik des Main-Kinzig-Kreises zeigt eine deutlich fehlende Fokussierung auf spezifische Herausforderungen in unterschiedlichen Regionen. Eine z.B. auf Ausgleich bedachte Wirtschaftspolitik des Kreises wird sowohl die Stärken der Stadt Hanau, als auch die Stärken des restlichen Kreises dem Ausgleich unterordnen oder den wirtschaftlichen Prozessen überlassen. Die Chancen und Potentiale der verschiedenen Teilräume, insbesondere für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und das gesamte Land Hessen, werden so nicht in vollem Umfang genutzt.

Aus diesem Grund kann dieses Szenario wie folgt zusammengefasst werden. Eine Anpassung der Zusammenarbeit im Main-Kinzig-Kreis ist notwendig und erforderlich, um durch Profilierung und Fokussierung den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können. Dies ist durch eine spezifische Aufgabenteilung und Koordination zu erreichen. Der Interessenausgleich zwischen der Großstadt Hanau, den Mittelzentren und dem ländlichen Raum muss durch gezielte Entwicklung von Ansätzen und Lösungen erfolgen, ohne die Potentiale der jeweils anderen Strukturräume zu schwächen.

6.2 Szenario 2: Die Stadt Hanau wird kreisfrei

Das Szenario „die Stadt Hanau wird kreisfrei“ ist in seinen Folgen und Auswirkungen in zwei Teilbereiche zu unterscheiden. Zum einen werden sich sozioökonomische Kennzahlen auf Kreis- und Stadtebene verändern und zum anderen wird der Verwaltungsaufbau für den Kreis und die Stadt neu- oder umgebaut werden müssen. Diese Studie beschäftigt sich im Folgenden mit den wichtigsten Veränderungen in den sozioökonomischen Kennzahlen und Veränderungen im Verwaltungsaufbau.

Sozioökonomische Veränderungen durch die Kreisfreiheit

Räumliche Grenzen MKK und Hanau

Durch die von Hanau angestrebte Kreisfreiheit verlagern sich Teile der südwestlichen Grenze des Main-Kinzig-Kreises. Die Gesamtfläche des Kreises wird dabei um 76,5 Quadratkilometer reduziert. Der derzeit viertgrößte Landkreis in Hessen wird mit der verbleibenden Flächenausdehnung von 1.321 km² lediglich hinter den Kreis Fulda zurückfallen. Eine Auskreisung macht sich auch in Bezug auf die Flächenverteilung im Landkreis bemerkbar. So machen die 22,4 Quadratkilometer baulich genutzter Flächen der Stadt Hanau knapp 10 % der bebauten Flächen im Landkreis aus (FNP 2010).

Derzeit ist die Stadt Hanau ein wichtiges Bindeglied zwischen der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und dem Main-Kinzig-Kreis. Mit der Kreisfreiheit der Brüder-Grimm-Stadt verbleiben mit Maintal, Großkrotzenburg, Bruchköbel, Rodenbach, Erlensee, Neuberg, Langenselbold, Ronneburg, Hammersbach, Nidderau, Schöneck und Niederdorfelden zwölf Gemeinden im Landkreis, die dem Regionalverband FrankfurtRheinMain angehören. Da sich die gemeindeübergreifende Planung des Verbandes an den Anforderungen und Bedürfnissen einer Metropolregion orientiert, werden die benannten Gemeinden und damit ein bedeutender Teil des Kreises auch weiterhin vom Einfluss des Ballungsgebiets profitieren. Im Rahmen der Auskreisung der Stadt Hanau wäre eine Gebietserweiterung des Regionalverbands denkbar und notwendig, um eine Entwicklungsachse für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main in Richtung Fulda zu stärken.

Die Kreisfreiheit Hanaus hätte insbesondere auf die benachbarte Gemeinde Großkrotzenburg, die zwischen dem bayrischen Kahl am Main und dem Hanauer Stadtteil Großauheim liegt, einen besonderen Einfluss. Die Auskreisung Hanaus würde dazu führen, dass Großkrotzenburg als eine Art „Enklave“ des Main-Kinzig-Kreises im Hanauer Stadtgebiet lokalisiert wäre. Die Situation Großkrotzenburgs muss daher bei der Frage nach der Kreisfreiheit

Hanaus mitgedacht werden, auch wenn die Auskreisung Hanaus natürlich nicht zu einer Form der räumlichen Abtrennung von Großkrotzenburg führt. Zusammenarbeit und Kooperationen zwischen Großkrotzenburg und der Stadt Hanau müssten durch den restlichen Kreis koordiniert und vermittelt werden.

In der Gemeinde selbst wird das Thema kontrovers diskutiert, insbesondere in Hinblick auf die Möglichkeit einer Eingemeindung Großkrotzenburgs in die Stadt Hanau. Während in der lokalen Politik die Meinung verbreitet ist, Großkrotzenburg solle seine Eigenständigkeit innerhalb des Kreises behalten, ein Anschluss an Hanau erzeuge keine Vorteile für die Gemeinde, haben sich Initiativen gebildet, die einer Eingemeindung positiv gegenüberstehen. So setzt sich etwa die „Initiativgruppe für ein zukunftssicheres Großkrotzenburg“ für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Hanau ein und schließt dabei einen vollständigen Anschluss Großkrotzenburgs an die Nachbarstadt als Ergebnis dieser Kooperation nicht aus.

Bevölkerungskennzahlen

Ohne die rund 98.000 Bewohner der Stadt Hanau schrumpft die Bevölkerungszahl des Main-Kinzig-Kreis von derzeit 417.000 Einwohnern und Einwohnerinnen um knapp ein Viertel. Es ist zu erwarten, dass die Kreisfreiheit der Brüder-Grimm-Stadt auch die zukünftige Bevölkerungsentwicklung des Landkreises beeinflussen wird. So sind 64 % des Bevölkerungswachstums im Main-Kinzig-Kreis seit 2011 auf die Einwohnerentwicklung der Stadt Hanau zurückzuführen.

Auch die Altersstruktur der Bevölkerung im Main-Kinzig-Kreis wird sich mit Hanaus Kreisfreiheit leicht verschieben. Für den Landkreis wird der Anteil der unter 19-Jährigen im Jahre 2025 auf 15 % geschätzt, während die Altersgruppe in Hanau knapp ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen soll. Gleichzeitig wird mehr als ein Viertel der Bevölkerung im Landkreis älter als 64 Jahre sein. Dementsprechend kann auf Grundlage der Prognosewerte für 2025 davon ausgegangen werden, dass der Altersdurchschnitt im Landkreis bei 47 Jahren liegt, wenn Hanau ausgekreist wird. Für die dann kreisunabhängige Stadt wird dagegen für 2025 ein Altersschnitt von 44,3 Jahren geschätzt.

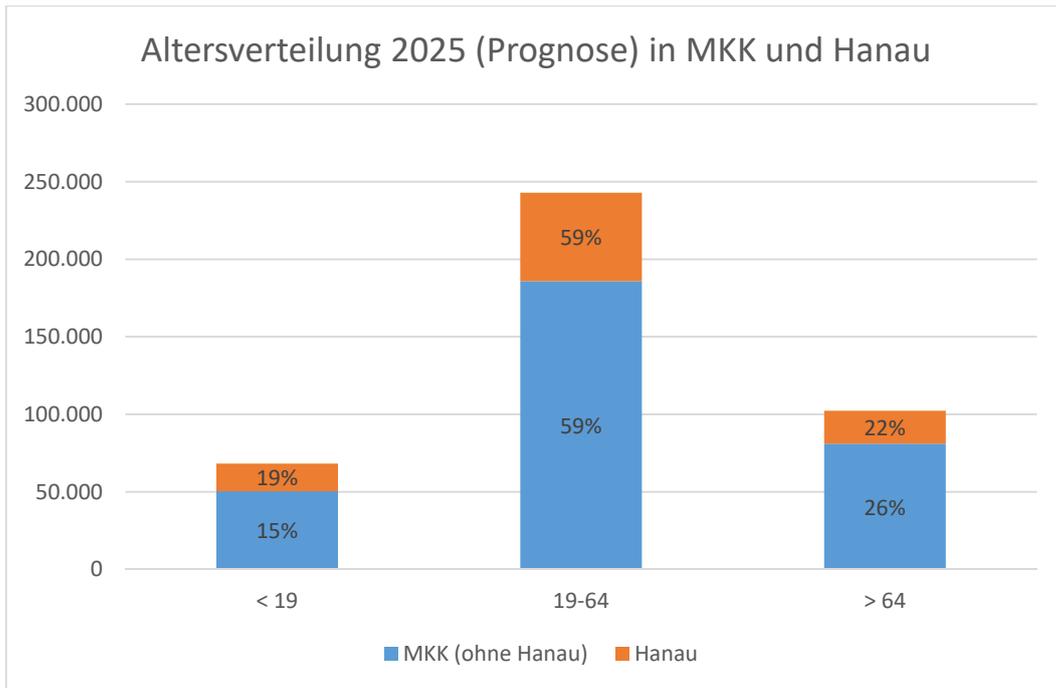


Abbildung 10: Bevölkerungszahlen nach Altersgruppen (Prozentualer Anteil der Bevölkerungsgruppe an der Gesamtmenge). Eigene Darstellung nach Daten von www.wegweiser-kommune.de

Der Ausländeranteil im Main-Kinzig-Kreis lag 2018 bei 15,4 % und in der Stadt Hanau bei 25,7 %. Dabei wohnten ca. 38 % der Bewohner des Main-Kinzig-Kreises mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft in der Stadt Hanau. Die anderen ca. 62 % verteilten sich über die restlichen Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises. Bei einer Auskreisung der Stadt Hanau würde somit durch den signifikanten Ausländeranteil der Stadt der Anteil der Bewohner des Main-Kinzig Kreis mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft von 15,4 % auf 12,4 % sinken.

Nach der Auskreisung Hanaus wäre Maintal mit einer Bevölkerung von rund 39.000 die bevölkerungsreichste Stadt im restlichen Kreis. Zusammen mit der Lage zwischen Frankfurt, Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis ist Maintal dadurch prädestiniert Kooperationen zwischen den beiden kreisfreien Städten und dem Landkreis zu initiieren und zu moderieren. Als Tor zu der Metropolregion Frankfurt am Main und der Großstadt Hanau kann die Stadt somit für den Interessensausgleich zwischen dem Ballungsraum, den Mittelzentren, dem ländlichen Raum und somit für gesamte die Entwicklungsachse Frankfurt-Fulda großes Potential bieten.

Wirtschaftliche Kennzahlen

Die Kreisfreiheit Hanaus wird sich auf die wirtschaftliche Statistik des Main-Kinzig-Kreises auswirken. Die gesamte Wirtschaftsleistung des Main-Kinzig-Kreises im Jahr 2015 von 12.881 Mio. Euro zeigt folgende Verteilung.

Die Stadt Hanau erwirtschaftete in 2015 4.761 Mio. Euro, der restliche Kreis 8.120 Mio. Euro. Verglichen mit den Bevölkerungskennzahlen zeigt sich, dass Hanau einen überdurchschnittlichen Pro-Kopf Anteil an der Wirtschaftsleistung des Kreises ausmacht. Dabei ist festzuhalten, dass sich diese Entwicklung in der bestehende Kreisstruktur vollzogen hat.

Für den verbleibenden Main-Kinzig-Kreis ist bei einer administrativen Trennung von der Stadt Hanau keine wirtschaftliche Rezession zu erwarten. Beachtet man das Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit, so wuchs das BIP des Main-Kinzig-Kreis von 2008 bis 2015 um bis zu 16,1 %, was nur zu 23 % auf die Wirtschaft der Stadt Hanau zurückzuführen ist, deren Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum nur um 9,8 % zulegen konnte. Diese Wachstumsraten zeigen, dass der restliche Main-Kinzig-Kreis ein hohes Potential besitzt, sich als Wirtschaftsraum ohne Hanau erfolgreich zu profilieren.

Kaufkraft

Mit einer Kaufkraft von 22.263 € pro Kopf und einem Kaufkraftindex in Höhe von 95,5 im Jahre 2018 liegt Hanau im unteren Drittel des gesamten Main-Kinzig-Kreises und 9,6 Punkte unter dem hessischen Durchschnitt. Auch der Main-Kinzig-Kreis liegt mit einem Kaufkraftindex von 103,8 (24.220 €) unter dem hessischen Durchschnitt von 105,1. Den Spitzenwert erzielt die Gemeinde Biebergemünd mit 30.567 € pro Kopf (Index 130,9).

Arbeitslosenquote und Beschäftigte

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort hat sich sowohl im Main-Kinzig-Kreis als auch in Hanau konstant erhöht und reiht sich damit dem hessenweiten Trend ein. Seit 2010 stieg die Anzahl im Kreisgebiet um 22.795 auf insgesamt 133.194 im Jahre 2017. Im gleichen Zeitraum war in Hanau ein Plus von 5.703 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu verzeichnen und lag damit 2017 bei 47.396.

Das Pendlersaldo der Stadt Hanau ist mit 11.791 Einpendlern positiv, wogegen aus dem Landkreis 29.014 Auspendler täglich zu verzeichnen sind. Beide Salden haben sich in den letzten Jahren verstärkt, sodass seit 2010 Hanau einen Einpendlerzuwachs von 6,4% und der Landkreis ein Auspendlerplus von 22,8% aufweisen.

Hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen lässt sich dabei herausstellen, dass sich die Kennzahl für den Main-Kinzig-Kreis von 4,1 % nach einer Auskreisung neu berechnen würde. Die Kreisfreiheit der Stadt Hanau, mit einer Arbeitslosenquote von 7,0%, würde in einem Absinken der Arbeitslosenquote auf

etwa 2,0 – 2,5 % für den restlichen Kreis resultieren. Zudem unterscheidet sich das Verhältnis der Personen im SGB II und SGB III-Bezug zwischen Hanau und dem MKK gravierend. Wie in allen größeren Kommunen weist Hanau einen höheren Anteil an Langzeitarbeitslosen auf. Gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit möchte die Stadt Hanau mit dem „Hannauer Modell“ gezielt Maßnahmen ergreifen, um diese Quote zu senken. Eine detaillierte Beschreibung der geplanten Maßnahmen im Sozialwesen folgt im weiteren Verlauf dieses Kapitels.

Kommunaler Finanzausgleich

Der Kommunale Finanzausgleich 2016 (KFA) des Landes Hessen ist mit dem Landesentwicklungsplan (LEP) des Bundeslands verbunden. Indem sich der KFA 2016 an der Raumordnung orientiert, wertet er den Landesentwicklungsplan als strategisches Instrument zur räumlichen Planung der Regionen auf.

Die Auskreisung Hanaus wird Einfluss auf die Verteilung der finanziellen Mittel durch den kommunalen Finanzausgleich nehmen. Beispiele für eine Änderung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sind die Einwohnergewichtung für den Main-Kinzig-Kreis und die Erhöhung der Anzahl der kreisfreien Städte in Hessen. Durch die Erhöhung der Anzahl der kreisfreien Städte wird die Verteilung der Schlüsselmasse neu vorgenommen werden müssen. Durch die Auskreisung der Sonderstatusstadt Hanau wird die Einwohnergewichtung des restlichen Kreises von 75 % auf 100 % steigen. Dies hat wiederum Einfluss auf die vertikale und horizontale Ermittlung der KFA-Masse. Welche konkreten Änderungen sich durch diese Beispiele und die zahlreichen anderen Faktoren ergeben werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend abgeschätzt werden. Hierfür werden Berechnungen des hessischen Finanzministeriums notwendig sein.

Veränderungen in der Verwaltung durch die Kreisfreiheit

Die Stadt Hanau war von 1886 bis 1974 kreisfrei. Nach der am 1. Juli 1974 ausgeführten Fusion der damaligen drei Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern aufgrund einer Gebietsreform, entstand der Landkreis Main-Kinzig-Kreis mit Sitz der Kreisverwaltung in Hanau. Allerdings wurde die Kreisverwaltung 31 Jahre später am 1. Juli 2005 nach Gelnhausen verlegt. Hanau war somit erstmals in der Geschichte weder Kreisstadt noch kreisfrei, behielt jedoch als Stadt mit Sonderstatus einige Sonderrechte. Die Stadt ist weiterhin im Main-Kinzig-Kreis eingebunden, erledigt dennoch eine Vielzahl an Aufgaben, welche in der Verantwortung von Landkreisen liegt.

Die Stadt hat eine eigene Bauaufsicht, ist Schulträger, verantwortlich für Jugendhilfe und es gibt eine Zulassungsbehörde.

Sozialwesen

Im Falle einer Kreisfreiheit muss Hanau zusätzliche Aufgaben übernehmen. Die ehemalige Zersplitterung der Zuständigkeiten, die in den Regelungsbe-
reich der Sozialgesetzbücher fallen, würde aufgehoben werden. Der Be-
reich Sozialplanung wird neu aufgestellt und somit sichergestellt, dass eine
ganzheitliche und nachhaltige Steuerung in der Sozialpolitik möglich sein
wird. Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger können dann, themen- und
bereichsübergreifend, aus einer Hand und bürgernäher erbracht werden.

Einen Eckpfeiler bildet hierbei auch das innovative und hessenweit einma-
lige „Haus rund um das Erwerbsleben“ auf dessen Einrichtung sich die Stadt
Hanau und die Bundesagentur für Arbeit am 20.09.2018 in einem Letter of
Intent gemeinsam verständigt haben.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II wird nach einer
Auskreisung in Form eines Jobcenters (als gemeinsame Einrichtung der
Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Hanau nach § 44b SGB II) gewähr-
leistet werden. In Hanau lebten Ende 2018 10.254 Menschen mit Anspruch
auf Leistungen nach SGB II, davon waren 6.902 erwerbsfähige Leistungs-
berechtigte, die in 4.882 Bedarfsgemeinschaften lebten. Dies entspricht 44
% der Arbeitslosen des gesamten Main-Kinzig-Kreises. Bei gleichbleiben-
den Arbeitslosenzahlen und Bezuschussungen des Bundes, belaufen sich
die Aufwendungen hierfür auf ca. 19,5 Mio. € jährlich.

Örtliche Träger der Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch XII) sind die kreisfreien
Städte und Landkreise. Die Sachbearbeitung soll hierbei im „Haus rund um
das Erwerbsleben“ angesiedelt werden. Bereits zum 01.01.2020 werden,
unabhängig von der Kreisfreiheit Hanaus, im Rahmen der Gesetzesände-
rungen durch das Bundesteilhabegesetz bezüglich der Eingliederungshilfe
für behinderte Menschen, Aufgaben vom Kreis an die Stadt übergehen.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06.03.2012 möchte
die Stadt Hanau einen Pflegestützpunkt einrichten, um Aufgaben in der
Pflege, die sie teilweise bereits freiwillig erbringt, auch räumlich enger ver-
zahnbar zu können. Weiterhin soll eine kommunale Arbeitsmarktförderung
geschaffen werden, wodurch eine zielgenauere Verteilung und Verwen-
dung der Mittel erreicht werden soll.

Die Versorgung gemäß Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbrin-
gung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen fallen mit der

Auskreisung in den Zuständigkeitsbereich von Hanau. Die Stadt ist bereits jetzt verpflichtet, 20 % der dem Landkreis zugewiesenen Geflüchteten im Stadtgebiet zu versorgen. Seit Mitte 2015 betreibt die Stadt hierfür in Eigenregie eine Gemeinschaftsunterkunft mit einer Kapazität von 1.300 Personen.

Abfallentsorgung

Hanau müsste nach der Auskreisung den für das Abfallaufkommen der Stadt ableitbaren Kostenanteil für die Deponienachsorge übernehmen.

Schulwesen

Hanau und der Main-Kinzig-Kreis verfolgen einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan für die fünf beruflichen Schulen im Landkreis und in Hanau. Zusätzlich gibt es zwischen Stadt und Kreis eine Kooperationsvereinbarung über die Beschulung von Schülerinnen und Schülern aus dem Main-Kinzig-Kreis an Gymnasien der Stadt Hanau, welche unabhängig von einer möglichen Kreisfreiheit ihre Gültigkeit behalten wird.

Amt für Umwelt- und Naturschutz

Als kreisfreie Stadt wird Hanau die Zuständigkeit für Aufgaben der Unteren Wasserbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde, der Immissionsschutzbehörde und des Schornsteinfegerwesens, der bereits bestehenden Unteren Naturschutzbehörde, sowie der Unteren Forstbehörde innerhalb der Organisationseinheit „Amt für Umwelt- und Naturschutz“ bündeln. Die bisherige Abteilung Technischer Umweltschutz wird in diesem Zuge aufgelöst und die dort Beschäftigten in die neue Behördenstruktur übernommen. Durch Übernahme dieser Aufgaben ist die Stadt Hanau dazu berechtigt, formale Maßnahmen anzuordnen und Entscheidungen zu treffen. Genehmigungsverfahren der Bauaufsicht und der Unteren Naturschutzbehörde, sowie Ausstellungsverfahren von Bebauungsplänen können dadurch verkürzt und Arbeitsabläufe effektiver gestaltet werden. Das neue Amt ist gemeinsam mit der Bauaufsicht und der Stadtplanung im Technischen Rathaus untergebracht, was behördenübergreifende Abstimmungen vereinfachen soll.

Gemeinsame Leitstelle Katastrophenschutz und Rettungsdienst

Hanau strebt auch bei Kreisfreiheit eine gemeinsame Leitstelle mit dem Main-Kinzig-Kreis für den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst an. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat am 29.10.2018 damit

beauftragt, mit dem Main-Kinzig-Kreis eine gemeinsame Leitstelle einzurichten. Hierfür soll nach Absprache mit dem Gefahrenabwehrzentrum Gelnhausen eine Kooperationsvereinbarung getroffen werden, die auch auf den Rettungsdienstbereich ausgeweitet werden soll.

KFZ-Zulassungsbehörde

In Hanau ist eine von drei Zulassungsstellen des Main-Kinzig-Kreises vertreten. Unabhängig von einer möglichen Auskreisung Hanaus, wird die Stadt die Aufgaben der Zulassungsbehörde am 01.01.2021 übernehmen. Die Stadt Hanau hat dem Landkreis angeboten, die Aufgaben als Zulassungsbehörde auch weiterhin für Bürger aus dem Kreis wahrzunehmen. Dies wurde von Seiten des Kreises abgelehnt, ebenso die Übernahme von Personal oder die Überlassung der Räumlichkeiten. Somit muss Hanau bis zu diesem Zeitpunkt ein eigenes Amt für Zulassungen mit Personal und Räumlichkeiten aufbauen, während der Kreis seine Zulassungsstelle weiterbetreiben wird.

Zusammenfassung

Die hier vorgestellten Verschiebungen der sozioökonomischen Kennzahlen und notwendigen verwaltungstechnischen Veränderungen stellen lediglich eine Auswahl dar.

Die Veränderungen von sozioökonomischen Kennzahlen können nur auf Basis des Status Quo adäquat erfasst werden. Eine Prognose für bspw. Veränderung der Steuereinnahmen oder Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs liegen außerhalb des Umfangs dieser Studie. Eine finanzielle Folgeabschätzung ist in dem internen Konzept der Stadt Hanau bereits erfolgt. Des Weiteren lässt der Main-Kinzig-Kreis aktuell mit einer eigenen Studie die finanziellen Auswirkungen untersuchen.

In ähnlicher Weise verhält es sich mit den notwendigen verwaltungstechnischen Veränderungen und Neugründungen. Die Stadt Hanau hat ein umfangreiches internes Konzept zu dieser Thematik erstellt, in der alle Aspekte einer Auskreisung bzw. Kreisfreiheit Hanaus dargestellt werden. Im Rahmen der vorliegenden Studie der ProjektStadt ist eine vollständige Vorstellung der Ergebnisse des internen Konzepts Hanaus nicht vorgesehen und nicht zielführend.

6.3 Diskussion der Szenarien

Nachdem nun beide Szenarien in ihren Auswirkungen vorgestellt wurden, beschäftigt sich diese Studie im Folgenden mit der Diskussion der beiden Szenarien und den Folgen für die Raumordnung. Dafür werden zum einen die Szenarien danach bewertet, inwieweit sie den aktuellen Ansprüchen zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und den Anforderungen an eine moderne Raumordnung entsprechen.

Zu Beginn sollte dabei festgehalten werden, dass der aktuelle Status Quo den Main-Kinzig-Kreises und die Stadt Hanau, auf regionaler- und gesamtstädtischer Ebene, als durchaus prosperierenden Landkreis und Großstadt ausweist. Die Kennzahlen im Bereich Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaft (siehe Kapitel 4 und 5) zeigen, dass sich der Kreis und die Stadt in den letzten Jahren positiv entwickelt haben. Umso kleinräumlicher man den Main-Kinzig-Kreis betrachtet, umso deutlicher zeigen sich jedoch die regionalen Differenzen.

Unterschiedliche Herausforderungen - unterschiedliche Interessen

So zeigt sich beispielsweise bei den Beschäftigungszahlen, dass grundsätzlich mit einer Arbeitslosenquote von 4,1 % (inklusive der Stadt Hanau) der Main-Kinzig-Kreis eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweist. Wie bereits erläutert, wird diese Zahl dabei aber durch die Arbeitslosenquote der Stadt Hanau von 7,0 % verzerrt. Rechnet man diese aus der Quote für den Main-Kinzig-Kreis raus, liegt deshalb die Arbeitslosenquote des Main-Kinzig-Kreises dann bei rund 2,0-2,5 %. Je nach zugrunde liegender Definition kann mit dieser Arbeitslosenquote bereits von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Aus diesen strukturellen Unterschieden ergeben sich unterschiedliche Zielsetzungen im Bereich Arbeitsmarkt. Während die Großstadt Hanau mit einer höheren Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen umgehen muss, gibt es für den

Die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt sind eine der zentralen Unterschiede zwischen der Großstadt Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis.

Main-Kinzig-Kreis in diesem Themenfeld nur wenig Handlungsbedarf. Hanau wird sich in Zukunft gezielt um die Qualifikation und Weiterbildung der Langzeitarbeitslosen bemühen müssen, um diese langfristig wieder in der Arbeitsmarkt integrieren zu können. Dieses Ziel benötigt gezielte Verwaltungsstrukturen und –prozesse, die in dieser Form für die restlichen Kommunen des Main-Kinzig-Kreises nicht notwendig sind.

In ähnlicher Weise gestaltet sich der Unterschied im Bereich Fachkräfte. Zum einen unterscheiden sich die Branchen, die Fachkräfte benötigen. Während die Stadt Hanau gerade als starker Standort für Materialtechnik in diesem Bereich Fachkräfte benötigt, ist die Nachfrage im Main-Kinzig-Kreis breiter gestreut. Hier spielen die Logistik und mittelständische Zulieferbetriebe, aber auch grundsätzliche Bereiche wie die ärztliche Versorgung eine viel größere Rolle.

Zum anderen unterscheiden sich die notwendigen Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu bewältigen. Während der Main-Kinzig-Kreis durch Programme zur Steigerung der Profilierung als Arbeits- und Wohnort im ländlichen Raum beitragen muss, wird Hanau sich stärker auf die Schaffung von Wohnraum und die Profilierung als moderne und lebenswerte Groß-

Profilierung als Standort ist ein notwendiges Instrument im globalen Wettbewerb um Unternehmen und Fachkräfte.

stadt fokussieren müssen. Die Profilierung beider ist somit mit einer unterschiedlichen Zielsetzung verbunden, die nur parallel funktionieren kann. Eine enge Kooperation ist dabei durchaus sinnvoll.

Auch das Thema Versorgung gestaltet sich im Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau in seinen Herausforderungen sehr unterschiedlich. Wie bereits in den vorherigen Kapiteln erläutert, hat der ländliche Raum mit Abwanderungstendenzen zu kämpfen. Gerade die Innenstädte kleinerer Gemeinden sind immer stärker von leerstehenden Ladenflächen betroffen. Auch das Thema ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zeigt sich immer angespannter. Der Kreis wird diese Herausforderung nur durch gezielte Programme zur Attraktivitätssteigerung und Revitalisierung von innerstädtischen gewerblichen Flächen angehen können.

Die Stadt Hanau hingegen kann in diesem Bereich keine ähnliche Problembeschreibung teilen. Durch die vollzogene großmaßstäbige Innenstadtentwicklung konnte Hanau wieder an Attraktivität für den Einzelhandel gewinnen und als Stadt mit 100.000 Einwohner ist die Attraktivität für Ärzte und Praxen grundsätzlich gegeben. Somit muss Hanau keine ge-

Die Herausforderungen für die Nahversorgung und den Einzelhandel erfordern spezifische lokale Lösungen für die Großstadt Hanau, die Mittelzentren und den ländlichen Raum.

zielte Attraktivitätsprofilierung betreiben. Stärker im Fokus der Stadt sollte die gezielte Steuerung der Ansiedlung einer sinnvollen Mischung von verschiedenen Gewerbetreibenden und Ärzten sein.

Für das Themenfeld Verkehr und Mobilität können ebenfalls grundsätzlich unterschiedliche Herausforderungen identifiziert werden. Wie bereits in den vorherigen Kapiteln erläutert, ist die Stadt Hanau im Bereich motorisierter Individualverkehr viel stärker von Einpendlern bzw. durch den Zielverkehr geprägt, als der Rest des Main-Kinzig-Kreises. Die Mittelzentren und der ländlichen Raum im Kreis sind hingegen in hohem Maße durch Auspendler bzw. Quellverkehr geprägt. Dieser unterschiedlichen Ausgangssituation muss mit unterschiedlichen Lösungen begegnet werden. Auch der Bereich des schienengebundenen Nahverkehrs zeigt andere Schwerpunktsetzungen zwischen Kreis und Stadt. Der Kreis hat sich in den letzten Jahren sehr stark auf den Ausbau der ICE-Trasse zwischen Hanau und Fulda konzentriert, während Hanau das Thema der nordmainischen S-Bahn in den Fokus setzt.

Als weiteres Beispiel für raumstrukturelle Unterschiede bietet sich das Thema Hochwasserschutz an. Hier zeigen sich zwar keine grundsätzlichen unterschiedlichen Lösungen, jedoch eine unterschiedliche räumliche Zielsetzung. Das Thema Hochwasser betrifft mit den Flüssen Main und Kinzig zwar den gesamten Main-Kinzig-Kreis, jedoch ist bei Hochwasser der Lageschwerpunkt aufgrund des Zusammenflusses der beiden Flüsse meist in Hanau zu verorten. Die Bekämpfung dieser Lage findet dabei aus dem Gefahrenabwehrzentrum in Gelnhausen statt. Aus raumordnerischer Sicht ist diese Konstellation in den Punkten Effizienz und Reaktionsschnelligkeit nicht optimal. Auch die Koordination der verschiedenen Werksfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr bei Großbränden in Hanau ist in diese Weise nicht optimal geregelt.

Diese nicht vollständige Auswahl an Themenfelder zeigt deutlich, dass zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau Unterschiede in Handlungsbedarfen und den notwendigen Lösungen liegen. Dabei gilt es selbstverständlich, auch die Möglichkeiten von Kooperationen auszuloten. Jedoch sind in den Themenfelder Aspekte vorhanden, die durch Kooperationen oder Interessenausgleich nicht zu bewältigen sind. Beispielsweise ist nicht davon auszugehen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit durch fehlende Qualifikation, in der Stadt Hanau aufgrund einer Profilierungskampagne des Main-Kinzig-Kreises abgebaut wird. Auch wird der Leerstand von Wohnraum im ländlichen Raum nicht durch eine gedrosselte Bautätigkeit in Hanau sinken.

Interessenausgleich, Kooperation und Fokussierung werden langfristige Prosperität von kreisfreier Stadt und Kreis sichern.

Um Interessen in bestimmten Themenfeldern auszugleichen, können Kooperationen von Landkreis und kreisfreier Stadt zielführender sein. Dies ergibt sich daraus, dass durch die Trennung der Verwaltungen eine Fokussierung auf die eigenen und unterschiedlichen Herausforderungen Vorrang haben muss. Die Kooperation ist dabei stärker in einen Abstimmungsprozess zwischen gleichen Institutionen zu sehen.

Chancen einer Auskreisung der Stadt Hanau für Kooperationen

Die aktuellen Strukturen im Main-Kinzig-Kreis zeigen, dass bisher ebenfalls keine formalisierte Kooperation zwischen unterschiedlichen Interessen von Hanau und dem Rest oder zwischen verschiedenen Kommunen insgesamt stattgefunden hat. Das Thema Abzug der US-Streikräfte, Konversionsflächen und grundsätzliche Gewerbeflächenentwicklung wäre für eine formalisierte Arbeitsgruppe auf Kreisebene prädestiniert gewesen. Dort hätten Interessen zwischen verschiedenen Akteuren, Kommunen und Strukturräumen diskutiert und in einen sinnvollen und für alle Beteiligten positiven Interessenausgleich überführt werden können.

Zudem zeigt die deutlich prosperierende Entwicklung der Stadt Hanau im Vergleich zu Teilen des restlichen Landkreises, dass eine divergierende Entwicklung, verbunden mit der Aneignung von Versorgungsfunktionen durch die Stadt, nicht durch die Einbindung in den Kreis abgedeckt werden konnte. Dies lässt sich dadurch erklären, dass viele Zentralisierungsprozesse außerhalb der Steuerung von Kommunen liegen. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Zuzug von Bevölkerung und Arbeitsplätzen oder die Abwanderung von Einzelhändlern kann nur in geringem Maße durch kommunale Maßnahmen erreicht oder verhindert werden. Vielmehr gilt es eine gezielte Profilierung voranzutreiben, um durch die Verbesserung von Standortfaktoren die Attraktivität zu erhöhen.

Die Auskreisung der Stadt Hanau würde notwendig machen, dass gewisse Handlungsfelder stärker als bisher in formellen Kooperationen bearbeitet werden müssen und ein Interessenausgleich stattfinden kann. Da erst durch die Auskreisung zwei starke Partner auf Augenhöhe ihre unterschiedlichen Interessen formulieren und aushandeln müssten. Des Weiteren werden dadurch aber auch Handlungsfelder getrennt, bei denen durch die Fokussierung auf die spezifischen Herausforderungen von Stadt und Kreis ein Interessenausgleich nicht mehr nötig ist.

Auskreisung macht formelle Kooperationen notwendig und ermöglicht so den Interessenausgleich.

Als Beispiel kann hier das Thema Wohnraumversorgung dienen. Wie bereits erläutert ist die Interessenlage hierbei teilweise sehr unterschiedlich. Während die Stadt Hanau durch Neubau die hohe Nachfrage an Wohnraum bedienen kann, kann sich der Kreis den Themen Leerstand im ländlichen Raum und Entwicklung der Attraktivität der Mittelzentren als Wohnort annehmen. Die Stadt Hanau muss sich als hochverdichtete Großstadt auf den Geschosswohnungsbau für ein urbanes Bevölkerungsmilieu konzentrieren. Der Main-Kinzig-Kreis wird den Abbau des Leerstands im ländlichen Raum durch Förderprogramme unterstützen müssen. Die Entwicklung des Wohnraums in den Mittelzentren kann stärker der potentiellen Zielgruppe angepasst werden, wie z.B. die Ausweisung von Einfamilienhausstandorten, aber auch der Geschosswohnungsbau in den Innenstädten der Mittelzentren.

Eine solch differenzierte Problembearbeitung benötigt eine Verwaltung, die sich auf die gestellten Anforderungen spezialisiert und fokussiert. Die Überlagerung verschiedener Lösungen für unterschiedliche raumstrukturelle Themen kostet im kommunalen Handeln Ressourcen, die einer effizienten Bearbeitung im Wege stehen.

Dies zeigt sich auch an den bereits bestehenden Förderprogrammen im Main-Kinzig-Kreis. Während sich die politischen Förderprogramme des Kreises vorrangig an den strukturellen Bedürfnissen des ländlichen Raums orientieren und sich durch das Förderprogramm LR und die Förderung touristischer Infrastruktur Spessart&Kinzig-tal vielmehr darin engagiert, vorhandene Grundstrukturen und

Die Förderprogramme des Main-Kinzig-Kreises konzentrieren sich auf die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Stadt Hanau benötigt Entwicklungsimpulse, angepasst für eine moderne Großstadt.

die Grundversorgung im ländlichen Raum zu stärken und auszubauen, muss die Stadt Hanau den strukturellen Anforderungen und Herausforderungen des Raums einer Städtegesellschaft entgegenkommen.

Daher ist das kommunalpolitische Interesse Hanaus an den Anforderungen des Demographischen Wandels, der Digitalisierung, der Gesundheit im Stadtleben, der Aus- und Weiterbildung, der Globalisierung/Urbanisierung, der Individualisierung, dem Klimawandel und der sozial- und strukturellen Ungleichheit als Kernthemen orientiert, um als Stadt anschlussfähig und attraktiv für die Bevölkerung und Zuwanderung zu bleiben. Die politischen Interessen zwischen dem ländlichen- und städtischen Raum müssen deshalb ebenso allgemein-strukturell, wie auch insbesondere in Bezug auf Hanau und den Main-Kinzig Kreis und ihrer jeweiligen Bedarfssituation und dem Handlungsinteresse unterschieden werden.

Als größte Stadt und Oberzentrum des Main-Kinzig Kreises unterscheiden sich die politischen Interessen Hanau zugleich auch von denjenigen der ländlichen Gemeinden des Main-Kinzig Kreises. Gerade durch die gesellschaftsstrukturelle und räumliche Verschiedenheit zwischen dem städtischen- und ländlichen Raum sieht sich die Stadt Hanau mit unterschiedlichen Aufgaben konfrontiert als bspw. der östliche Teil des Main-Kinzig Kreises. Dadurch bedingt sich ebenso auch eine unterschiedliche Bedarfssituation und somit auch ein unterschiedliches kommunalpolitisches Interesse, welches sich in den genannten Förderprogramm des Main-Kinzig Kreises finden lässt.

Die angestrebte Kreisfreiheit Hanau fügt sich in die neuen raumordnerischen Pläne des Landes ein. Gewissermaßen nimmt sie diese sogar „vorweg“. Die Argumentation der vorliegenden Studie „Raum im Wandel“ wird somit durch den Bericht der Expertenkommission der hessischen Landesregierung unterstützt.

Dabei macht es eine globalisierte Gesellschaft jedoch auch notwendig, dass sich trotz verschiedener Interessen und Bedarfssituationen diese Globalisierungsthemen überregional auswirken und sich Schnittpunkte herausstellen, sodass sich auf einer interregionalen Ebene produktive und konstruktive Synergien und Kooperationen ergeben müssen. So siedeln sich die Interessen der Stadt Hanau und des Main-Kinzig Kreises auf interregionaler Ebene zwar auch nebeneinander an, jedoch müssen sie sich zwangsläufig in der praktischen Ausgestaltung voneinander unterscheiden, um den strukturell verschiedenen Bedarfsanforderungen und Herausforderungen einer zukunftsfähigen Land- oder Stadtgesellschaft gerecht zu werden.

7. Handlungsempfehlung

In den bisherigen Kapiteln wurden sowohl die Ausgangslage für die zukünftige Entwicklung des Main-Kinzig-Kreises, als auch zwei mögliche Szenarien vorgestellt und diskutiert. Nach Einschätzungen dieser Studie ist die daraus abzuleitende Handlungsempfehlung für die Zukunft Hanau und des Main-Kinzig-Kreises, eine Auskreisung der Stadt Hanau.

Bei Abwägung zwischen den Potentialen und Herausforderungen einer solchen raumordnerischen Entscheidung überwiegen die Potentiale und Chancen für den Kreis und die Stadt. Selbstverständlich ist zu beachten, dass diese Studie aus einer raumordnerischen Perspektive ihre Empfehlung ausspricht. Aspekte wie die organisatorische Umsetzung, die veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, die kommunal und volkswirtschaftlichen Auswirkungen werden an anderer Stelle untersucht und nach ihrem Einfluss bewertet. Der langfristige Einfluss einer „prozessorientierten“ Raumordnung und den damit verbundenen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollten jedoch keineswegs als marginal eingeschätzt werden.

Die Stadt Hanau ist seit 2005 nicht mehr Kreissitz des Landkreises. Somit ist eine vollständige Verlagerung der Kreisverwaltung nicht notwendig. Zudem bietet der Status Hanau als Sonderstatusstadt den Vorteil, dass bereits einige Funktionen einer kreisfreien Stadt in Hanau angesiedelt sind. Aus diesem Grund kann die Auskreisung der Stadt als verwaltungstechnisch weniger aufwendig eingeschätzt werden.

Vorreiter einer modernen Raumordnung

Wie aus den bisherigen Ausführungen deutlich wird, ist der Status Quo der Raumordnung in Deutschland durch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung und in Hessen durch die Expertenkommission „Zentrale Orte und Raumstruktur“ bereits Teil der politischen Debatte. Die Vorschläge dieser Initiativen zeigen sehr deutlich, dass gewisse raumordnerische Strukturen für das Ziel der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht oder nur noch in Teilen geeignet sind. Auch der gesellschaftliche

Es sind neue raumordnerische Strukturen erforderlich, um „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten.

Diskurs greift, stärker unbewusst, genau diesen Themen auf. Die Diskussionen zum Thema Wohnraum in Städten und auf dem Land, die abnehmende Versorgungsleistung im ländlichen Raum und fortschreitenden Zentralisierung von Funktionen sind nicht auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung beschränkt. Sie diktiert in Teilen Entscheidungen wie z.B.

Wohnort- oder Berufswechsel und somit konkrete Lebensentwürfe. Somit kann der Einfluss von raumordnerischen Strukturen und deren Einfluss auf die Entwicklung von Regionen, Städten und Quartieren nicht wichtig genug gesehen werden.

Den sich stetig verändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kann nur dann Rechnung getragen werden, wenn der Status Quo nicht als gesetzt und unveränderbar angesehen wird. Die aktuell diskutierten Megatrends wie z.B. Digitalisierung, Zentralisierung, der Kampf gegen den Klimawandel und die sich verändernde Mobilität wird Raumstrukturen in einem Maße auf die Probe stellen, das neue Lösungen, neue Kooperationen, neue Verwaltungseinheiten, neues Handeln und eine neue Raumordnung unvermeidbar werden.

Aus diesem Grund sieht diese Studie die Handlungsempfehlung die Stadt Hanau in die Kreisfreiheit zu entlassen nicht ausschließlich als notwendigen Schritt für Hanau, sondern vielmehr als gebotenen Schritt für den Main-Kinzig-Kreis. Die Chance, durch diesen Schritt eine zentrale Rolle in der Ausweitung des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main zu spielen, aktiv die Weiterentwicklung der Mittelzentren wie z.B. Gelnhausen, Schlüchtern oder Bad Orb zu betreiben und gegen den Funktionsverlust im ländlichen Raum zu kämpfen, kann durch die Auskreisung gelingen.

Die politische Diskussion um den Bericht der Expertenkommission „Zentrale Orte und Raumstruktur“ zeigt exemplarisch, dass sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf Regionen um die großen Metropolregionen in Deutschland richten wird, da hier die Potentiale für zukünftige

Das Umland der jeder Metropolregion bietet bundesweit Potential für eine moderne Raumordnung.

Entwicklung der Metropolen liegen. Der Main-Kinzig-Kreis kann mit der Auskreisung der Stadt Hanau Vorreiter einer neuen Raumordnung werden. Diese neue Raumordnung wird im Folgenden als „Neue Vision für den Raum“ vorgestellt.

8. Eine neue Vision für den Raum

„Raumordnung und Landesplanung würden realitätsgerechter und glaubwürdiger, wenn sie die Gestaltung ihrer Instrumente den differenzierten raumstrukturellen Situationen anpassen würde.“

(Gutachterliche Stellungnahme für ein Konzept zu künftigen Festlegung zentraler Orte im Rhein-Main-Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der Mittelzentren 2019)

Der Raum ist im Wandel. Dies zeigt sich in allen Bereichen des täglichen Lebens. Die Gesellschaft verändert sich und mit ihr die Ansprüche an die Raumstrukturen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bestimmen.

Mit der Kreisfreiheit der Stadt Hanau kann der Main-Kinzig-Kreis Vorreiter einer Entwicklung sein, durch die Mittelzentren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren werden. Die Stadt Hanau wird durch die Kreisfreiheit in Ihrer Entwicklung zur Großstadt im Rhein-Main-Gebiet größere Potentiale für den Ballungsraum, den Main-Kinzig-Kreis und die eigenen Bewohner entfalten.

8.1 Chancen für Mittelzentren

Die raumordnerische Bedeutung der Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis kann nicht wichtig genug eingeschätzt werden. Städte wie Gelnhausen, Schlüchtern, Bad Orb oder Wächtersbach müssen in immer stärkeren Maße Versorgungsfunktionen für ihren Einzugsbereich zur Verfügung stellen. Die Herausforderungen des ländlichen Raums im Kreis können nur durch starke Mittelzentren bewältigt werden. Der Funktionsverlust in ländlichen Gebieten ist Realität und muss kompensiert werden.

Die Auskreisung der Stadt Hanau ermöglicht den Mittelzentren einen sehr viel größeren Handlungsspielraum, um sich selbst und den ländlichen Raum zu stärken. Der Aneignung zentralörtlicher Funktionen in die Oberzentren des Ballungsraum Rhein-Mains wie Frankfurt am Main, Offenbach am Main oder Hanau entgegenzuwirken, kann nur gelingen, wenn man sich auf das eigene Profil und die eigenen Herausforderungen konzentriert.

Die Auskreisung Hanaus bietet den Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis den notwendigen Handlungsspielraum, um die eigene Profilierung zu stärken.

Die Stadt Hanau als Oberzentrum als Teil des Main-Kinzig-Kreises zu belassen, würde diese Chance verspielen. Die dort zu bearbeitenden Großstadtt Themen sind ein Hindernis in der Entwicklung eines Landkreises mit vielen gleichwertigen Mittelzentren und einem umgebenden ländlichen Raum. Vielmehr sollten die Mittelzentren in Kooperation eine Entwicklungsachse für die Metropolregion Frankfurt am Main in Richtung Fulda bilden und sich gleichzeitig dem Regionalverband RheinMain anschließen.

Mit diesem Schritt werden die Mittelzentren und damit der gesamte Main-Kinzig-Kreis in seiner Funktion und seinem Potential gestärkt. Mit der Verkehrsanbindung durch die A66 und die ICE-Trasse besitzen die Mittelzentren bereits jetzt einen strukturnäumlichen Vorteil. Mit einer eigenständigen Profilierung wird dieser Vorteil zu einer Chance, wieder Versorgungsfunktionen aus den Oberzentren zurückzugewinnen.

8.2 Hanau als Großstadt im Rhein-Main-Gebiet

Die Stadt Hanau hat sich in den letzten Jahren zu einer Großstadt mit wichtiger Funktion im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main entwickelt. Die großmaßstäbigen Innenstadtentwicklungen sind Auslöser und Kennzeichen dieser Entwicklung. Der starke Bevölkerungszuwachs und die positive wirtschaftliche Entwicklung zeugen und prägen diesen Bedeutungsgewinn.

Mit dieser Entwicklung zeigen sich aber auch neue Herausforderungen. Das Thema Wohnraumversorgung und steigende Mieten und geringe Leerstände im gewerblichen Immobiliensektor sind dabei nur ein Aspekt. Hanau ist durch sein infrastrukturelles und kulturelles Angebot ein gefragter Entlastungsraum für die Stadt Frankfurt am Main geworden. Gleichzeitig führt diese Entwicklung dazu, dass Hanau immer stärker Funktionen aus den Mittelzentren des Main-Kinzig-Kreis anziehen wird.

Dieser aktuellen und zu erwartenden weiteren Entwicklung müssen raumordnerischen Maßnahmen folgen. Ohne Veränderungen des Status Quo wird sich die Stadt Hanau weiterhin auf Kosten der Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis zentralörtliche Funktionen aneignen, um den Entlastungsströmen aus dem Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gerecht zu werden.

Als Großstadt im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird Hanau in immer stärkeren Maße mit Herausforderungen konfrontiert, die nur mit Maßnahmen und Strategien von eigenständigen Kommunen bewältigt werden können. Die Kreisfreiheit würde der Stadt Hanau diesen notwendigen Handlungsspielraum

Nur als kreisfreie Großstadt und Oberzentrum kann Hanau seinen Beitrag für die zukünftige Entwicklung der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main leisten.

ermöglichen. Sie könnte eine gezielte Entwicklung als Großstadt und Oberzentrum steuern und das eigene Profil stärken, unabhängig von der weiteren Entwicklung des Main-Kinzig-Kreis. Nur so kann sie in der interkommunalen Zusammenarbeit der Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main einen substantiellen Beitrag leisten.

Die zu beobachteten Zentralisierungstendenzen gebieten es, dass neben der Stadt Frankfurt am Main weitere Oberzentren wie z.B. Offenbach am Main oder Hanau zentralörtliche Funktionen für die Metropolregion übernehmen. Das Thema der Flächenknappheit und bevorstehender Nutzungskonflikte kann nur im Verbund gelöst werden. Dafür benötigt der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main eine handlungsfähige und kreisfreie Stadt Hanau.

8.3 Zentrale Vision

Durch die Auskreisung Hanau werden die Mittelzentren und der ländliche Raum im Main-Kinzig-Kreis gestärkt. Ohne die Notwendigkeit in der gemeinsamen Entwicklung Kompromisse eingehen zu müssen oder Themen aufgrund von unterschiedlichen Interessen erst gar nicht zu behandeln, bietet die Auskreisung die Möglichkeit, zwei starke Partner in der Region hervorzubringen. Die Konzentration auf das eigene, dann homogenere Profil und die damit verbundenen Profilierungsmöglichkeiten wird pro-

Zwei Partner auf Augenhöhe bieten Potential für eine erfolgreiche Kooperation in der Region.

aktiv weiteren Funktionsverlusten der Mittelzentren und des ländlichen Raums entgegenwirken. Damit kann den spürbaren Zentralisierungstendenzen entgegengewirkt werden. Zudem bietet die Etablierung von zwei starken Partnern in der Region das Potential für zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten, bei denen auf Augenhöhe und ohne gegenseitige Abhängigkeiten zusammengearbeitet werden kann und muss.

Die eingangs vorgestellten zehn Thesen bilden als Dekalog für die Zukunft des Main-Kinzig-Kreis den Abschluss dieser Studie.

8.4 Dekalog

1. Mit der Auskreisung der Stadt Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis ist langfristig (Horizont 2040) die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region möglich.
2. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau unterscheiden sich signifikant.
3. Je stärker sich die Anforderungen und Herausforderungen des Raumes zwischen den Gemeinden eines Landkreises unterscheiden, desto weiter sind auch die Gemeindeinteressen voneinander entfernt. Die Aushandlung von Schnittstellen und eine darauf aufbauende Entscheidungsfindung werden erschwert.
4. Durch die Auskreisung würde die Übereinstimmung von politischem und administrativem Verwaltungsbereich mit der raumstrukturellen Lebenswirklichkeit hergestellt. Damit würde eine fokussierte Problembearbeitung und Gestaltung der Zukunft unterstützt.
5. Solange die Stadt Hanau Teil des Main-Kinzig-Kreises ist, besitzt diese eine zu starke statusgefährdende Konkurrenz für die Mittelzentren im Kreis. Die Auskreisung der Stadt Hanau bietet den Mittelzentren im Main-Kinzig-Kreis die einmalige Chance, aktiv die grundlegenden Funktionen der Mittelzentren exemplarisch für das Land Hessen zu stärken und mitzugestalten.
6. Die aktuelle Struktur der Mittelzentren in Hessen und dem Main-Kinzig-Kreis entspricht nicht den angestrebten raumordnerischen Strukturen des Landes Hessen. Von einer langfristigen Anpassung der Förderlandschaft für Mittelzentren durch die Landesregierung ist auszugehen. Der Main-Kinzig-Kreis könnte sich als Pilot für die Umsetzung eines zentral-örtlichen Kooperationsraumes profilieren.
7. Eine neue Entwicklungsachse Frankfurt-Fulda funktioniert ausschließlich mit starken Mittelzentren, die sich dem Regionalverband FrankfurtRheinMain durch eine Gebietserweiterung anschließen.
8. Die Verlegung des Kreissitzes nach Gelnhausen im Jahr 2005 zeigt eine weitsichtige thematische Schwerpunktverschiebung in den ländlichen Raum und nimmt die Auskreisung der Stadt Hanau strategisch vorweg. Gleichzeitig beweist die konsequente Ausrichtung der Stadt Hanau in den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main eine thematische Schwerpunktverschiebung in Richtung Großstadt in der Metropolregion.
9. Ein Verbleiben der Stadt Hanau im Main-Kinzig-Kreis würde zwingend eine intensive Neuausrichtung der Prioritätensetzungen des Kreises sowie der Kooperationsstrukturen zur Bewältigung der sich weiter auseinander entwickelnden Herausforderungen erfordern.
10. Der Kreisaustritt der Stadt Hanau als eine der Großstädte Hessens ist intrinsisch und raumordnerisch richtig. Aufgrund der Wachstumsprognosen anderer hessischer Sonderstatusstädte (Flächenverfügbarkeit) sind explizit bis 2050 keine weiteren Kreisaustritte zu erwarten.

Quellenverzeichnis

- Stadt Hanau (2019): Konzept – Kreisfreiheit der Großstadt Hanau zum 01. April 2021 (2019)
- Stadt Hanau (2014): Hanauer Zahlen aktuell 12/2014.
- Magistrat der Stadt Hanau – Stabsstelle Stadtteilentwicklung (2018): 2018 Daten und Informationen – Hanau Gesamtstadt.
- Hanau. Wirtschaftsbericht 14/15 (2015): Die Stadt und der Standort für Sie.
- Expertenkommission Zentrale Orte und Raumstruktur (2019): Ergebnisbericht
- Industrie- und Handelskammer Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern (2018): IHK-Bezirk in Zahlen – Statistische Information über Hanau und den Main-Kinzig-Kreis. Ausgabe 2018-2019.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven und Handlungsfelder
- Main-Kinzig-Kreis – Leitstelle für ältere Bürger (2011): Demographische Entwicklung im Main-Kinzig-Kreis – Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2009 bis 2034.
- Main-Kinzig-Kreis Wirtschaft und Arbeit (2017): Main-Kinzig-Kreis vernetzt mit Europa – Arbeit, Kultur und Lebensqualität.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2018): Die Bevölkerung in den hessischen Verwaltungsbezirken am 30.09.2018 (Ergebnisse auf Basis Zensus 2011).
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014): Bevölkerung 2014 und 2030 in den kreisfreien Städten und Landkreisen nach Altersgruppen sowie Durchschnittsalter der Bevölkerung.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014): Regionale Bevölkerungsvorausberechnung 2014 – 2030.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2018): Die Bevölkerung in den hessischen Gemeinden am 30.06.2018 (Ergebnisse auf Basis Zensus 2011).
- Hessisches Statistisches Landesamt (2016): Bevölkerung in den Verwaltungsbezirken am 30.09.2016 und Bevölkerungsveränderung im 3. Quartal 2016.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2016): Die Bevölkerung in Hessen am 30.09.2016.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2018): Durchschnittsalter der Bevölkerung in den hessischen Verwaltungsbezirken am 31.12.2017.
- Para, T. (2014): Sonderbericht: Bevölkerung der Stadt Hanau im Jahr 2013. Hanau: Der Magistrat der Stadt Hanau, Fachbereich Strategie und Bürgerservice
- Terfrüchte, Dr. Thomas (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Raumordnung und Regionalpolitik
- Deutscher Städtetag (2017): Gleichwertige Lebensverhältnisse von Aachen nach Zwickau - Gemeindefinanzbericht 2017
- Bertelsmann Stiftung (2016): Demographiebericht -Main-Kinzig-Kreis, Landkreis.
- Bertelsmann Stiftung (2015): Demographischer Wandel 2012-2014: Alle Indikatoren
- Homepage Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: www.are.admin.ch
- Homepage Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: www.bmel.de
- Homepage Schweizer Eidgenossenschaft: www.are.admin.ch
- Homepage Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de
- Homepage Urbane Herausforderungen aus Bundessicht [Online]: www.are.admin.ch
- Homepage Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: www.bmz.de
- Homepage Mobilität in Deutschland: www.mobilitaet-in-deutsch-land.de

Homepage Schader Stiftung Gesellschaftswissenschaften < > praxis: www.irbnet.de
Homepage Institut der deutschen Wirtschaft Köln: www.iwkoeln.de
Homepage Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe: biaj.de
Homepage Akademie für Raumforschung und Landesplanung: shop.arl-net.de
Homepage Landesplanungsportal: landesplanung.hessen.de
Homepage Hans Böckler Stiftung: www.boeckler.de
Homepage Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de
Homepage Deutscher Städtetag: www.staedtetag.de
Homepage Landtag NRW: www.landtag.nrw.de
Homepage Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: www.gesetze-im-inter-net.de
Homepage Metropolregion FrankfurtRheinMain: www.region-frankfurt.de
Homepage MKK Main-Kinzig-Kreis: www.mkk.de
Homepage wegweiser-kommune.de: www.wegweiser-kommune.de
Homepage Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main www.frankfurtmain.ihk.de
Homepage Bundesagentur für Arbeit Statistik: statistik.arbeitsagentur.de
Homepage op-online.de: www.op-online.de
Homepage DB Netze: www.hanau-wuerzburg-fulda.de
Homepage Hanau Brüder-Grimm-Stadt: www.hanau.de
Homepage Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: www.bamf.de
Homepage Hanauer Geschichtsverein 1844 e.V.: www.hgv1844.de/zeittafel.html
Homepage Heinrich Böll Stiftung: kommunalwiki.boell.de
Homepage PioneerPark Hanau: pioneer-park.de
Homepage Hanau erleben: <http://www.hanau-neu-erleben.de/index.html.de>
Homepage Zukunft Hanau: www.zukunft-hanau.de
Homepage Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie: www.hlnug.de
Homepage Statistik.Hessen: statistik.hessen.de
Homepage SWR Aktuell: www.swr.de
Homepage Welt: www.welt.de
Homepage Osthessen News: osthessen-news.de
Homepage Frankfurter Rundschau: www.fr.de
Homepage main-Echo: www.main-echo.de
Homepage Hanauer Anzeiger: www.hanauer.de
Homepage Stadt Hanau: www.presse-service.de
Homepage Hanau SPD: www.spd-hanau.de
Homepage Fuldaer Zeitung: www.fuldaerzeitung.de
Homepage Frankfurter Allgemeine: www.faz.net
Homepage Freie Demokraten FDP: fdp-mkk.de
Homepage VCD Mobilität für Menschen: gliederungen.vcd.org
Homepage Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung: landesplanung.hessen.de/sites/landesplanung.hessen.de

Homepage Gewos: gewos.de

Homepage Hessisches Ministerium der Finanzen: finanzen.hessen.de

Homepage Kommunales Center für Arbeit: www.kca-mkk.de

Homepage CDU Kreistagsfraktion Main-Kinzig: www.cdu-fraktion-mkk.de

Homepage Gelnhäuser Neue Zeitung: www.gnz.de

Homepage Hessisches Ministerium für Soziales und Integration: soziales.hessen.de

Homepage Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: umwelt.hessen.de

Homepage Hessen-Finder: umwelt.hessen.de

ProjektStadt

eine Marke der Unternehmensgruppe
Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt GmbH

Marion Schmitz-Stadtfeld

Leiterin Integrierte Stadtentwicklung

Schaumainkai 47
60596 Frankfurt am Main

Nachdruck – auch auszugsweise –
nur mit Quellenangabe gestattet



PROJEKTSTADT

EINE MARKE DER UNTERNEHMENSGRUPPE
NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE | WOHNSTADT